links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 266/267 Juli/August 1992
24. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

THEMA USA: Let it bleed

Roger Keil

No Sympathy For The Devil

Margit Meyer

Menetekel in Los Angeles

RUSSLAND

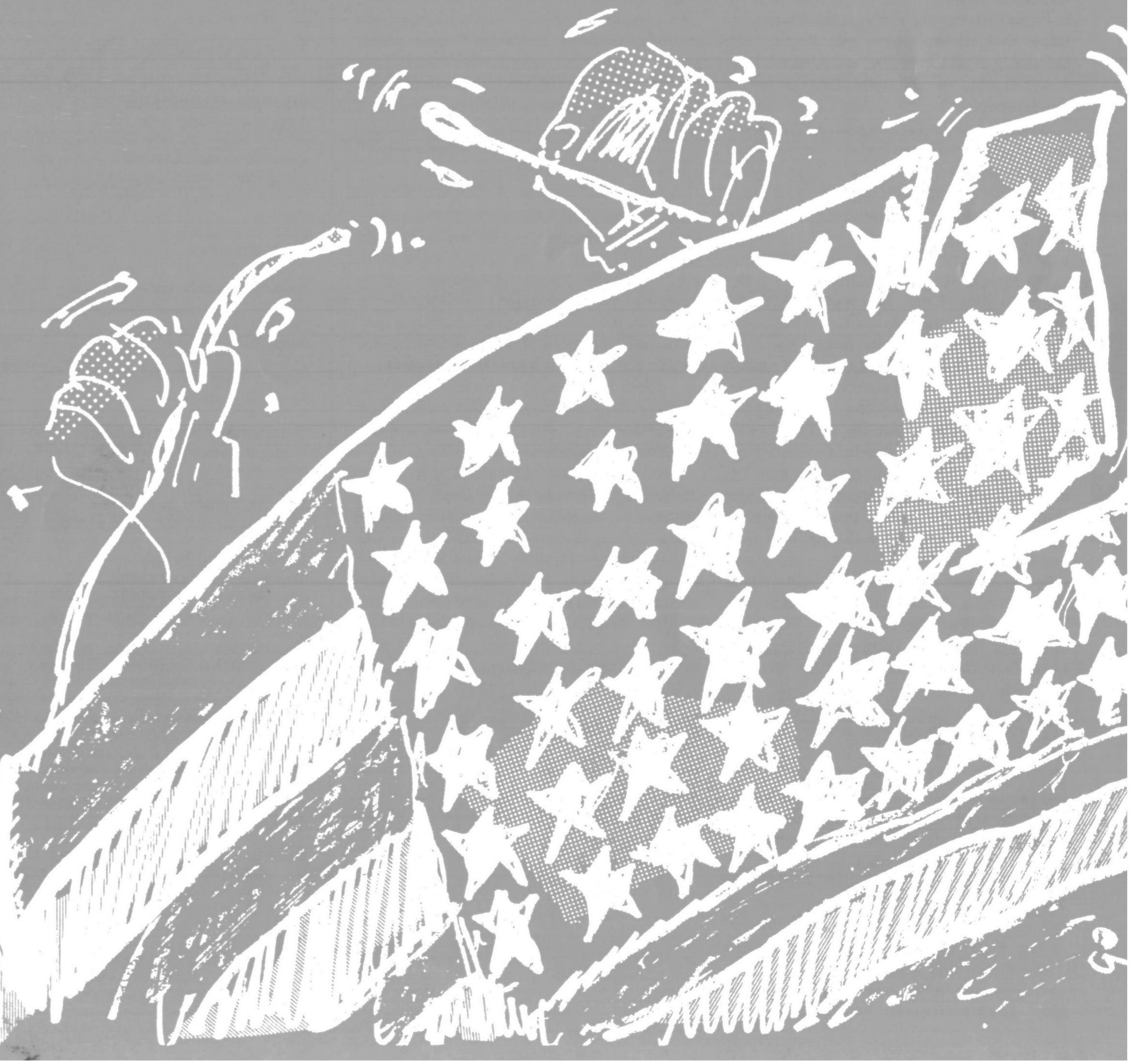
Sovietikus

Mehr Agonie als Hoffnung?

§ 218 — NEUREGELUNG

Monika Frommel

Systematische Selbstentmachtung



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

,,Eines steht fest: In einem Jahr wird es diese *links* nicht mehr geben. Entweder wir stellen das Erscheinen des Blattes ein, ohne weiteres, aber auf eigenen Entschluß, oder wir gründen eine neue politische Zeitung. Nur Weitermachen wie bisher kommt nicht in Frage.“ Mit diesen Worten leitete eine Vertreter der *links*-Redaktion die Tagung ,,Das Ganze neu denken“ ein, die sich am 20.6.92 in Frankfurt mit der Zukunft des Blattes befaßte. Gekommen waren gut vierzig Teilnehmer, knapp die Hälfte von ihnen erklärte sich bereit, im ,,Arbeitskreis neue *links*“ mitzuarbeiten.

Aufhören oder neu beginnen? Noch hat keines der derzeitigen Redaktionsmitglieder diese Frage für sich endgültig entschieden. Der Riß geht mitten durch jede und jeden von uns hindurch. Um indessen die Diskussion zu ermöglichen, hatte die Redaktion beschlossen, das Problem in polarisierter Form vorzutragen: Zu Beginn der Tagung legte Joachim Hirsch dar, warum man aufhören müßte, und Ludi Lodovico begründete die Notwendigkeit der *links*. Politische Projekte haben ihre Zeit, sagte Joachim Hirsch, und mit dem Verschwinden der neuen undogmatischen Linken ist auch das Milieu verschwunden, das die *links* getragen und ihre spezifische Produktionsweise ermöglicht hat. Hinzu kommt, gravierender, daß die theoretische Begründung radikaler Gesellschaftskritik nicht (mehr?) gegeben ist. So ist die Kritik der Politik schwer oder unmöglich geworden, was notwendig und möglich bleibt, ist nach wie vor die Kritik von Politiken, die aber findet durchaus auch in anderen Publikationen statt. Natürlich bleibt die Rekonstruktion eines Bezugsrahmens radikaler Gesellschaftskritik eine vordringliche Aufgabe — ob aber dafür eine Zeitung der richtige Ort ist?

Ludi Lodovico entgegnete mit vier Thesen: Nach dem epochalen Bruch der Jahre 1989/90 mag die radikale, kritische und einflußfähige Opposition verschwunden sein, geblieben sind immerhin unzufriedene Individuen — und deren Zahl wird zunehmen. These 2: Es gibt eine Tradition, die weitergegeben und aktualisiert werden muß. These 3: Gegen Anpassung und Konformismus gilt es, ein Ethos der Machtferne aufrechtzuerhalten. These 4: Es gibt keine Alternative!

Entspannt und konzentriert war die Atmosphäre der anschließenden Diskussion, ohne Aufgeregtheiten, Profilierungssüchte und (fast) ohne Vorwürfe. Um Gestus und Ort von Gesellschaftskritik wurde debattiert: Wie ist der rechthaberische Gestus des allwissenden Aufklärers zu vermeiden, wenn die Kritik in einer zunehmend normalisierten Gesellschaft, die alles austreibt, was anders ist, mangels theoretischem Bezugsrahmen immer moralischer, immer ästhetischer wird?

Genügt es, nach dem Verschwinden der neuen Linken, sich auf ,,neue Akteure“, ,,neue soziale Kämpfe“ zu beziehen — wie gefordert wurde? Oder muß man nicht, ganz im Gegenteil, statt nach Akteuren suchen, sich an Problemen orientieren? Ist Kritik möglich ohne kontinuierliche Arbeit an der ,,konkreten Utopie“, unter weitgehender Ausblendung der ,,Berufspraxis“ von Lesern und Schreibern?

Anknüpfend an Ludi Ludovicos Vermutung von der Existenz unzufriedener Individuen wurde der Ort von Politik überhaupt im Subjekt gesucht, im isolierten Individuum, das mächtigen Riesenapparaten gegenübersteht, die für sich den Begriff des Politischen monopolisieren. Demgegenüber gelte es festzuhalten und zu beobachten, daß gerade das Privateste politisch werden könne, unter bestimmten Umständen. Außerdem sei der bedrohte Raum des Politischen, so wurde gesagt, durch Reflexion der Geschichte zu rekonstruieren.

Von den Höhen theoretischer Begründbarkeit und Verortung von Kritik stieg die Diskussion auch hinab in die Niederungen eines Zeitungskonzepts. Pluralistische Offenheit wurde versucht gegen Beliebigkeit abzugrenzen. Um Professionalisierung und Theorieorientierung und -vermittlung kreisten die Gespräche. Die Stimmung war eindeutig für einen Neuanfang: ,,Wir sind doch nicht zu einem Begräbnis gekommen“, sagte ein Teilnehmer der Tagung. Der Neubeginn ist allerdings nach dieser ersten Vorverständigung noch lange nicht gesicher. Vielleicht entsteht er aus dem ,,Arbeitskreis neue *links*“, der im September zum ersten Mal zusammentreten wird. Wer an Mitarbeit Interesse hat, schreibe ans Offenbacher Büro.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, ,,Sovieticus“

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Harald Goldhahn

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die September-Ausgabe 1992 ist der 17.8.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Eva-Maria Krampe
Ganz ohne Volk **5**

AKTUELL

Monika Frommel
Systematische Selbstentmachtung
Zur Neuregelung des § 218 **6**

Dokumentation
Antisemitismus in Ottensen **8**

Zur Situation um den
jüdischen Friedhof **8**

Offener Brief
Für die Realisierung des
Benjamin-Denkmals in Port Bou **9**

Der ,,Fall'' Boock —
Ein Briefwechsel **9**

Hanne und Klaus Vack
Nie auf der Seite der Mächtigen
Aus Dankesrede für die Verleihung
des Adolf-Arndt-Preises **11**

Roland Müller
,,Merkt Euch den Namen''
(Augstein) **12**

Nein zu Maastricht
durch Volksentscheid **13**

Petra Bonavita-Lindloff
Wer steht hinter der Mafia?
Zum Mord an dem sizilianischen
Richter Giovanni Falcone **15**

THEMA USA: Let it bleed

Roger Keil
No Sympathy for the Devil
World-City im Aufstand **17**

Margit Mayer
Menetekel in Los Angeles **19**

John Ely
US-Sozialpolitik:
Weiterhin nicht vorhanden **21**

HINTERGRUND: UNCED '92

Ludi Lodovico
Im Krebsgang von Stockholm
(1972) bis Rio (1992) **24**

Die Konferenz der Vereinten Nationen
über die Umwelt des Menschen **25**

Ulrich Brand
Platter Politizismus
Unced '92: Vom Ende
der Geschichte **27**

Peter Wahl
Die Mühen der Selbstorganisation
Zur Rolle von Nicht-
Regierungsorganisationen in Rio **30**

Thomas Fatheuer
Der Ausgangspunkt für eine
neue Entwicklung?
NGOs und soziale
Bewegungen in Brasilien **32**

INTERNATIONAL

Sovieticus
Rußland: Zerfall, Chaos, Stabilisierung
— alles ist möglich **35**

Ali Behrokhi
Sind die Ayatollas
überhaupt reformfähig? **39**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Termine **4**
Leserbriefe **4**
Rückblick: **42**
Ludi Lodovico:
,,Gesellschaft'' — womit jede
und jeder alles darf
cosa nostra:
SB-Kontaktadressen **4**
Abonnement **43**
Buchläden **44**

Betr.: *links*

Zu Oskar Negt

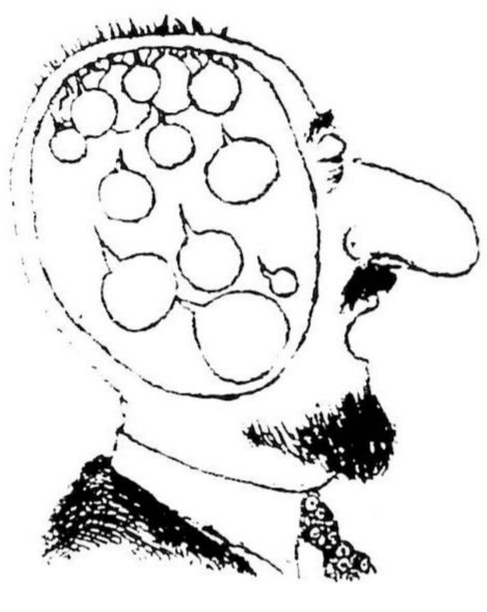
(...) Das Projekt der Befreiung und Versöhnung der Gesellschaft ist grundlegend neu zu denken — aber nicht unter Ausschluß jener nichtmarxistischen Traditionen, deren Verdrängung durch Theorie und Praxis des Marxismus von Marx an mit deren Defiziten ein unheilvolles Ganzes gebildet hat: Anarchismus und Anarcho-Kommunismus, Syndikalismus, Rätedemokratie, Agrarsozialismus, utopischer Sozialismus, christliche Gemeinschaftsbildungen, Praxis und Theologie bzw. Philosophie der Befreiung ...

Nicht nur gewisse Probleme, auch gewisse Folgen können mit auf die inneren Widersprüche der politischen Konzeption von Marx zurückgeführt werden: alternierend zwischen instrumenteller und substantieller Vernunft, bei eindeutigem Vorrang der ersteren in Bezug auf wissenschaftlich-technische Naturbeherrschung, ökonomisch-organisatorische Konzentration, Machtzentralismus der Bewegung, Staat. Hannah Ahrendt hat m.E. zurecht darauf verwiesen (in ,,Über die Revolution''), daß nicht erst Lenins, sondern schon Marx' Verhältnis zum ‚Modell' der Pariser Kommune ein überwiegend taktisches war — bei Vorrang des undemokratischen Zentralismus. S.a. Erich Mühsam: Bismarxismus u.a. Schriften — ebenso die aus jüdisch-gläubigem Anarchismus gespeiste Marx- und Lenin-Kritik von Martin Buber in: Pfade in Utopia. Über Gemeinschaft und ihre Verwirklichung. (Zugleich sind das etwas konkretere Andeutungen zu Traditionen, die endlich aus der linken Verdrängung zu befreien sind — einige Anregungen dazu finden sich in meinem bisher weitgehend ignorierten Buch ,,Revolution des Glaubens...'', v.a. in dem Essay ,,Jenseits von Lenin und Bernstein'', sowie in meinem Benjamin-Essay in CONCORDIA 1/1992).

Nicht erst Lenin und Stalin, schon Marx' Geschichtsphilosophie und politische Theorie ist in die formalrationalen neuzeitlichen Systeme von Herrschaft und Unterdrückung verstrickt — mit dem Ergebnis, etwas als Utopie oder Weg dorthin zu hypostasieren, was der Kritik und der Abschaffung bedarf. Das erschließt sich aber nur dem Blick, dessen Probleme Adorno im letzten Aphorismus von Minima Moralia diskutiert. Ich dachte immer, dass Verdienst der Kritischen Theorie von Horkheimr, Adorno und Benjamin bestünde darin, das kritisch-praktische Moment des Marxschen Projekts durch Ablösung von seiner affirmativen, polittechnokratisch-repressiven Seite rekonstruiert und radikalisiert zu haben — z.B. in der entscheidend von Horkheimer und Adorno in der Dialektik der Aufklärung und von Benjamin in den geschichtsphilosophischen Thesen akzentuierten Fortschrittskritik, worin auch das ,,Eingedenken der Natur im Subjekt'' (Gunzelin Schmid-Noerr) eine kritische Konzeption von gesellschaftlicher Natur- und naturwüchsiger Gesellschaftsgeschichte freilegt, die mit Marx über Marx ebenso wie über ,,postmoderne'' grüne Ideologen hinausweist und das kritische Gespräch mit anderen Traditionen und Versuchen ermöglicht.

Das Marxsche Werk lebt nicht nur von der Kritik des Bestehenden: Zu ihm gehören auch die politisch-programmatischen Äußerungen, die dogmatischen und intriganten Kampagnen gegen Andersdenkende, die oft problematischen Eingriffe in praktische Politik.

HELMUT THIELEN, W-Berlin



Betr.: *links* Nr. 265

,,Kampf zweier Logiken''

Mit Befremden lese ich gegen Ende der ,,Postsozialistischen Gedanken über post-kapitalistische Perspektiven in der 3. Welt'' folgenden Satz: ,,Als ‚Kampf zweier Logiken' liegen hier (in Indien und Lateinamerika) Ansätze zu der demokratischen Kontrolle von Marktmechanismen, die unerläßlicher Bestandteil einer Alternative zum Kapitalismus sein muß.''

Ja, ist es denn wirklich so einfach den Kapitalismus zu überwinden? Demokratische Kontrolle würde doch in Demokratie nur heißen, staatlicherseits stärker ins Wirtschaften einzugreifen. Aber sind Etatismus und Monetarismus nicht zwei Seiten einer Medaille? Auf dem Weltmarkt sind die Gesetze der Ware und des Geldes mit oder ohne staatlichen Eingriff gültig. Ist Marx mit seiner Kritik der politischen Ökonomie schon ganz vergessen, nur weil sich die Sowjetunion — zu Unrecht — auf ihn berufen hat? Ist der Fall des ,,Realsozialismus'' — warenproduzierende Staaten — nicht Anlaß genug, den (Denk-)Fehler nicht moch einmal zu machen?

MARTIN KORNELIUS KIMMICH, Bietigheim

Den Flüchtlingen helfen

In Bosnien-Herzegowina fliehen die Menschen vor Tod, Hunger und Seuchen. Die deutsche Bundesregierung aber verlangt von den Flüchtlingen Visa oder Versorgungssicherheiten, welche die meisten unmöglich erbringen können.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie unterstützt als Teil der deutschen Friedensbewegung seit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens die Anti-Kriegs-Gruppen, die in fast allen Städten und Regionen entstanden sind. Diese Gruppen arbeiten gewaltfrei, aufopfernd und unter schwersten Bedingungen, bedroht von Repressionen oder gar tödlicher Verfolgung. Unsere Möglichkeiten sind begrenzt, aber wir haben nach besten Kräften dazu beigetragen, die materiellen Arbeitsbedingungen der Anti-Kriegsgruppen zu verbessern, ihre Kommunikationsstrukturen auch unter Kriegsbedingungen zu sichern und ihnen internationale Hilfe und Aufmerksamkeit zu schaffen.

Für diese Vorhaben wird weiterhin Geld benötigt, viel Geld. Wir rufen deshalb erneut alle Menschen guten Willens auf, diese dringende friedenspolitische und humanitäre Arbeit mit Spenden zu unterstützen.

Aktueller Schwerpunkt ist gegenwärtig Medikamentenhilfe für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., 6121 Sensbachtal
Sonderkonto: Verständigung statt Krieg — Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge, Volksbank Odenwald, Konto-Nr. 80 24 618, BLZ 50 86 35 13

Dr. Andreas Buro
Sprecher des Komitees
Klaus Vack, Sekretär des Komitees

Forschung — in, mit, für oder über Selbstverwaltete Betriebe

Ende Juli bis Anfang August findet erneut das Sommerseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) der AG SPAK statt und zwar in Kooperation mit dem Buntstift e.V., Göttingen, und dem Stiftungsverband Regenbogen e.V., Dortmund. Diskutiert, in die Hände gespuckt und gefeiert wird diesmal in Altenmelle in der Nähe von Bielefeld. Unter dem gemeinsamen Oberthema ,,Forschung'' sind vier Arbeitsgruppen vorbereitet:

- AG 1: Wirtschaften — Sich selbst-regulierende Zukunftswerkstatt über scheinbar Selbstverständliches;
- AG 2: Erfahrungen als Forschungsobjekt — Mitglieder selbstverwalteter Betriebe formulieren eigene Interessen;
- AG 3: Theorie und Empirie Alternativer Ökonomie — Möglichkeiten eines eigenständigen Forschungsansatzes aus ForscherInnensicht;
- AG 4: Nachwuchsakademie für kollektives Management — Entwicklung eines Konzeptes.

Weitere Themen können, sollen und werden als Arbeitsgruppe oder Abendveranstaltung eingebracht. Viel Kultur-, aber auch Handarbeit prägen die Struktur des Seminars. Die TeilnehmerInnenzahl bleibt auf 50 begrenzt. Für die gemeinsam organisierte Selbstverpflegung, Kinderbetreuung etc. beträgt der Kostenbeitrag 250,— DM.

Termin: 24.7. — 2.8.1992
Ort: Altenmelle bei Bielefeld
Anmeldung: Ausführliches Programm und eine Einladung bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51.
Anmeldeschluß: bis 10.7.1992

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Theodor-Körner Str. 10, 2800 Bremen, Tel. 0421/72532
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

KOMMENTAR

EVA-MARIA KRAMPE

Ganz ohne Volk

Das Ab und Auf der Volksabstimmungen in Dänemark und Irland zum Vertrag von Maastricht bringen noch einmal die Frage nach dem Sinn oder Unsinn von solchen Referenden, aber auch von Wahlen auf die Tagesordnung. Die so unterschiedlichen Ergebnisse mit weit auseinanderfallenden ökonomischen Erwartungen an den Binnenmarkt erklären zu wollen, soll hier gar nicht erst unternommen werden. Schließlich haben uns die postmaterialistischen Diskurse verdeutlicht, daß Demokratie und deren Instrumente nichts, aber rein gar nichts mit ökonomischen Verhältnissen zu tun haben. Jeglichem, die Tatsachen verfälschenden Ökonomismus sei also abgeschworen. Hingewiesen aber sei auf kulturelle und religiöse Hintergründe: Germanen vs. Kelten; Protestanten vs. Katholiken. Diese differenzierter zu analysieren, sei ausgewieseneren AutorInnen überlassen.

Nein, nach zwei Jahren sich ständig überstürzender Ereignisse, dem Zusammenbruch der osteuropäischen Regimes, der Golfkriegsdebatte und dem neuen groß-deutschen Bewußtsein, kann es nur um eins gehen: die Beseitigung der letzten Mängel westlicher Demokratien. Angesichts der Tatsache, daß sich nach dem Ende der sogenannten real existierenden sozialistischen Staaten in der Bundesrepublik eine ,,Volks"-front von außen links bis Mitte rechts gebildet hat, die sich für unsere real existierende, fest in der Marktwirtschaft eingebettete Demokratie, immer und überall, vor allen Dingen aber ungefragt, kämpferisch in die Brust legt, kann das Wahl- und Abstimmungsproblem endlich ideologiefrei behandelt werden.

Dieses Hin und Her: Nein in Dänemark, Ja in Irland; nach letzten Meinungsumfragen sind auch die BundesrepublikanerInnen gegen Maastricht! Wie kann dabei noch eine konsequent rationale Politik durchgehalten werden? Ein Blick auf die Reaktionen auf das als europäisches Desaster apostrophierte dänische Nein macht schnell deutlich, wohin eine solche Debatte naturwüchsig führen muß. Nachdem die erste Erschütterung überwunden war, begannen die täglich neu aufkommenden Interpretationen, die Bedeutung des Ergebnisses abzuschwächen. Zum Beispiel: daß über ein derartig komplexes Vertragswerk kein Referendum durchgeführt werden könne, da das Volk es nicht verstehe. Das klare Nein wollte keiner anerkennen. Trotz der zaghaft angeführten und hoffnungslos altmodischen Zugeständnisse von derartig rückständigen Basisdemokraten wie Jaques Delors, der bemängelte, daß der Europäischen Gemeinschaft die Bürgernähe fehle, zeichnete sich doch schnell ab, wie derartige Probleme lösbar werden können. Das Straßburger Parlament sah keinen Anlaß, vom eingeschlagenen Weg abzulassen, schließlich können die Dänen ja austreten. Der FAZ-Kommentar deutete an, daß angesichts eines schon durch die Demoskopen vorhergesagten knappen Ausgangs ein Referendum besser unterblieben wäre. Der dänische Ministerpräsident stellte gar die Überlegung an, ein zweites Referendum, dessen Gegenstand nicht der Maastrichter Vertrag sein dürfe, durchzuführen.

Fassen wir die Alternativen zusammen: 1. solche Abstimmungen nicht zu berücksichtigen oder 2. sie gar nicht erst durchzuführen oder aber 3. so lange abstimmen zu lassen, bis das richtige Ergebnis herauskommt. Alternative 2 ist die einzig sinnvolle, die Möglichkeiten 1 und 3 laufen langfristig sowieso auf das gleiche hinaus, da nach geraumer Zeit niemand mehr an Abstimmungen irgendeiner Art teilnehmen wird. Nur keine Bange! Der Umweg über zu viele, zu falsche Abstimmungs- und Wahlergebnisse würde einen längst nötig gewordenen demokratischen Reformprozeß nur verzögern. Außerdem — und noch schlimmer kann es nicht kommen — wäre eine Volksbefragung, so Innenminister Seiters auf die Frage nach der Durchführung eines solchen Referendums in der Bundesrepublik, ein ,,Armutszeugnis für die Politik". Ein befreiendes Wort, das so lange niemand auszusprechen wagte. Völker und WählerInnen, die Einfluß nehmen wollen auf politische Entscheidungen — wo das hinführt, zeigen gerade die Abstimmungen in Dänemark und Irland. Schlimm genug, daß man für kurze Wahlkampfzeiten so tun muß, als nähme man darauf Rücksicht. Allein durch solche Gaukelei werden wichtige Beschlüsse oft viel zu lange hinausgezögert. Bereits seit mehreren Jahren ist es ja de facto so, daß die bundesdeutschen im Parlament vertretenen Parteien klammheimlich eine Allparteienkoalition bilden, die solchem Unsinn allmählich entgegenwirken soll. Während des Wahlkampfs wird selbst den politisch völlig Desinteressierten durch das Fehlen jeglicher Programme, das plakativ zur Schau getragen wird, ziemlich krass vor Augen geführt, daß sie eh keine Wahl haben. Dann wenige Tage nach derartigen Wahlen wird damit begonnen, darüber aufzuklären, daß Wahlslogans eben nur Slogans sind und keine Versprechungen. Dieses Verfahren zeitigt allmählich wirksame Folgen. Die Schar derer, die sich an Wahlen beteiligen, nimmt rapide ab. Psychologisch gesehen eine geniale Strategie: Nicht wählende WählerInnen sind die perfekte demokratische Legitimation für die Abschaffung von Wahlen!

Allerdings läuft das Ganze etwas zu langsam. Selbst in den USA, die uns in jeder Hinsicht Vorbild für eine demokratische Verfasung und dementsprechend unseren europäischen Entwicklungen um Jahre voraus sind, gehen noch immer gute 30 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Außerdem gibt es immer wieder falsche Ausschläge wie jetzt in Dänemark. Die Sache muß angepackt werden, und zwar schnell. Nach so vielen Abschieden, bleibt jetzt nur noch der von diesem wohl einzigen Übel der Demokratie, ansonsten funktioniert sie ja perfekt. Wenn Ludi Lodovico in der *links* 12/1990 noch meinte, westliche Demokratien könnten fast ohne Volk auskommen: ,,Die ehedem messerscharfen, im Kampf gegen den patriarchalischen Obrigkeitsstaat errungen, demokratischen Instrumente sind stumpf geworden und fungieren noch recht und schlecht als Integrationsmechanismen, weil auch Staat und Parteien begriffen haben, daß es ganz ohne Volk nicht geht." — so hat sich die Lage heute, nach den obengenannten Umwälzung entscheidend verändert: Es geht ganz ohne Volk!

Die nun einmal gewählten, aber auch die nichtgewählten und medialen ,,VerfechterInnen der Demokratie", die sich in der ,,Volks"-front zusammengefunden haben, bilden ganz ohne Zweifel die Garantie für den demokratisch verfaßten Nationalstaat. Das Volk und die Völker, die immer wieder als unberechenbare Größen in Erscheinung treten, könnten jedoch vermittels von Informationsbroschüren, Diskussionen ,,von Politikern und Wissenschaftlern, Intellektuellen und Künstlern und in Vereinen und am Stammtisch (...) durch konturierte Meinungen die Legitimität parlamentarischer Entscheidungen stärken" (FAZ, 16.6.1992).

Nur keine Abstimmungen und besser auch keine Wahlen mehr! Die könnten die Demokratie gefährden, sie auf einen irrationalen Schlingerkurs bringen oder — entsetzlicher noch — zu einer Herrschaft (welch degoutanter Ausdruck!) des Volkes führen. Auch der Vorschlag Brechts, die Regierung müsse sich eben ein neues Volk wählen, zeichnet sich durch eine historisch bedingte, nichtsdestotrotz völlig undemokratische Sichtweise aus. ■

MONIKA FROMMEL

Systematische Selbstentmachtung

Zum § 218-Kompromiß der Parteifrauen

Nach langer Debatte hat der Bundestag mehrheitlich dem Gruppenantrag der SPD- und FDP-Frauen für eine Neuregelung des §218 zugestimmt. Dieser §218-Kompromiß der Parteifrauen ist allerdings eine ,,krumme Sache'' — auch wenn von ‚Emma' bis ‚taz' verlautet, daß die Frauen sich bittschön nicht aufregen sollen, zwar müsse man die Zwangsberatung ,,schlukken'', aber immerhin sei doch wenigstens die Fristenlösung erreicht und mehr sei in dieser politischen Situation sowieso nicht möglich (taz-Kommentar). Daß der gefundene Kompromiß allerdings überhaupt nicht besser als das bislang geltende Recht ist, macht die Juristin und Feministin Monika Frommel in ihrer Kommentierung deutlich. Neben der Kritik Frommels bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, warum der §218 für die Frauenbewegung eigentlich kein Thema mehr ist.

Künftig wird nicht mehr die Abtreibung selbst, sondern das Unterlassen der Sozialberatung strafbar sein. Das ,,Unrecht'' liegt dann im Ungehorsam gegen die mit Strafdrohung erzwungene Pflicht, sich ,,im Schwangerschaftskonflikt/Notlage'' an staatlich anerkannte §218-Beratungsstellen zu wenden.

Es erübrigt sich jeder Hinweis darauf, daß eine solche Regelungstechnik einmalig ist und strafrechtlich im Grunde nicht zu rechtfertigen. Aber kaum einer der vor dem Sonderausschuß angehörten Strafrechtswissenschaftler (im Gegensatz zu den beiden weiblichen juristischen Sachverständigen) hat auf diesen Umstand hingewiesen. In einem — praktisch sehr bedeutsamen — Punkt bringt das künftige Recht eine Verschlechterung mit sich. Die sog. ,,staatsfreie Beratung'' (jeder Arzt oder Ärztin, die sich ,,auf andere geeignete Weise über die im Einzelfall zur Verfügung stehenden Hilfen unterrichtet hat'') ist gestrichen. Es ist folglich nicht möglich, restriktives Landesrecht über eine demokratische Politik von Ärzten und Ärztinnen zu korrigieren.

Der Verstoß gegen die normierte Beratungspflichtung kann — theoretisch — strafrechtlich verfolgt werden. Praktisch wird dies nur in den Ländern bzw. Regionen geschehen, in denen ein entsprechendes kriminalpolitisches Bedürfnis besteht, sprich: patriarchalische Politik mit der Abtreibung

Frauendemo gegen den 218 1982 — damals noch Thema — heute nicht mehr?

gemacht wird. Im übrigen können die jeweiligen Landesjustizverwaltungen im Wege einer klarstellenden Richtlinie bekanntgeben, daß Verstöße gegen die Beratungspflicht in der Regel eingestellt werden. Im Norden Deutschlands wird die strafbewehrte Beratungspflicht so leicht zu erfüllen sei wie die Pflichten des Indikationenmodells in der Vergangenheit auch. In Gegenden, wie etwa in Memmingen, bleibt es im wesentlichen bei den Verhältnissen, die zu den berüchtigten Verfahren geführt haben. Lediglich eine Hürde fällt weg. Es bedarf keiner ärztlichen Feststellung der Indikation mehr. Aber auch dieser relative Fortschritt hat seinen Preis: vor Strafgerichten kann künftig nicht mehr zugunsten der Beschuldigten, falls die Beratung unterblieben ist, vorgetragen werden, es habe nach ärztlicher Erkenntnis eine Notlage bestanden.

Schon der Name ,,Schwangeren- und Familiengesetz'' ist symptomatisch. In der Bundesrepublik hat sich mittlerweile eine Sprache etabliert, die der kleinen Gruppe von ,,Schützern des Lebens'' vor der Geburt semantische Zugeständnisse macht, die deren marginaler politischer Bedeutung in keiner Weise entsprechen. Das Gesetz ist zweifellos eine symbolische Niederlage. Schließlich hält es — in der juristischen Konstruktion — daran fest, daß ein Schwangerschaftsabbruch in der Regel ,,Unrecht'' sei, das nicht bestraft wird, wenn ein Beratungsschein vorliegt (,,Der Schwangerschaftsabbruch ist nicht rechtswidrig, wenn...). Die politische Niederlage demonstriert nicht die Stärke der ReformgegnerInnen, sondern sie ist die vorhersehbare Folge einer systematischen Selbstentmachtung. Sie zeichnete sich bereits ab, als die FDP-Politikerinnen im Oktober 1990 von den juristischen Auguren der Partei an die Kandarre genommen wurden.

Wieso betreiben Politikerinnen, die vorgeben, eine Reform zu wollen, in der Sache eine moderate Pro-Life-Gesetzgebung, ein Gesetz zum ,,Schutz des werdenden Lebens''? Wie realistisch war bzw. ist die Angst vor dem Bundesverfassungsgericht?

Hätten sich FDP, SPD und Teile der CDU vor der Sommerpause nicht geeinigt, dann wäre die Frist abgelaufen, die der Einigungsvertrag für eine Neuregelung gesetzt hat (31.12.1992). In diesem Fall hätte das Bundesverfassungsgericht darüber zu entscheiden gehabt, ob die DDR-Fristenregelung — mit Modifikationen — verfassungsgemäß ist oder nicht. Nun wird es sich dieselben Gedanken über das Kompromißgesetz machen müssen. Wie das Gericht entscheiden wird, ist trotz vielfach kolportierter Gerüchte nicht prognostizierbar. Sowohl die Hoffnung innerhalb der CDU/CSU als auch der Furcht derjenigen, die sich mit dem ausgehandelten Kompromiß zufrieden geben, scheint mir unbegründet oder strategisch zu sein. Eine im Strafgesetzbuch vorgeschriebene Zwangsberatung ist strafrechtlich so schwer zu begründen, daß es wenig wahrscheinlich ist, daß ein Verfassungsgericht ausgerechnet diese — rechtsverglei-

chend gesehen — typisch deutsche Variante vorgeschrieben hätte. Legalisiert ein Gesetz den Schwangerschaftsabbruch und bestraft es die fehlende Beratung, dann wird der bloße Ungehorsam gegen eine Formvorschrift zum kriminellen Delikt erklärt. Das Strafgesetzbuch kennt solche Ungehorsamsnormen nicht. Sie abzuschaffen, war eine wichtige liberale Errungenschaft des 19. Jahrhunderts. Schwer vorstellbar also, daß ausgerechnet dieser faule Kompromiß vom Bundesverfassungsgericht erzwungen worden wäre.

Nun ist es wenig verwunderlich, daß ReformgegnerInnen verfassungsrechtliche Argumente strategisch einsetzen. Erstaunlich ist im Grunde nur, daß auch engagierte Reformerinnen innerhalb der SPD und FDP auf der Basis der damaligen Mehrheitsentscheidung verhandelt haben. Keine der beiden (im Prinzip reformwilligen) Parteien hat die schlichte Tatsache genutzt, daß sie gemeinsam die politische Mehrheit gehabt hätte. Die FDP setzte seit Oktober 1991 nicht auf den naheliegenden Gedanken, daß Minderheitsvoten mehrheitsfähig werden können, vor allem dann, wenn es mittlerweile innerhalb der Bevölkerung eine klare politische Mehrheit für eine Fristenlösung *ohne* Zwangsberatung gibt.

▶ Landesrecht vor Bundesrecht ◀

Es stellt sich also die Frage, wieso in Deutschland die strafbewehrte Zwangsberatung noch immer die entscheidende politische Differenz darstellt oder mit anderen Worten: wieso beharrte die FDP auf ihrem Entwurf und wieso konnte sie sich durchsetzen? Eine durch Bundesrecht vorgegebene Verrechtlichung des Beratungsverfahrens ermöglicht eine regionale Politik mit der Abtreibung. Über das Angebot an Beratungsstellen, die Zulassung von Einrichtungen, die einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch durchführen, und die praktische Durchführung der mit der Zwangsberatung gesetzten bürokratischen Hürde entscheiden die Länder. Sie können — wie gehabt — den Spielraum des jeweils geltenden Rechts liberal nutzen oder — wie in Bayern — ein engmaschiges Netz von Landesrecht über das Bundesrecht werfen.

Die Länder also bestimmen letztlich darüber, ob „Abtreibung" in einem Bundesland ein politisch aufgeheiztes Thema bleiben soll, und sei es durch Strafverfahren gegen Ärzte, die sich nach der Sicht der jeweiligen Instanzen nicht an die komplizierten regionalen Vorschriften bezüglich der Beratung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs halten.

Sowohl nach dem zu erwartenden Kompromißgesetz als auch nach § 218 Abs. 5 des FDP-Entwurfs hätten sowohl Dr. Theissen als auch Frau Federlin wegen illegaler Abtreibung nach § 218 StGB verurteilt werden müssen. Es wäre — aus der Sicht der Verteidigung — ein kurzer Prozeß gewesen, der ihr wenig Spielraum für entlastende Argumente geboten hätte. Verhindert hätte also auch eine Fristenlösung mit Zwangsberatung die in Bayern praktizierte Kriminalisierung nicht. Zur Verdeutlichung soll die entsprechende Passage im FDP-Entwurf, an die sich der Gruppenantrag angelehnt hat, zitiert werden:

§ 218 ist nicht anzuwenden, *„wenn*
1. der Schwangerschaftsabbruch mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommen wird,
2. seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind und
3. die Schwangere sich mindestens drei Tage vor dem Abbruch nach § 219 hat beraten lassen."

Die Berufung auf die Notlagenindikation des geltenden Rechts kompensiert also in den (bis auf zwei Verfahren rechtskräftig abgeschlossenen) Memminger Strafprozessen die fehlende Beratung. Die Strafverfahren sind also nur deshalb in Gang gekommen, weil die vorgeschriebene Beratung nicht stattgefunden hatte. Zieht man — wie die FDP-Juristen und ihnen folgend der Gruppenantrag — aus den peinlichen Befragungen vor dem Landgericht den zu kurzen rechtspolitischen Schluß, nur die Indikationslösung zu reformieren, dann ändert man wenig an der mißlichen Lage, daß es Gegenden in Deutschland gibt, in den es die Landesgesetzgebung und Landespolitik Frauen und Ärzten schwer machen wird, das feinmaschige Regelsystem mit Würde einzuhalten. Der ausgehandelte Kompromiß verbessert also die strafrechtliche Situation überhaupt nicht. Er nimmt lediglich *eine* der bürokratischen Hürden weg: das Feststellungsverfahren über das Vorliegen einer Indikation.

Die Schwäche der gegenwärtigen Reformpolitik beruht jedoch nicht auf der Stärke der ReformgegnerInnen. Vielmehr erweist sich bei genauem Hinsehen, daß alle größeren Parteien mehr oder weniger strategisch und damit zirkulär argumentieren. Weder der Gruppenantrag noch die vorangegangenen Entwürfe der FDP und der SPD sind Pro-Choice-Regelungen (vgl. auch Klaus Günther, Transit, Nr. 4 1991). Zumindest vordergründig folgen alle mehrheitsfähigen Entwürfe der Sprachregelung der „Lebensschützer" und normieren eine Gebärpflicht. Sie beanspruchen alle — und sei es nur taktisch — den jeweils effektiveren „Schutz des werdenden Lebens". Der Sonderausschuß des Bundestages trägt also nicht nur den Namen „Schutz des werdenden Lebens", sondern er verhandelt im wesentlichen über differenzierte Varianten einer künftigen *Pro-Life-Gesetzgebung*.

Weder die FDP noch die SPD argumentieren an zentraler Stelle mit dem Entscheidungsrecht der Schwangeren. So gesehen haben sie auch den moralischen Verschleiß des Themas mitzuverantworten. Die unsägliche Justifizierung des Problems erklärt vielleicht auch, warum das Thema mittlerweile in der Öffentlichkeit unerträglich geworden ist. ■

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Hochschule heute: Warten auf Frau Humboldt (Heft 43)
Klatt: Zwanzig Jahre und kein Bißchen? Reformuniversität Bremen ● *Willkomm:* Über die alltägliche Brutalität in der Hochschule ● *Bülow-Schramm:* Prüfungen auf dem Prüfstand ● *Braun u.a.:* „Glaub nicht alles, was sie dir erzähl'n". Eine Studie zur Einführung ins Studium der Sozialarbeit/Diakonie ● *Küspert:* „Studieren, und was dann?" Zur Situation studierender Frauen ● *Bülow-Schramm / Gipser:* Zwischen Aufbruch und Resignation. Der brüchige Habitus der HochschullehrerInnen ● *Karsten:* Studieren ordnen — „ordentlich" studieren. Gedanken über einige, tendenziell vernachlässigte Aspekte der Hochschulinnovationen ● *Daxner:* Die intellektuelle Teilrepublik. Die Hochschule als Ort der Öffentlichkeit ● Magazin ● Rezension
100 Seiten, DM 15,—

Annäherung an Europa (Heft 42)
Karsten: Die Sozialunionfalle. Sozialpolitik in Europa, Migration und die Situation von Frauen ● *Schöneburg:* Der Entwurf einer Verfassung für das Land Brandenburg. Konkurrenz zum Grundgesetz ● *Hall/Lee:* Soziale Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands — Fallstudien ● *Pastore:* Hin zur Errichtung einer Festung Europa? Verstärkung der internen und externen Kontrollen ● Resolutionen der European Group for the Study of Deviance and Social Control ● *Refugee Forum:* 1992 and migrant workers. Manifestation for the rights of refugees ● *Rot / West:* Alternativen zum Heim. Altenhilfe in den Niederlanden ● *Wirth / Schürhoff:* Die Last der totalitären Vergangenheit. Über die Aussöhnung von Russen und Deutschen ● *Divivier:* Ohne Kritik am Patriarchat kein Ende der Frauenarmut in Deutschland ● *Rohrmann:* Das Unerziehbarkeitsdogma der Deutschen Heil- und Sonderpädagogik in der Theorie und Praxis ● Magazin
100 Seiten, 15,— DM

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

DOKUMENTATION

Antisemitismus in Ottensen

In Hamburg-Ottensen wird derzeit vorexerziert, daß Antisemitismus in Deutschland lediglich ein schlafender Hund ist, den man nur zu wecken braucht: seit Wochen treten im Hamburger Stadtteil Ottensen orthodoxe Juden gemeinsam mit einer Anwohnerinitiative dafür ein, daß auf dem dortigen Hertie-Gelände — früher Ort des jüdischen Friedhofes — Investoren keinen Luxus-Konsumpalast errichten. Angesichts der Aktionen der orthodoxen Juden jedoch, die sich für den Erhalt ihrer Friedhofes einsetzen, ist in Ottensen der Antisemitismus wieder offen ruchbar geworden. Wir dokumentieren hier eine Erklärung der Anwohnerinitiative sowie einige Hintergrundinformationen zu den Vorgängen.

Wir, die AnwohnerInnen-Initiative gegen das Hertie-Karree in Ottensen, bekämpfen seit gut zwei Jahren den Plan der millionenschweren Immobilienhaie Büll & Liedtke, mitten in unseren Stadtteil einen Luxus-Konsumpalast zu setzen.

Zur Zeit bestimmen die Aktionen von orthodoxen Juden das Bild der Proteste am Baugelände. Sie handeln vor allem aus einer religiösen Motivation: auf jüdischen Friedhöfen soll ewige Totenruhe herrschen, d.h., die Grabstätten sind auf alle Zeiten unantastbar. Es ist nicht zu übersehen, daß die orthodoxen Juden einerseits und wir als Linke andererseits unterschiedlich motiviert sind. Zwei Beispiele verdeutlichen unsere Schwierigkeiten mit den jüdischen Aktivisten:

- religiöse Strenggläubigkeit, ganz egal welcher Konfession, können wir uns schwer als den Weg zu einer freieren und gerechteren Gesellschaft vorstellen,
- patriarchalisch-hierarchische Strukturen, wie sie teilweise in den hier aktiven ,,Athra-Kadischa''-Gruppen herrschen, lehnen wir aus verschiedenen Gründen ab.

Nicht hierher gehört die Ablehnung der israelischen Siedlungs- und Expansionspolitik! Die Juden sind nicht der israelische Staat und sie treten hier in einer ganz anderen Angelegenheit auf. Bei anderen Solidaritätskampagnen wird doch auch nicht vorausgesetzt, daß wir mit allen Positionen der zu Unterstützenden übereinstimmen.

Nicht zu akzeptieren ist für uns, daß trotz der antisemitischen Stimmen im Stadtteil und in der Politik keine eindeutige Solidarität mit den Juden vorhanden ist.

Die AnwohnerInnen-Initiative hat sich entschlossen, trotz bestehender Differenzen, den Widerstand der orthodoxen Juden zu unterstützen: Früher gehörten Jüdinnen/Juden und jüdische Einrichtungen zum Straßenbild Altonas. Heute wird wieder versucht, durch eine polizeiliche Abriegelung der Großen Rainstraße und angrenzender Straßen eine ,,judenfreie Zone'' zu schaffen. Die scheinheilige Empörung in der BürgerInnenschaft über diesen Begriff kann darüber nicht hinwegtäuschen — Tatsache bleibt, daß diese Abriegelung nur für Juden gilt! Wir leben in einem Land, von dem aus Juden in ganz Europa planmäßig ausgerottet wurden. Bis heute wurde in diesem Staat, dessen Apparat von Anfang an von ,,gewendeten'' Nazis mitaufgebaut wurde, eine gründliche Aufklärung über Ursachen und Zusammenhänge der Judenvernichtung unterdrückt und durch geschichtsverzerrende Ausstellungen sowie ritualisierte Gedenkfeiern ersetzt. In den letzten Jahren mehren sich die Versuche, die deutsche Schuld zu leugnen. In einer Stadt, in der von ca. 27 000 Menschen in der jüdischen Gemeinde gerade 300 überlebten und in der an der Enteignung und Ermordnung dieser Menschen nicht zuletzt auch satt verdient wurde, darf es keine Fortsetzung der nationalsozialistischen Schändung jüdischer Friedhöfe geben.

Wir kämpfen dafür, daß Zeugnisse jüdischer Kultur wieder sichtbar werden! (...)

Der Senat tut so, als hätte er mit der Angelegenheit nichts zu tun: der Verkaufsvertrag von 1953 sei nicht etwa die Folge des Naziterrors gewesen, sondern ein tragischer Fehler der Jüdischen Gemeinde, der damit der schwarze Peter zugeschoben wird. Verhandlungen mit den Orthodoxen werden nicht geführt. Judenhetze wird als Folge des Auftretens orthodoxer Juden dargestellt — Opfer werden zu Tätern gemacht. Dies paßt prima ins Konzept der Drohung Bülls, eine Pressekampagne gegen die orthodoxen Juden zu führen, über antisemitische Reaktionen — so Büll — solle man sich dann nicht wundern. Die offene Drohung wird dem Senat durch den Antisemitismus auf der Straße abgenommen. Vor diesem Hintergrund wird verständlicher, daß Teile der ,,Hamburger Jüdischen Gemeinde'' sehr zurückhaltend mit Forderungen hinsichtlich eines Erhaltes des Friedhofes an die Öffentlichkeit gehen.

Kaum werden orthodoxe Juden wieder öffentlich sichtbar und vertreten ihre Interessen, lebt die antisemitische Hetze wieder auf. Die braune Soße quillt aus allen Ritzen und der Judenhaß ist mit einem Schlag wieder hörbar und sichtbar. Wir sind entsetzt, wie wenig sich in den Köpfen der Menschen hierzulande während den letzten fünfig Jahren geändert hat und wieviel neuen Antisemitismus diese Gesellschaft hervorbringt. Neben den schon beschriebenen Gründen ist diese ekelhafte Erfahrung der stärkste Anlaß, uns vor Ort vorbehaltlos für das Anliegen der orthodoxen Juden einzusetzen.

V.i.S.d.P.: H. Schmidt, Zeißstr. 36, 2 HH 50

Zur Situation um den jüdischen Friedhof

Geschichte
Er wurde seit 1663 hier betrieben, die letzten Beerdigungen fanden 1934 statt. Während des Faschismus wurde das Gelände u.a. durch den Bunkerbau zerstört. 1953 verkaufte die jüd. Treuhand, die den von den Nationalsozialisten enteigneten jüd. Besitz verwaltete, das Gelände mit Zustimmung der Hamburger jüdischen Gemeinde.

Die Forderungen der Juden
Im jüdischen Glauben darf die Erde, in der die Toten ruhen, auf ewig nicht angetastet werden. Die Juden, die jetzt um den Erhalt ihres Friedhofes kämpfen, sehen keine Gemeinde als befugt an, sich über dieses Gebot hinwegzusetzen und einen Friedhof aufzugeben oder gar zu verkaufen. Aus diesem Grund erkennen sie die damaligen Verträge nicht an.

Rechtslage
Ob diese Verträge nach BRD-Recht Gültigkeit haben oder nicht, mag dahin gestellt sein; entscheidend ist, daß es ohne die vorangegangene faschistische Vernichtungspolitik niemals zu einem ,,Verkauf'' gekommen wäre. Nach dem Krieg hatten von ehemals 27 999 Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde in Hamburg nur 300 Menschen überlebt. Diese waren gar nicht in der Lage, sich gegen die Kapitalinteressen zu wehren, die auf das schon damals spekulativ günstig gelegene Gelände drängten. Es gab praktisch keine funktionierende Gemeinde. Nur so ist der ,,Verkauf'' zu erklären, der im Grunde eine zweite Enteignung war, deren heutige Nutznießer Büll & Liedtke sind.

Die Gemeinde heute
Die heutige Jüdische Gemeinde verfolgt einen sehr defensiven Kurs. Sie hat vermutlich eine lange leidvolle Erfahrung, im nachfaschistischen Deutschland mit seinem latenten Antisemitismus, ihre Interessen als eine sehr kleine jüdische Gruppe durchzusetzen. Das macht ihr Taktieren und ihre Scheu vor der Öffentlichkeit erklärlich.

Der Hamburger Senat
Der Hamburger Senat hat bisher nichts getan, um in dieser Situation zu vermitteln oder vielleicht auch Kompromißlösungen zu ermöglichen. Der Versuch, jeglicher Auseinandersetzung auszuweichen, wird vor allem in Voscheraus zynischer Aussage deutlich: Der Senat hätte aus dem Unrechtsstaat des Dritten Reiches gelernt, daß es vor allem gelte, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und bestehende Verträge einzuhalten. Während der Senat und der Bund sonst sehr viel Wert darauf legen, mit Wiedergutmachungsgeldern ihrer Rolle als Rechtsnachfolger des 3. Reiches gerecht zu werden, tut er hier so, als wäre die Erhaltung des jüdischen Friedhofes eine rein privatrechtliche Angelegenheit. Die Diskussion wird bewußt auf die Frage des Grunderwerbs verkürzt, um sich so aus der Verantwortung stehlen zu können.

Offener Brief an den Bundespräsidenten, Berlin, den 13.6.92

Für die Realisierung des Benjamin-Denkmals in Port Bou

Die Diskussion über Mahnmäler und Denkorte für die Opfer des Nazi-Regimes lag jahrzehntelang brach. Auch die Künstler kamen lange nicht über Illustrationen, würdige Quaderformationen oder unverbindliche Katastrophenmetaphorik hinaus. Sichtbar gemachte Erinnerung verlangt einen konkreten Anlaß, einen konkreten Ort. Dazu besteht — oder bestand? — jetzt eine bedeutende Gelegenheit: Es geht um nichts Geringeres als um die Realisierung des Benjamin-Denkmals in Port Bou.

Am 25. September 1940 überquerte der deutsch-jüdische Philosoph und Schriftsteller Walter Benjamin zusammen mit einer kleiner Gruppe die französisch-spanische Grenze. Ziel war der spanische Zweitausend-Seelen-Ort Port Bou. Von hier wollte Benjamin einen der großen Atlantikhäfen erreichen. Aber Benjamin fehlte ein französisches Ausreisepapier. Die örtliche Polizei erlaubte ihm nur den Aufenthalt für eine einzige Nacht. Am nächsten Morgen sollte er wieder nach Frankreich abgeschoben werden. Die Perspektive: Auslieferung an die Gestapo und KZ. In der Nacht zum 26. September beging Benjamin mit einer Überdosis Morphiumtabletten Selbstmord. Das Grab auf dem Friedhof Port Bou geriet schnell in Vergessenheit.

Benjamin in Port Bou ein Denkmal zu errichten, war etwas anderes als ,,eine gute Idee''. Der Bundespräsident verwandte sich selbst für die Sache. Das Außenministerium gab sich als Finanzier (Höchstgrenze eine Million), und so wurde der Grundstein für das große Erinnerungsprojekt des israelischen Bildhauers Dani Karavans gelegt, und eine Kampagne der Unverständigen begann, die sich als Steuersparer empörten. Durch die Diffamierungskampagne der Bildzeitung und der Regenbogenpresse ist die Sache vorläufig gestoppt worden. Kein Denkmal für Walter Benjamin. Gegen diesen Stopp wenden sich das nachfolgende Protestschreiben, das wir hier veröffentlichen:

Sehr geehrter Herr v. Weizäcker!
Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6.6.92 und dem Tagesspiel vom 11.6.92 haben wir entnehmen müssen, daß die jahrelangen Bemühungen um die Errichtung eines angemessenen Denkmals für Walter Benjamin in Port Bou, dem Ort, an dem sich dieser bedeutende Philosoph auf der Flucht vor seinen NS-Mördern das Leben nahm, zu scheitern drohen. Es ist empörend, lesen zu müssen, daß der Entwurf von Dani Karavan trotz bereits erfolgter Grundsteinlegung einer Diffamierungskampagne der Bildzeitung und der Regenbogenpresse zum Opfer gefallen ist. Es irritiert uns, daß die verantwortlichen kulturpolitschen Entscheidungsträger sich nicht entschieden genug für die Realisierung des Entwurfs von Dani Karavan eingesetzt und auf der Bereitstellung der dazu notwendigen finanziellen Mittel bestanden haben.

Die Frage, ob das Benjamin-Denkmal errichtet wird oder nicht, ist eine Frage von immenser politisch-moralischer Qualität, die nicht nach dem Kalkül der aktuellen Spar- und Haushaltspolitik zu entscheiden ist. Es muß doch den Mitarbeitern im Auswärtigen Amt, im Bundesrechnungshof, in allen staatlichen Stellen, die mit der Entscheidung über die Errichtung des Denkmals befaßt sind, zu vermitteln sein, daß ein Scheitern des Projekts eine geistige und moralische Bankrotterklärung des wiedervereinigten Deutschlands wäre.

Wir wissen, daß Sie zu den Anregern und Befürwortern des Denkmals gehören. Deshalb appellieren wir an Sie, alles zu tun, um die Realisierung des Benjamin-Denkmals in Port Bou trotz der Widerstände zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen
V.i.s.d.P.: Hartmut Widner,
Barbarossastr. 7, 1 Berlin 30
Eine Unterschriftenliste kann bei der obigen Adresse angefordert werden.

Der ,,Fall'' Boock — Ein Briefwechsel

Darüber, was Peter-Jürgen Boocks Beweggründe für sein spätes Geständnis gewesen sein mögen, läßt sich nur spekulieren. Jedenfalls hat er es damit geschafft, am Ende alle diejenigen zu desavouieren, die ihn jahrelang unterstützt und den Justizskandel angeprangert haben, den der Prozeß gegen ihn darstellt. Ihnen bleibt die Häme der staatstragenden Medien — von *SPIEGEL* bis *Frankfurter Rundschau*, also auch derer, die sich in liberaler Attitüde in ihrer Kritik an der politischen Justiz damals noch einig waren. Heute, so scheint es, sind sie soweit, auch noch die neuesten Exzesse des bundesrepublikanischen Sicherheitsstaates als ,,zivilgesellschaftliche'' Errungenschaft anzusehen. Ungeachtet dessen, was Boock nun wirklich getan hat, bleibt der Prozeß gegen ihn eines der miesesten Stücke deutscher Polizeistaatsgeschichte. Und es bleibt, daß nicht zuletzt die Kampagne für Boock dazu geführt hat, wenigstens bei ein paar Politikern Zeichen von Vernunft beim Umgang mit der RAF keimen zu lassen. Daß diese Kampagne richtig und wichtig und dennoch in ihrer breiten Öffentlichkeitswirkung nur möglich war, weil fast alle an seine ,,Unschuld'' geglaubt haben, beleuchtet nur die Schwierigkeiten, mit denen es Menschenrechtspolitik hierzulande zu tun hat. Peter-Jürgen Boock hat nach seinem Geständnis einen Brief an das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* geschrieben, auf den Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack geantwortet haben. Die *Frankfurter Rundschau*, der dieser Briefwechsel vorlag, hat den Antwortbrief nicht gedruckt. Zum herrschenden Konsens gehört halt auch, diejenigen, die sich ihm nicht fügen, nicht mehr zu Wort kommen zu lassen. Wir drucken hier beide Briefe ab.

Die Redaktion

Lieber Klaus,

ich schiebe diesen Brief schon einige Tage vor mir her, denn es fällt mir schwer einen Anfang zu finden. Ich habe mich so lang bei dir auch nicht mehr gemeldet, weil ich mich geschämt habe. Ich habe in der Vergangenheit, was meine Beteiligung an den RAF-Mordanschlägen angeht, dich und alle anderen belogen. Aus Angst, aus Feigheit und aus der Unfähigkeit heraus, noch zu den mörderischen Taten zu stehen, an denen ich aktiv beteiligt war, habe ich mich in ein Netz aus Halbwahrheiten und Lügen geflüchtet und damit der Sache großen Schaden zugefügt.

Nach dem Zusammenbruch der DDR und der Rückkehr der Aussteiger aus der RAF habe ich mich vor einigen Wochen entschieden, nun endlich reinen Tisch mit meiner Sache zu machen und umfassend gegenüber der Bundesanwaltschaft auszusagen. Allerdings bin ich nach wie vor nicht bereit andere RAF-Mitglieder zu belasten und ich will auch keine Kronzeugenregelung für mich in Anspruch nehmen. Ausschlaggebend für meine Entscheidung war das neue Ermittlungsverfahren gegen Angelika Speitel wegen einer unterstellten Beteiligung an der Schleyer-Entführung. Nur zu sagen, daß sie daran nicht beteiligt war aber ansonsten zu schweigen, hätte nicht ausge-

reicht sie zu entlasten. Auch bei einigen der DDR-Rückkehrer, wie etwa dem Ehepaar Friedrich, deren Gradlinigkeit ich beeindruckend finde, kann ich einfach nicht zusehen, wie sie womöglich wegen Taten verurteilt werden, für die ich Mitverantwortung trage.

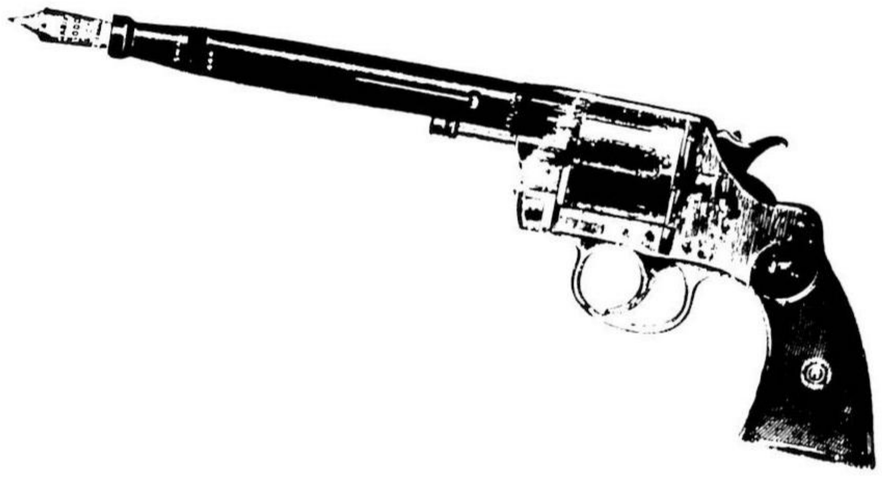
Ich war — bis auf den Mordanschlag an Generalbundesanwalt Buback — an allen RAF-Anschlägen des Jahres 77 aktiv beteiligt, ich habe geschossen und muß davon ausgehen, daß ich auch getötet habe.

Lieber Klaus, es tut mir wirklich sehr leid, daß ich dich und so viele andere mir wohlmeinende Menschen belogen und mißbraucht habe. Ich könnte gut verstehen, wenn du nun mit mir nichts mehr zu tun haben willst.

Ich habe bereits an den Bundespräsidenten geschrieben und ihm anheim gestellt, das Gnadengesuch niederzuschlagen. Auch Heinrich Albertz habe ich inzwischen schriftlich informiert, ebenso die Familie von Braunmühl. Was das Geld des Gustav-Heinemann-Preises angeht, das mir unter ganz anderen Voraussetzungen zur Verfügung gestellt wurde, werde ich alles an das Komitee zurückgeben, sobald mir das meine finanzielle Situation gestattet.

In der Hoffnung, daß du/ihr mich nicht allzusehr verachtest,

dein Peter-Jürgen Boock



Lieber Peter-Jürgen Boock,

Deinen Brief vom 13. Mai 1992 haben wir — leider zeitgleich mit den Veröffentlichungen im „Spiegel" und den Tageszeitungen vom 18. Mai 1992 — erhalten. Befremdet hat uns dieser Brief insofern, als er sich wie eine Art „Pflichtübung" liest; aber dies ist vielleicht Deiner Gemütsverfassung zuzuschreiben, und wir wollen auch nicht ausschließen, daß wir in dieser Sache, in der wir uns über Jahre außerordentlich engagiert — und gleichsam auch für die Wahrheit Deiner Angaben verbürgt — haben, uns ganz persönlich getäuscht und dabei auch verletzt fühlen.

Wie dem auch sei: Daß etwas „im Busche" war, ahnten wir seit den gerichts- und öffentlichkeitsbekannten Aussagen von Susanne Albrecht u.a., die infolge der Entwicklungen in der ehemaligen DDR gefaßt worden und die teilweise auch als „Kronzeugen" aufgetreten sind. Wir haben Dir seinerzeit je getrennt und miteinander unabgesprochen ähnlich argumentierende Briefe geschrieben (Herbst 1990). In denselben haben wir Dir unser Interesse zur Wiederaufnahme der von Dir etwa 1988 abgebrochenen Kommunikation signalisiert, vorsichtige Fragen gestellt, aber zugleich auch mitgeteilt, daß wir nicht aufgrund neu bekannt gewordener Fragen oder gar Tatsachen alles, was wir im Zusammenhang der Stammheimer Prozesse vertreten haben, im „neuen Lichte" für falsch und unvertretbar halten könnten. Eher im Gegenteil: uneingeschränkt galt und gilt Dein für die damaligen Verhältnisse früher und konsequenter Bruch zum RAF-Terrorismus, also Dein Aussteigen, noch bevor Du verhaftet wurdes. Deshalb ist es schade, daß Du auf unsere Briefe nicht geantwortet hast.

Nun ist es infolge Deiner Aussagen wohl zur Gewißheit geworden (denn prinzipiell müssen Selbstentschuldigungen nicht richtiger oder falscher sein als Selbstbezichtigungen). Du hast 1977 an viel mehr Terroraktionen der RAF teilgenommen, als Du das Gericht, Deine Verteidiger und uns wie viele andere hast glauben machen wollen. Du hast getötet. Wir haben wie viele andere auch Deinen Aussagen im Kern geglaubt. Wir fanden sie stimmig und überzeugend. Mit unseren bescheidenen Mitteln, die aber für uns und für das Komitee für Grundrechte und Demokratie ziemlich aufwendig waren, ja zuweilen fast die Grenze unserer Kraft erreichten, haben wir deswegen auch andere davon zu überzeugen versucht, daß sie sich auf Deine Aussagen verlassen könnten. Etwa im Falle der Familie von Braunmühl, aber auch in öffentlichen Erklärungen, Publikationen und einer in diesem Falle sehr umfangreichen Korrespondenz mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern.

Nun, wir haben uns selbst getäuscht und sind von Dir getäuscht worden. Deswegen verachten wir Dich nicht. Wie könnten wir?! Verachtung ist ohnehin eine Stimmung und eine Haltung, die uns fremd ist, weil wir sie nicht mit unserem menschenrechtlichen Politikverständnis in Übereinstimmung bringen könnten. Wir sind aber als selbst- und fremdgetäuscht ziemlich traurig darüber, daß die zwischen uns damals aufgekeimte, zeitweise fast aufgeblühte Freundschaft es Dir nicht erlaubt hat, uns reineren Wein über Deine Vergangenheit einzuschenken. Freilich: Die von uns vielleicht zu wenig beachteten Hindernisse dafür, die ganze Wahrheit zu sagen, waren hoch. Sicher stehen wir jetzt, stehen alle, die sich uneingeschränkt und uneigennützig für Dich verwendet haben, nicht gerade gut da. Vor allem bedauern wir, daß Du Deine eigene Sache erheblich erschwert hast, wenngleich die Stimmung der kalten Rache, die gerade Dein Stammheimer Verfahren durch atmete, ein wenig gedämpfter geworden zu sein scheint.

Es wäre falsch und wir verhielten uns Dir gegenüber unehrlich, wenn wir Dir über unsere Reaktionen auf Deine Offenbarungen ein X für ein U vormachten. Wir könnten darüber nicht einfach mit den Achseln zucken und zur Tagesordnung übergehen. Freilich: Ebenso falsch wäre es, wir würden Dir gegenüber nun als selbsternannte neue Ankläger auftreten und uns darüber beklagen, daß wir Dir vertraut haben und daß wir für Deine Sache, genauer, für Deine Person eingetreten sind und uns für Dich verbürgt haben. Aus ähnlichen Motiven, wie sie Heinrich Hannover in seinem Interview mit Ingrid Müller-Münch geäußert hat, dürfen wir bei aller Enttäuschung und Trauer die damalige Situation, beginnend mit Deiner Festnahme 1981, nicht aus dem Blick verlieren.

Das Stammheimer Verfahren, bestimmt von Bundesanwaltschaft und Gericht, war, angefangen mit dem Ort, Mehrzweckgebäude und Haftanstalt Stammheim, nie zu akzeptieren. Es ist auch rückwärtig im Lichte heutiger Einsichten, Deinen Aussagen, nicht zu verteidigen. Hier wurde ein gnadenloser Prozeß in Szene gesetzt, der das anklagende und urteilende Tribunal selbst verurteilte. Jedenfalls galt und gilt diese Beurteilung dann, wenn menschenrechtliche Maßstäbe angelegt werden, uneingeschränkt, selbst wenn man berücksichtigt, daß Du an terroristischem Mord direkt beteiligt warst.

Du und Deine Verteidigung hatten von Anfang an nicht die Spur einer Chance. Und Du hattest auch, das haben wir uns seinerzeit zu wenig klargemacht, nicht viele Chancen, Dich zu verteidigen, ohne abgrundtief zu täuschen. Wie solltest Du Dich auch ins Freie sprechen können, der Du nach schlimmer Fürsorgeerziehung bei der RAF gelandet, eine totale Situation, die der RAF, nach kurzem verborgenem Zwischenspiel mit einer nächsten, die der Anklage und des Prozesses, austauschtest? Untersuchungshaft, Anklage und Gericht ließen Dir nicht einen Deut der „fairen Chance", von der der seinerzeitige Innenminister Baum zwar gesprochen hatte, aber keine Taten folgen ließ.

Wir aber, von dem überaus angetan, wie Du der RAF aufgekündigt hattest, wie Du Dich einem anderen Wirklichkeits- und Politikverständnis zuzuwenden suchtest, wollten vielleicht auch zu sehr glauben, gerade einen „idealen" ehemaligen RAF-Angehörigen getroffen zu haben. Wir haben Dich, das ist unsere eigene Schuld und gehört zu der Selbsttäuschung, die niemand gerne eingesteht, zu wenig in Deinen Nöten, zu wenig in den von uns ansonsten zu Recht kritisierten Zwängen gesehen. In der totalen Institution Untersuchungshaft dieser Art und in der totalen Situation Stammheimer Gerichtsverfahren, wäre eine innere Kraft erforderlich gewesen, von der niemand vorab behaupten kann, über dieselbe zu verfügen. Und wie solltest gerade Du solche besitzen, nach solchem Aufwachsen und solchem Verstricktwerden in schlimme Schuld?

Jedoch: Kein Schwamm darüber. Gerade wir, die wir auch ansonsten das gute Gedächtnis hochhalten, können nicht einfach, Schatten verwischend, zur Tagesordnung übergehen. Solcherart würden wir verfahren, wenn wir vor einem scheinbar klaren Entweder-Oder kapitulierten. Entweder, so könnte die einfache, aber auch falsche Schlußfolgerung lauten, wir tun so, als sei nichts geschehen und werten Deine späte Aussage als vernachlässigbar. Für diese Konsequenz spräche, daß der Schwarze Peter vor allem bei der Bundesanwaltschaft, dem Gericht und hinter beiden der uneinsichtigen Politik liegt. Sie haben nicht nur, das gilt ausweislich der besten Terrorismus-Studien für die etablierte Politik, die Bedingungen der Möglichkeit für die verhängnisvollen terroristischen Taten mitgeschaffen. Sie haben vielmehr durch die Art der Verfolgung von RAF

und kleinem Umkreis dazu beigetragen, daß Augenmaßlosigkeit und Gnadenlosigkeit Trumpf wurden, ja, daß die RAF vor allem aus den Bedingungen der Hochsicherheitstrakte und der Haftbedingungen zunächst an tödlicher Kraft zugenommen hat.

Die ,,Alternative" des Oder, ein Oder unserer Enttäuschung über Deine Täuschung (und unsere zu verbergende Selbsttäuschung) durchschlagen zu lassen, hätte zur Konsequenz, daß wir Dich, ein schreckliches Wort einem Menschen gegenüber, ,,abschreiben".

Sich so oder so verhalten, wäre für uns gewiß der ,,einfachste" Weg. Einen solchen jedoch könnten wir vor uns nicht verantworten. Wählten wir eine der Varianten, verfolgten wir die Freund-Feind-Politik, die etablierte Instanzen und RAF so lange, zum Teil bis heute, negativ aneinander gefesselt hat. Bis heute halten beide ,,Partner" das Phantasma RAF als eine (pseudo-)politische Größe am Leben.

Unser Weg kann nur darin bestehen, daß wir versuchen, mit Dir wieder ins schon lange unterbrochene Gespräch zu kommen. Wenn wir hierbei freilich keine gegenseitig rückhaltlose Offenheit erreichen, dann wäre alle Gesprächsmühe vergebens. Getrennt und gemeinsam müssen wir ,,Vergangenheitsbewältigung" betreiben, um für Gegenwart und Zukunft frei zu werden. Damit wir alles in unseren Kräften Stehende unternehmen, damit persönlich-politische Verhältnisse in diesem Lande Bundesrepublik hergestellt werden, die alle Gewaltlösungen von Konflikten von oben, aber auch von unten, ausschließen.

An erster Stelle steht in diesem Zusammenhang das zu befördern, was in Sachen RAF der ehemalige Bundesjustizminister Kinkel — eher noch zögerlich — in Bewegung gebracht hat. Es geht um eine humane und rationale ,,Vergangenheitsbewältigung" in einem, rund um den ,,Deutschen Herbst". Gefordert ist nicht ein Akt des Vergessens und Verleugnens, sondern daß die staatliche Seite zügig alle Inhaftierten nach meist jahrzehntelanger Haft entlassen würde, daß sie eine Chance ,,normalen" Lebens erhalten. Jedoch ebenso erforderlich wäre es, daß grundrechtlich nicht akzeptable Strafrechts- und Strafprozeßrechtsänderungen, 1977 ff. hastig gegen den Terrorismus zusammengeschustert und nun als ,,Mehrzweckwaffe" im Kampf gegen all das, was als ,,organisierte Kriminalität" eingesetzt wird, gründlich revidiert werden. Damit endlich Raum für Politik werde und nicht Straf- und Polizeirecht falsch engbrüstige Politik im wörtlichen Sinne armiere.

Darüber auch wollen wir mit Dir sprechen und hoffen, Dich dafür (wieder?!) zu gewinnen. Das heißt aber auch, daß wir uns dafür einsetzen werden, daß Dir trotz Deiner Verstrickungen und schlimmen Taten Recht geschehe, menschenrechtlich fundiertes Recht, in dem die Gnade als ein Bestandteil, nicht als ein Fremdkörper wohnt.

Mit freundlichen Grüßen Deine

Wolf-Dieter Narr
Klaus Vack

Nie auf der Seite der Mächtigen

Adolf-Arndt-Preis an Hanne und Klaus Vack

Der RAV (Republikanischer Anwältinnen und Anwaltsverein) hat 1992 zum zweiten Mal den Adolf-Arndt-Preis verliehen. Geehrt wurden diesmal Hanne und Klaus Vack für ihr Engagement für Menschenrechte und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Das friedenspolitische Engagement von Hanne und Klaus Vack erstreckt sich inzwischen über drei Jahrzehnte. Es dürfte in dieser Kontinuität und Intensität beispiellos in der Bundesrepublik sein. Es begann mit der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, erstreckte sich auf die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und Aktionen gegen die atomare Aufrüstung. Sie waren in der Ostermarschbewegung ebenso aktiv wie in der Friedensbewegung der achtziger Jahre. Zuletzt traten sie auf gegen den Golfkrieg und organisierten die Hilfe für die unabhängigen Friedensgruppen im ehemaligen Jugoslawien. Hanne und Klaus Vack standen nie auf der Seite der Mächtigen, sie haben sich nicht um Ämter und Mandate beworben. In der Zeit von 1969 waren sie Sekretärin und Sekretär des Sozialistischen Büros. 1979 beteiligten sie sich an der Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, dessen Sekretärin und Sekretär sie noch heute sind.

Einige Auszüge aus der Dankesrede von Klaus Vack

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Wir alle brauchen gelegentlich Anerkennung, und sei es auch nur im Kreise von Gleichgesinnten. Aber die Frage: was sind das, um Bertolt Brecht abgewandelt zu bemühen, für Zeiten, daß wir einen Preis erhalten dafür, weil wir etwas tun, was in einer zivilen, dem Anspruch nach den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft eigentlich das Selbstverständliche und Alltägliche sein sollte? Dieses Problem, daß das Selbstverständliche bisher nicht selbstverständlich ist, macht gerade Leuten wie uns oft ziemlich zu schaffen.

Wir sind ja keine ,,Helden" der sozialen Bewegungen. Wir wollen auch nicht als sogenannte ,,Vorbilder" mit hängender Zunge soweit vorneweglaufen, daß andere nicht mehr mithalten können, sondern wir wünschen uns, daß aufklärerisches und zivilcouragiertes Engagement auch ankommt und zum Mittun anregt.

Wie aber werden wir nicht zu Sektierern, wenn wir weitermachen, auch dann, wenn uns Welle um Welle die Erfahrung von Ohnmacht entgegenschlägt? (...) Wie also zum Beispiel gehen wir mit dem um, was wir jeden Morgen in der Zeitung lesen? Da findet ein gigantischer Umweltgipfel in Rio statt, und am Ende steht ein fast wirkungsloses Ergebnis, im Vergleich zur galoppierenden und von uns Menschen verursachten Umweltzerstörung. Hilflos sind wir mit einem brutalen Krieg im ehemaligen Jugoslawien konfrontiert, organisieren wenigstens Geldsammlungen für humanitäre Hilfe, und zugleich errichtet unser Land bürokratische Hürden gegen die Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina. Die Einschränkungen und Erschwernisse für Asylsuchende, bis hin zur politisch schon fast möglichen Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 Absatz 2 läßt den Verdacht aufkeimen, als würden wir nicht von Politikern, sondern von Herrenmenschen regiert (...).

Jetzt da wir doch ein so richtig großes Deutschland sind, wird von nicht wenigen Politikerinnen und Politikern ungeniert einem militärischen Eingreifen der Bundeswehr in aller Welt das Wort geredet; selbstverständlich nur dann, wenn unsere Interessen gefährdet sind, will man beruhigen; aber wo hat Deutschland keine Interessen?

Und nicht nur nebenbei: Seit fünf Jahren kämpfen wir bisher erfolglos dafür, daß ein von allen seinen Familienangehörigen verlassener Langzeithäftling seinen einzigen Wunsch erfüllt bekommt, in seiner Zelle einen Kanarienvogel halten zu dürfen. Oder: Über drei Jahre mußten wir mit dem bayerischen Justizministerium verhandeln, daß Gefangene von den drei Briefmarken à 1 DM, die wir der Gefangenenpost beilegen, alle behalten dürfen und nicht länger zwei Briefmarken, wie es in wohltönender Verniedlichung heißt, ,,zur Habe" genommen werden. (...)

Wen wundert es da, wenn selbst langjährige und erfahrene Menschen, die für politisch-demokratische Verfahren, Frieden und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Menschenrechte und grenzenübergreifende Solidarität eintreten, manchmal verzweifeln möchten oder sich gar in die Einsamkeit der Resignation zurückwerfen lassen? Ich wünsche deshalb, daß solche Preise, wie er heute hier vergeben wird, nicht so sehr uns ehren, sondern vielmehr alten Mitstreiterinnen und Mitstreitern helfen, weiter zu hoffen und zu handeln.

„Merkt euch den Namen“ (Augstein)

‚SS-Schutzpatron‘ kaum Vorwürfen ausgesetzt

Nach dem Anschluß der DDR wurde es zum Pressesport Stasi-Spitzel, Informelle Mitarbeiter und Menschen, die mit diesen eine Zigarette teilten, zu enttarnen.

Ganz oben auf dieser Outing-Welle schwamm und schwimmt das Deutschland-Magazin „Der Spiegel“. Und weil dessen Outismus nach einem Jahr den Leuten ziemlich auf den Senkel ging, war die Leserreaktion entsprechend ungehalten. Augstein hielt deshalb dagegen: „Aber kann denn der ‚Spiegel‘, der seit 45 Jahren aufklärerisch zu wirken sich bemüht, jetzt auf einmal Akten unterdrücken?“

Das hätte er nicht schreiben sollen. Otto Köhler nahm dies wörtlich. Er wollte nun wissen, wie sich der „Spiegel“ denn damals zum fürchterlichsten Träger der NS-Diktatur, zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA), und hier insbesondere zum Sicherheitsdienst der SS verhalten hat. Das Ergebnis, veröffentlicht in „konkret“ 5/92, war erschreckend. Die historische „Aufarbeitung“ übernahmen im „Spiegel“ laut Köhler die Täter selber. Eine Rechtfertigungs-Serie durfte 1949/50 der erste Gestapo-Chef Rudolf Diels schreiben. Bernhard Wehner, SS-Haupt-sturmführer im Amt V. des RSHA, konnte als Serienheld und Serienautor zugleich die Qualen seines Vorgesetzten Arthur Nebe, 1941 Chef der Einsatzgruppe B, bei der Ermordung von 45 467 Personen beschreiben. Die Autoren blieben damals selbstverständlich ungenannt. Autoren, und dann ab 5. März 1952 Ressort-Leiter, waren auch Georg Wolff (Ausland) und Dr. Horst Mahnke (Internationales) beide ehemalige Angehörige des Sicherheitsdienstes.

Darüber hinaus mokierte sich der „Spiegel“ unter der Überschrift „Merkt euch den Namen Hirschfeld“ und unter Angabe der genauen Adresse, Telefonnummer und Autokennzeichen über Form und Tatsache der Enttarnung des untergetauchten SS-Standartenführers Franz Six durch Hirschfeld. Rehabilitationsfreudig und verständnisvoll setzte sich Rudolf Augstein dann für die Wiedereinstellung ehemaliger SDler ein. Die Kriminalpolizei müsse „auf ihre alten Fachleute zurückgreifen (...) auch wenn diese mit einem SS-Dienstrang ‚angeglichen‘ worden waren“. Das vernichtende Urteil von „konkret“ über den selbsternannten Moralapostel lautete: „SS-Schutzpatron Rudolf Augstein“.

Wer hierauf, wie ich, eine Reaktion erwartet hatte, hatte sich geirrt. Schon das Erscheinen des Artikels in „konkret“ war die Folge der Absage einer ungenannten auflagenstärkeren Zeitschrift mit der dieser Artikel abgesprochen war: „Wir haben uns geeinigt“ — so Otto Köhler. Die Voraberklärung des „konkret“-Verlages Ende April wurde von der Nachrichtenagentur ADN nicht verbreitet und lediglich von drei Tageszeitungen (taz, Neues Deutschland und Berliner Zeitung), dem Privatsender Premiere und im Regionalprogramm des NDR aufgegriffen. Gegenüber der „taz“ wollten weder „Spiegel“-Herausgeber Augstein noch die Chefredaktion einen Kommentar zu den Vorwürfen abgeben. Augstein-Referent Wolfgang Eisermann meinte lediglich, daß „der ‚Spiegel‘ von heute nicht der von damals“ sei. Keine Klage, keine Gegendarstellung, keine Erklärung, noch nicht einmal ein ‚aufklärerischer‘ Artikel im „Spiegel“. Wozu auch? Haben doch alle Medien, die dies mit ihrem Verbreitungsgrad hätten erzwingen können, keine Meldung darin gesehen.

Gründe? Da ist zunächst das ungeschriebene Journalisten-Gesetz, der erste Lehrsatz den ich entgegennehmen durfte: „Über Kollegen, über andere Blätter schreibt man nicht.“ Oder volksmündlicher: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“ Ein Kodex, dessen moralischer Kern mir wohl für immer verborgen bleiben wird.

„Ein ideologischer Streit zwischen den Zeitungen, wie noch in der Weimarer Republik, findet nicht mehr statt. Wenn man sich noch nicht einmal mit dem „Spiegel“ oder mit „Bild“ heute auseinandersetzt, kann man kaum eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erwarten, meint einer, der dazu lieber gar nichts sagen möchte, weil er schon mal rausgeflogen sei, als er was gegen ‚seine‘ Zeitung sagte. Warum? „Dann schauen Sie sich mal die Verflechtungen an“. Otto Köhler: „Der ‚Spiegel‘ ist immer noch ein Faktor, mit dem sich Journalisten, die noch was werden wollen, ungern anlegen. Das ist natürlich ein Grund, der nicht auf alle zutrifft.“ „Die meisten Zeitungen haben ihre Leichen im Keller“, sie hätten Angst vor Verfahren und daß der „Spiegel“ zurückschießt, so Boris Gröndahl von „konkret“.

Die „Frankfurter Rundschau“ hat die Vorabmeldung von „konkret“ nicht gebracht, weil, „wenn wir solche Themen machen, dann machen wir die aus eigener Feder“, meint zumindest der Nachrichten-Redakteur Wolf Gunter Brügmann. Nicht direkt schlecht sei die Recherche bei „konkret“, nur der „Meinungs- und Kampagnenjournalismus ist nicht unser Stil“. Wie der „Spiegel“ will die FR es nun aber auch nicht machen. Vorabmeldungen des „Spiegel“ kämen im Vergleich zu früheren Jahren seltener rein. Aber manchmal hat die PR-Agentur, die den Auflagen-Rückgang des „Spiegel“ aufhalten soll und kommerziell „Spiegel“-Geschichten am Freitag, Samstag auf den Markt bringt, eben so einen Erfolg, daß da so ein „Grad der Erheblichkeit“ entsteht, „da muß ich mir dreimal überlegen, ob ich mir das leisten kann, das am Montag nicht im Blatt zu haben“. „Das ist die Eigendynamik in der Branche, daß ein Medium das andere zitiert. Das ist unangenehm, aber dem kann man sich nur begrenzt entziehen.“ Wir lernen, man schreibt zwar voneinander ab, bei gegebener Erheblichkeit, aber schlecht Zeugnis reden über einen Kollegen darf man nicht, egal wieviel Erbärmlichkeit so ein Schreiber zu Papier bringt.

„Konkret“ hat den richtigen Grad an Erheblichkeit wohl nicht erreicht. Brügmann: „Hier ist die Frage: Hat das, was Augstein früher geschrieben hat, für heute, für den ‚Spiegel‘ heute, wo Augsteins Einfluß immer geringer wird, irgendetwas zu sagen?“ Wohl nicht? Erheblichkeit für die FR hätte gehabt, wenn Augstein gegen „konkret“ beklagt hätte. Warum hat Augstein wohl nicht ... Lassen wir das.

Laut Wolfgang Eisermann ist der „Spiegel“ von heute nicht der von damals. Immerhin er sagte als Einziger vom „Spiegel“ überhaupt etwas dazu. Auf Nachfrage führte er dies dann auch aus. Man habe damals nichts gewußt; die beiden Redakteure seien zudem nur Mitglied des SD gewesen; Georg Wolf, in Norwegen verurteilt, sei nach kurzer Zeit wieder frei gewesen; man könne schließlich ein Land nicht mit Kindern aufbauen; man lerne im Leben eben dazu und außerdem habe die damalige Forderung ehemalige SDler wieder einzustellen, nichts damit zu tun, daß Augstein heute dafür sei, die Stasi-Vergangenheit aufzuklären. „Das sind doch zwei verschiedene Paar Schuhe.“ Den Unterschied zwischen SD und Stasi, so Eisermann, könne sich jeder selber denken.

Alles klar: Weil der Unterschied zwischen den Schuhen so klar ist, daß sich jeder selber denken kann, war die Vorabmeldung von „konkret“ zu dem alten Schuh vom Spiegel natürlich keine Meldung wert. Und noch was ist klar, glasklar, und zwar, was wir uns beim „Spiegel“ unter 45 Jahren Aufklärung und damit für die Zukunft vorstellen haben. Auf die Frage, was er denn zu dem Vorwurf, Augstein habe sich für die Wiedereinstellung ehemaliger SDler in den Polizeidienst eingesetzt, sage, lautete die Antwort Eisermanns: „Nur: das war die Politik der Bundesregierung.“ Danke!

Als die Regierungen des Westens nach dem Zusammenbruch ihres Gegners ein neues Feindbild suchten, strömte uns auf dem „Spiegel“-Titelbild anstelle von Raketen ein finsterer Elends-Treck aus dem Osten entgegen. Titelte der Spiegel nach dem Wahlerfolg der Nazis am 5. April 1992: „ASYL — Die Politiker versagen“ schon für die zukünftige Regierung?

„Spiegel“ heute — „Spiegel“ damals — der schlimmste „Spiegel“ ist immer der neueste „Spiegel“. Erheblich!

ROLAND MÜLLER

Nein zu Maastricht durch Volksentscheid

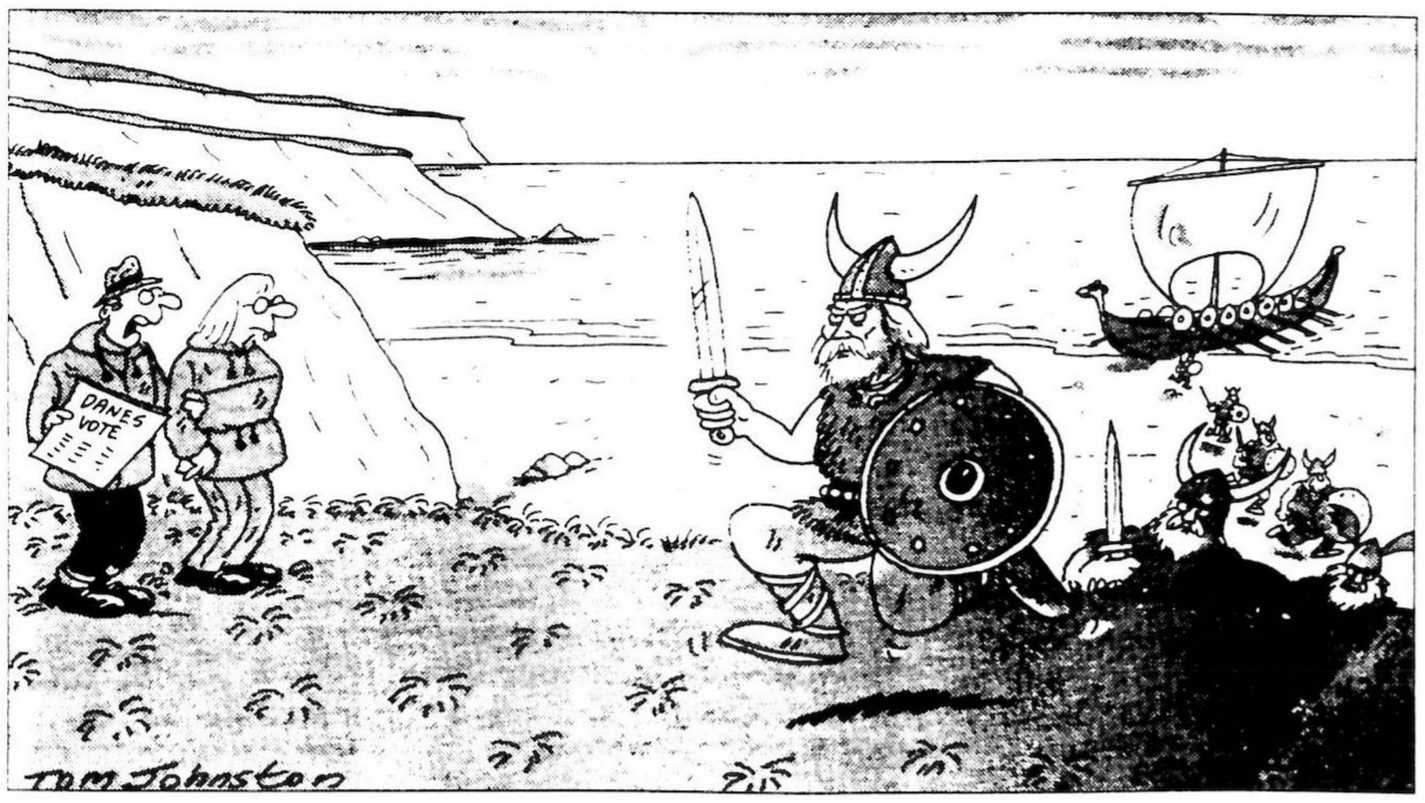
Der BAKJ (Bundesarbeitskreis Kritischer Juristen) 1989 im Rahmen des Zeitschriftenprojekts ,,Forum Recht'' gegründet, ist die bundesweite Koordination der links-alternativen Initiativen im juristischen Ausbildungsbereich (derzeit 22 studentischen Gruppen an juristischen Fakultäten). Wir dokumentieren hier einen Entwurf des BAKJ für eine inhaltliche Plattform des Aktionsbündnises ,,Nein zu Maastricht im Volksentscheid'', verfaßt von der Vorbereitungsgruppe des Kongresses ,,Alp-Traum Europa'', der im Juni 1992 in Freiburg stattgefunden hat. Der Entwurf fordert den Volksentscheid über die Maastrichter Entscheidungen auch in der Bundesrepublik ein und kritisiert zugleich das an dieser Sache hier herrschende demokratische Defizit.

Seit der Volksabstimmung in Dänemark sind die Beschlüsse von Maastricht zur ,,Europäischen Union'' plötzlich in aller Munde. Was die Brüsseler Euro-Bürokratie bisher erfolgreich verhindert hatte, gelang einem der kleinsten EG-Mitgliedstaaten quasi über Nacht: die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft und die weitreichenden Pläne für ihre Umgestaltung stehen wieder zur Disposition. Mit der Ablehnung des Maastrichter Vertrages stehen die Dänen dabei keineswegs allein. Jüngsten Umfragen zufolge lehnen auch über 80 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung eine Ratifizierung des Maastrichter Vertrages ab.

Nicht nur in Dänemark, Irland oder Frankreich, sondern auch in Deutschland müßte nun in einem Volksentscheid über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft entschieden werden. Nicht nur die Konsequenzen der Maastrichter Beschlüsse für die Europäische Gemeinschaft, sondern auch die damit verbundenen weitreichenden Eingriffe in das deutsche Verfassungsgefüge machen eine direkte demokratische Legitimation der zukünftigen Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft notwendig. Nur so kann verhindert werden, daß grundlegende Verfassungsentscheidungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen werden und die Entmachtung des Souveräns über dessen Kopf hinweg betrieben wird. Im Vorfeld der für die Umsetzung der Maastrichter Beschlüsse ggf. ohnehin erforderlichen Grundgesetzänderungen müssen daher auch die Voraussetzungen für eine entsprechende Volksabstimmung geschaffen werden.

Zu den in Maastricht von den europäischen Staats- und Regierungschefs getroffenen Entscheidungen kann es vor allem unter demokratischen Gesichtspunkten nur eine richtige Antwort geben: ,,So nicht!'' Dieses ,,Nein zu Maastricht'' ist dabei kein ,,Nein'' zur politischen Gestaltung Europas. Es ist unbestritten, daß die europa- und weltweite wirtschaftliche Verflechtung mit ihren fatalen sozialen und ökologischen Auswirkungen nur kritisieren und bekämpfen kann, wer sich auf die Ebene dieser ökonomischen Realitäten begibt. Das ,,Nein zu Maastricht'' ist vielmehr ein ,,Nein'' zu einer Weichenstellung, mit der der Weg in ein demokratisches Europa für die Zukunft verbaut wird. Es ist ein ,,Nein'' zu einem Europa, das auch weiterhin vom Primat der Ökonomie beherrscht wird und einen sozialen und ökologischen Umbau der europäischen Gesellschaft unmöglich macht. Es ist schließlich auch ein ,,Nein'' zu einem Europa, das sich die Freizügigkeit nach innen mit einer verstärkten Abschottung nach außen erkauft und dabei auch die Integration Osteuropas völlig aus den Augen verloren hat.

Mit den Beschlüssen von Maastricht wurden die Grundlagen für eine weitere Machtzusammenballung bei den europäischen Zentralinstitutionen geschaffen. Mit dem Kompetenzenzuwachs der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere in den Bereichen der Währungs- und Finanzpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie im innen- und rechtspolitischen Bereich wird Brüssel in Zukunft zum Supergesetzgeber für die wichtigsten Politikfelder auf Gemeinschaftsebene. Der Entmachtung nationaler Parlamente steht dabei nur eine margi-



nale Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments gegenüber. Die Beteiligung des Parlaments durch Anwendung des Kooperations- bzw. Kodezisionsverfahrens auf einige wenige Politikfelder beschränkt. Das Demokratiedefizit der Europäischen Gemeinschaft, deren Entscheidungsprozesse durch die Einführung neuer Verfahren zudem immer unübersichtlicher werden, wird damit nicht verringert, sondern weiter verschärft.

Dieser Zentralisierung europäischer Entscheidungsprozesse steht auch keine entsprechende Aufwertung regionaler oder kommunaler Gebietskörperschaften gegenüber, denen durch die Maastrichter Beschlüsse eine Vielzahl ihrer Zuständigkeiten verloren zu gehen droht. Bei der in Maastricht verabschiedeten Formel des Subsidaritätsprinzips handelt es sich um einen Etikettenschwindel, der nicht von einer Kompetenzvermutung für die jeweils unterste Ebene ausgeht, sondern — im Sinne eines Effektivitätsgebots — der europäischen Zentralinstanz immer dann Kompetenzen zukommen lassen will, wenn eine Aufgabe auf der höheren Ebene besser bewältigt werden kann. Damit wird nicht zu einer Begrenzung, sondern zu einer langfristigen Ausweitung der Kompetenzen der europäischen Zentralinstanz beigetragen. Auch der zu errichtende Regionalausschuß mit beratender Funktion kann in diesem Zusammenhang nur als Alibigremium bezeichnet werden. Mit ihm soll nicht nur die Entmachtung von Regionen und Kommunen kaschiert werden, sondern auch deren fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene.

Im Bereich der Umwelt- oder der Sozialpolitik wird auch in Zukunft das Primat der Ökonomie eine fortschrittliche Politik auf EG-Ebene verhindern. Die in Maastricht beschlossene Ausgrenzung des Parlaments und das Einstimmigkeitserfordernis in umweltpolitischen Schlüsselfragen wie dem Klimaschutz machen die Nachrangigkeit des Umweltschutzes besonders deutlich. Ob der neben den Strukturfonds neu einzurichtende ,,Kohäsionsfonds'' wie vorgesehen zu besserem Umweltschutz in schwach entwickelten Regionen beitragen wird, muß angesichts der Erfahrungen mit den bestehenden Strukturfonds und deren ökologisch teilweise fatalen Auswirkungen ernsthaft in Zweifel gezogen werden. Im Sozialbereich ist die Großbritannien zugestandene Ausnahmeklausel nur der augenfälligste Beweis für die Halbherzigkeit auf dem Weg in die ,,Sozialgemeinschaft''.

Gerade der Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der nach Maastricht eine der ,,Säulen'' der Europäischen Union ausmachen soll, ist mit erheblichen Auswirkungen auf die bundesdeutsche Verfassung verbunden. Die Umgestaltung der Westeuropäischen Union (WEU) als integrierte Verteidigungskomponente der Europäischen Union, läßt befürchten, daß die machtpolitischen Ambitionen der Gemeinschaft, in die die Bundesrepublik eingebunden wäre, einem militärischen Interventionismus Tür und Tor öffnet. Darüber hinaus wird mit der Auslagerung der europäischen Sicherheitspolitik auf Institutionen außerhalb der EG eine demokratische Kontrolle in diesem Bereich gänzlich unmöglich gemacht.

Die Abkommen von Schengen und Dublin haben bereits einen Vorgeschmack darauf gegeben, was sich die ,,Europäische Union'' unter einer Zusammenarbeit im Bereich der Rechts- und Innenpolitik vorstellt, die nach Maastricht zu ihren neu errungenen Kompetenzen zählt. Die in den Maastrichter Verträgen enthaltenen Beschlüsse über das Ziel einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik ab 1993 und die Einrichtung von EUROPOL sind weitere deutliche Indikatoren für die Absicht, West-Europa angesichts der erwartenden Armuts-Migrationsströme mit einem ,,neuen eisernen Vorhang'' zu umgeben.

Eine der größten Versäumnisse des Maastrichter Vertrages ist jedoch die vollständige Ausblendung der Entwicklungen in Osteuropa. Den Ländern des ehemaligen Ostblocks wird keinerlei Perspektive einer engeren Zusammenarbeit geboten.

Im Rahmen eines Volksentscheids zu den Beschlüssen von Maastricht müssen aber auch Alternativen entwickelt und Gegenvorschläge zur Gestaltung Europas diskutiert werden. Hier gilt es, sich gegenüber dumfen Nationalismen abzugrenzen und Perspektiven für eine demokratische Ausgestaltung Europas aufzuzeigen.

Im Einzelnen heißt das: die Demokratisierung Europas darf sich nicht in der Forderung nach mehr Kompetenz für das Europäische Parlament erschöpfen. Vielmehr gilt es, grundsätzlich auszuloten, in welchen Bereichen eine Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Handlungsebene überhaupt erforderlich ist. An einem ,,unitarischen Bundesstaat'' Europa, der zwangsläufig zu einer Verschlechterung von Mitbestimmungsrechten führen würde, kann niemandem gelegen sein. Nicht nur die größere Entscheidungsnähe kleinerer Einheiten, sondern vor allem auch die Überschaubarkeit und die damit einhergehende Verbesserung demokratischer Kontrollmöglichkeiten sprechen nach wie vor für eine grundsätzliche Dezentralisierung politischer Entscheidungsprozesse. Die Tatsache, daß heute so gut wie sämtliche Politikbereiche nur noch global zu begreifen sind, bedeutet keinesfalls, daß Entscheidungsträger auf nationaler oder regionaler Ebene prinzipiell weniger Kompetenz zur Bewältigung dieser Herausforderungen besitzen. In der Tat, um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen, dürfte durch die Entflechtung der Energieversrogung und deren Rückverlagerung auf die kommunale Ebene eine insgesamt umweltverträglichere Energiepolitik zu bewerkstelligen sein als dies von gesamteuropäischen Institutionen geleistet werden könnte.

Darüber hinaus muß es in Europa um die Einführung und Verbesserung individueller Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte gehen, die im Rahmen der Maastrichter ,,Unionsbürgerschaft'' nur ansatzweise vorhanden sind.

Soweit politische Entscheidungen von einer europäischen Zentralinstranz zu treffen sind, ist diese Gesetzgebungskompetenz durch ein eng gefaßtes Subsidiaritätsprinzip sowie den Ausbau von ,,Optimierungsklauseln'' zu begrenzen, die den Mitgliedsstaaten erlauben, schärfere Normen als die von den europäischen Richtlinien vorgesehenen zu erlassen. Gerade im Bereich der Umwelt- und Sozialpolitik gilt es dabei, binnenmarktpolitische Erwägungen zurückzudrängen, nach denen nationale Alleingänge zur Erreichung eines höheren Schutzniveaus zunichte gemacht werden können.

Die Vorstellungen von einer sozialen, ökologischen und zivilen Europäischen Gemeinschaft, die ihrer internationalen Verantwortung gerecht wird und dabei insbesondere gegenüber ihren osteuropäischen Nachbarn offen bleibt, können nur auf der Grundlage eines demokratischen Willensbildungsprozesses umgesetzt werden. Gerade aus diesem Grund muß die Entscheidung über die Zukunft Europas auf dem Wege einer Volksabstimmung entschieden werden. Und gerade deshalb gilt es, ,,Nein'' zu sagen zu den falschen Weichenstellungen von Maastricht. ■

PETRA BONAVITA-LINDLOFF

Wer steht hinter der Mafia?

Zum Mord an dem sizilianischen Richter Giovanni Falcone

In ,,Cose di Cosa nostra'' analysiert Giovanni Falcone die Gefahren eines Engagements gegen die Mafia. Jetzt — im Nachhinein — kann man sagen, hat er dort seinen eigenen Tod vorausgeschaut. Petra Bonavita-Lindloff reflektiert die Hintergründe des Attentats und lenkt den Blick auf das Geflecht der Verstrickungen zwischen Mafia und Politik.

Nach zwei erfolglosen Attentatsversuchen auf seine Person war sich Falcone der Gefahr bewußt, in der er schwebte. Das offene Konto, daß er seit seiner Tätigkeit im Antimafia-Pool mit den Mafiosi führte, ist nun ausgeglichen. Berechtigte Gründe also hinter dem Anschlag die Mafia zu vermuten. Doch wer steht hinter der Mafia? Durch seine letzte Tätigkeit im Justizministerium war Falcone jedenfalls nicht die Nummer Eins auf der Abschußliste der Mafiaclans.

Der Anschlag auf eine der bestgeschützten Persönlichkeiten des Staates trifft Italien zu einem Zeitpunkt, wo das Land ohne Staatspräsident, ohne Regierung dasteht. Seit den nationalen Wahlen am 5./6. April 1992 und dem Rücktritt Cossigas ist der italienische Staat nicht nur unfähig — ein Attribut, das ihm besonders in seinem Antimafia-Kampf vorgehalten wird, sondern auch machtlos. War es diese Situation, die die Attentäter und Hintermänner gesucht hatten?

Giovanni Falcone war über die Grenzen Italiens hinaus als ,,Mafiajäger'' bekannt, sein ,,Elefantengedächtnis'' war berühmt und gefürchtet zugleich, selbst seine Gegner sprachen mit Anerkennung von seiner Person. Es wirkt zwar wie eine recht zweifelhafte Würdigung, wenn ein Pentito (,,Reuiger'', d.h. Kronzeuge) wie der Mafioso Tommaso Buscetta von Falcone als dem ,,letzten Ehrenmann'' Siziliens spricht und sich bewegt zeigt über den gewaltsamen Tod seines Ex-Feindes. In diesem aber durchaus ernst gemeinten Kompliment drückt sich der Erfolg von Falcones Arbeit aus. Daß so viele mafiose Ehrenmänner gerade über ihn zum Pentito wurden, war nicht nur seinen juristischen Fähigkeiten zu verdanken, sondern einem gemeinsamen sizilianischen — und später mafios überzogenen — Verständnis von Respekt und Ehre. Er verstand als Sizilianer ihre Idiome, ihre Gesten und ihre bis ins Detail gehenden — für Außenstehende mitunter nebensächlich erscheinenden Anspielungen.

In den Vernehmungen machte Falcone keine leeren Versprechungen, er begegnete den geständigen Mafiosi weder mit Arroganz noch mit Drohungen. Trotz unterschiedlicher Wertvorstellungen akzeptierten sich deshalb hier zwei Gegner und wurden über ihre *Sicilianità* im metaphorischen Sinne zu ,,Freunden''.

Nach dem Ende des Maxi-Prozesses 1987 in Palermo, wagte er den nächsten Schritt und wollte seine Vorstellungen eines Antimafia-Kampfes in der Höhle des Löwen — dem Palazzo der Regierenden — in Rom fortführen, nachdem man in Palermo immer häufiger seine Arbeit behindert hatte. Über diese ,,Emigration'' nach Rom versuchte er die Sache voranzutreiben.

Anti-Mafia-Demonstration in Palermo

Mit Distanz und Ehrfurcht mußte der normale Bürger diesen engagierten und scheinbar furchtlosen Mann beobachten, und erst nach seinem Tode wurde eine Gemeinsamkeit wiederentdeckt, die jeder Sizilianer zu empfinden vorgibt, wenn er auf sich selbst und seine Beziehung zu Sizilien zu sprechen kommt. Der Massenprotest, der sich jetzt auf den Straßen Palermos bewegt, gilt deshalb nicht nur Falcones Engagement, sondern diesem sizilianischen Dilemma, eine in der Geschichte immer wiederkehrende Mischung aus Fatalismus und Passivität, der man endlich den Rücken zukehren möchte.

Daß es kein typischer Mafiamord gewesen ist und mehr als der Ausgleich eines ,,offenen'' Kontos, verhüllen auch nicht die ersten Interpretatoren des Mordes an Falcone, die sich in diesem Terrain auskennen. Zeitpunkt, Anschlag und Wirkung werden von den Mafiosi wohl kalkuliert. Aus den Erfahrungen des Attentats auf den General Dalla Chiesa, seine Frau und den Eskortebeamten vor zehn Jahren führte die öffentliche Entrüstung zu einem Bumerangeffekt, der den Familienclans und ihren Geschäften einige Verluste einbrachte und letztendlich einen der größten Mafiaprozesse der Geschichte Siziliens ermöglichte. Zwei Wochen nach

,,Im Allgemeinen stirbt man,
weil man allein, weil man sich auf ein zu
großes Spiel eingelassen hat.
Man stirbt oft, weil man nicht über
die nötigen Bündnisse verfügt,
weil man ohne Unterstützung dasteht.
In Sizilien greift die Mafia die Staatsdiener
an, weil der Staat nicht in der Lage ist,
sie zu schützen.''
Giovanni Falcone 1991

Mammutprozeß gegen die Mafia in Palermo 1981

diesem Attentat im September 1982 verabschiedete das italienische Parlament ein Gesetz (Rognoni-La Torre), das zu empfindlichen finanziellen Einbußen der Familienclans führte. Das Gesetz erlaubte die Konfiszierung der Finanzen illegaler Herkunft, nicht nur des verdächtigen Mafioso, sondern auch seiner Ehefrau und seiner Kinder. Falcone und der palermitanische Anti-Mafia-Pool hatten die Ermittlungen einer Reihe sizilianischer Untersuchungen (die mit Boris Giuliano, ermordet 1979, Pio La Torre, ermordet 1982, Rocco Chinnici, ermordet 1983, Cesare Terranova, ermordet 1989, eingeleitet wurde, intensiviert, die mit Beginn des internationalen Rauschgifthandels den ,,unternehmerischen Mafioso" an seiner empfindlichsten Stelle trafen. Mit der Konfiszierung von Millionen Dollars oder Milliarden Lire aus einer Vielfalt illegaler, mit Erpressung oder Bestechung erzwungener Einkünfte, wollte man dem Hauptbetätigungsfeld mafiosen Wirkens, der Anhäufung von Kapital entgegentreten. Diese Verknüpfung aus Macht und Reichtum ist die moderne Variante einer jahrhundertelang weniger pekuniären Beziehung des Mafioso zur Gesellschaft und ersetzte die bis dahin geltende mafiose Ethik, dem Streben um der Macht und der Ehre willen. In diesem Sinne traf die neue Mafiagesellschaft die Aufdeckung ihrer finanziellen Geschäfte an ihrer Achillesferse. Die ,,schmutzigen" Millionen aus den Heroingeschäften der siebziger, achtziger Jahre mußten folglich einen Weg suchen, in welchem sie sich nur über Begünstigung durch die Banken, über Unternehmensbeteiligungen oder in anderen legalen Anlageformen zu einer ,,sauberen Aura" verwandeln konnten.

Hatte der Antimafia-Pool in Palermo mit seinen geständigen Mafiosi die Funktion der Cupola (Führungsclique) enthüllt, die Wege des Heroinhandels gelüftet und mit Hilfe internationaler Zusamenarbeit zerschlagen sowie Hunderte von Angeklagten hinter Gitter gebracht, so war mit diesem Aufklärungseffekt und der Demaskierung ein großer Schlag gegen die sizilianische Mafiagesellschaft gelungen. Zwar galt die Mafia nicht als besiegt, war aber doch zumindest getroffen, insofern sie nun von aller Mystik und Legendenbildung befreit, sich als das präsentierte, was sie auch wirklich ist: eine organisierte Kriminalität mafiosen Typs.

Das inneritalienische ,,Geschäft" blieb jedoch die Anlage der immensen Summen baren Geldes aus früheren Heroingeschäften, darüber hinaus wurde mächtig mit dem Verkauf von Wählerstimmen um Appalti (Begünstigung bei der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen) jongliert. Ohne Hilfestellungen konnten hier die Transaktionen nicht abgewickelt werden. Banker, Strohmänner, Unternehmer und Politiker wurden gesucht und gefunden, die im Austausch für Geld oder Stimmen ,,den Ehrenmännern" zu legalen Anlageformen verhalfen. Falcone war diesen Finanztransaktionen auf der Spur. Insbesondere mit seinen schweizerischen Kollegen wollte er neue Untersuchungsmethoden entwickeln. Im September 1989 traf er sich mit ihnen in seinem Haus in Palermo. Eine fünfzig Kilo Bombe sollte diese Zusammenarbeit beenden. Dank eines Hinweises konnte sie jedoch rechtzeitig entschärft werden. Wie sie dorthin gelangte, ist bis heute ungeklärt.

Köfferchenträger und Finanzjongleure

Die Bedeutung der Köfferchenträger, die Kontenführung durch Mittelsmänner und die vielfältigen Strohmanngeschäfte waren der Angelpunkt. An dieser Angel hängen die zwei größten Fische einer bislang nur schwer juristisch zu fassenden Klientel: die Beziehungen zwischen Mafiosi und Politikern und den Helfershelfern aus dem Umfeld der Geldemire (Banken, Unternehmungen, Wirtschaft). Aus den italienischen Ermittlerkreisen kommt daher auch die Erkenntnis, daß Banker und Politiker es maßgeblich in der Hand haben, den Köfferchenträgern und Finanzjongleuren das Handwerk zu legen. In diese Finanz- und Politikkreise konnte allerdings nur selten eine gerichtliche Untersuchung den Beweis einer mafiosen Verstrickung erbringen. Im moralischen Sinne haben die Angeklagten bereits zu Namen gefunden: Andreotti wird als politischer Garant der Mafia angesehen, Benedetti wurde sogar für seine Mitarbeit im Ambrosiano-Fall verurteilt und der ,,Corriere della Sera" hat den Ruf als Stimmungsmacher und ,,Einpeitscher", der den Anti-Mafia-Engagierten immer wieder Knüppel zwischen die Beine wirft.

In einem scheinbaren Gleichgewicht der Kräfte treiben Mafiosi und die ihnen verbundenen Politiker ihre Geschäfte voran. Doch dieses Gleichgewicht wird zunehmend gestört. Eine gesellschaftliche Anti-Mafia-Bewegung und einige ,,saubere" Politiker tragen zum Fall des Pokerspiels um Macht und Pfründe bei.

Denn trotz größter politischer Differenzen sind der Norden und Süden Italiens heute ihrer miserablen Verfassungs-, Gesellschafts- und Regierungsform überdrüssig. Der seit vierzig Jahren regierenden christdemokratischen Partei laufen die Wähler davon. Norditaliener wollen eine ,,saubere" Regierung über die ‚Lega lombarda', Süditaliener verweigern die Gefolgschaft und wählen ,,La Rete" (,,das Netz", gegründet von Leolucco Orlando — d.R.). Giulio Andreotti, der italienische Machtpolitiker par excellence verliert sein Terrain. Im März dieses Jahres konnten ungehindert Mafiosi seinen Statthalter in Sizilien, Salvo Lima, ermorden, diesmal in klassischer Mafiamanier mit Kalaschnikow und ohne Rücksicht auf zufällig anwesende Zeugen. Der Handel Wählerstimmen gegen politische Begünstigung wird offensichtlich schwieriger oder die Bedingungen härter. Auch vor diesem Hintergrund bleibt die Zuschiebung des Falcone-Attentats allein auf die Mafia ungenügend. In einer instabilen Situation könnten solche Anschläge eher den ,,law and order" Streitern zum Erfolg verhelfen. Selbst Luciano Liggio, die graue Eminenz des herrschenden Corleonneser Mafiaclans, bezweifelt eine ausschließlich mafiose Planung des Anschlages. Die Mafia hätte sich seiner Ansicht nach günstigere Zeitpunkte für einen Racheakt an Falcone aussuchen können. Die ersten Reaktionen vermuten deshalb nicht von ungefähr rechtsrextremistische Kreise hinter den vielen in den letzten Jahren ermordeten Staatsdienern.

Engagierte Mafiakenner und Gegner sind sich über die rein psychologisch wirkenden Verhaftungs- und Gesetzeswellen hinaus längst im Klaren, wo die ,,Krake" am Kopf zu packen ist. Leoluca Orlando fordert zum Beispiel die Aufhebung der parlamentarischen Immunität. Pino Arlacchi weist ausdrücklich auf die fehlende politische Entschlossenheit aller staatlichen Initiativen hin, und auch Nando Dalla Chiesa schreibt seit Jahren über die systembedingten Mängel der offiziellen Anti-Mafia-Verlautbarer.

Vor Ort in Sizilien haben die ermordeten Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamten bereits ihren Preis bezahlt. Für all diese Anschläge hätte eigentlich der fehlende politische Wille, der für Dutzende von Toten verantwortlich ist, auf die Anklagebank gehört. Doch ein ,,pentito politico", der den Stein ins [illegible]en bringt, bleibt noch außer Sicht. ■

ROGER KEIL

No Sympathy for the Devil

World-City im Aufstand

Zu den allgemeinen Gründen für die Aufstände in Los Angeles Ende April — Restrukturierung der US-Ökonomie, institutionalisierter Rassismus, Reaganismus in der Städtepolitik des Bundes, Austeritätspolitik etc. — können einige lokale Besonderheiten hinzugezählt werden. „Los Angeles" ist sowohl ein „Synonym" für die historische Entwicklung des Kapitalismus in Amerika als auch immer seine Herausforderung gewesen. So ist die Stadt gegenwärtig sinnfälliger Ausdruck der Krise des amerikanischen Fordismus und der Folgen konservativer Sozialpolitiken, aber auch Experimentierfeld eines neuen Akkumulationsregimes und neuer stadtregionaler Regulationsweisen. Ein wesentlicher Zug dieser Neuerungen ist die durchgehende Internationalisierung der Stadt.

Vor allem an den beiden Küsten der USA und speziell im Südwesten und Nordosten konzentrierten sich im Laufe des letzten Jahrzehnts die internationalen Investitionen und die Einwandererströme. Los Angeles entwickelte sich in dieser Zeit von einer klassisch fordistischen Metropole in eine Stadt neuen Typs, eine World City. Die Globalisierung der Stadt führte zu neuen sozialräumlichen, ökonomischen, kulturellen und politischen Dynamiken, die Los Angeles der „amerikanischen" Logik der Stadtentwicklung entzogen. Umgekehrt läßt sich argumentieren, daß die Globalisierung zu einer Redefinition dessen führte, was von nun an als „amerikanische Stadt" zu verstehen ist.

Hier liegt selbst ein Problem der gegenwärtigen Veröffentlichungen über die Aufstände vor ein paar Wochen. Die meisten BeobachterInnen operieren mit Bildern amerikanischer Städte, die sich seit einer Generation in unseren Köpfen festgefressen haben. Dies sind bequeme Bilder, weil sie scheinbar leichtes Verständnis der Ereignisse ermöglichen: Ghettoisierung der Schwarzen, Suburbanisierung der Weißen, Rassismus, Polizeibrutalität etc. sind die Termini, die wir aus der vorletzten Runde städtischer Aufstände in den sechziger Jahren abrufbereit in den Köpfen haben, die jedoch unter Umständen den Blick auf die Verhältnisse im heutigen Los Angeles vernebeln. Sprichwörtliches Schwarz-Weiß-Denken hilft kaum bei der Analyse.

Die „erzwungene Ethnizität" (Castells) der World City bringt Menschen aus der ganzen Welt in unmittelbare städtische Nachbarschaft zueinander. Als Teil der dramatischen ökonomischen Restrukturierung bilden sich dabei neue Regulationsweisen heraus, in denen Immigranten mit Einheimischen, Asiaten mit Afroamerikanern, die koreanische Mittelklasse mit der schwarzen Arbeiterklasse, chinesische Bankiers mit mittelamerikanischen Landflüchtlingen direkt miteinander in Beziehung gesetzt werden. Man kann diese neuen Nachbarschaften als Nahtstellen der weltstädtischen Regulation begreifen. Und eine dieser Nähte, die zwischen den Koreanern und den Schwarzen, ist Ende April zerrissen.

Es hilft zu wissen, daß die „erzwungene Ethnizität" der WeltStadt kein Zufallsprodukt marktregulierter Prozesse, sondern auch Folge kommunaler Politiken ist. Der Bürgermeister von Los Angeles, Tom Bradley, hatte nach seiner Wahl 1973 auf der Basis einer Wählerkoalition von Schwarzen und Juden und mit der Unterstützung der lokalen Bourgeoisie die Entwicklung der „World Class City" zum Ziel der Stadtpolitik erklärt. Bradley hatte zwar auf diese Weise versucht, die soziale Integration der Stadt mit deren vollständigen Internationalisierung zu koppeln. Tatsächlich unterminierten seine Politiken jedoch den Sozialpakt, auf dem seine Macht beruhte. Die Reichtümer der Stadt wurden nicht zugunsten des lateinamerikanischen und schwarzen Proletariats umverteilt, sondern flossen via des Urban Renewal Prozesses (Stadterneuerungsprojekte) in die Kassen der lokalen Immobilienindustrie und der multinationalen Konzerne, die Los Angeles zu ihrem zweitwichtigsten Zentrum im Pazifikraum nach Tokio machten. Städtische Politiken teilten den Raum in Investitionszonen auf, schufen Planungsrecht, das die internationalen Kapitalien in die Stadtviertel trichtern half, kreierte einen lokalen (Schatten-)Sozialstaat, der den EinwandererInnen spezifi-

Protest koreanischer Geschäftsfrauen in Koreatown in Los Angeles: Zukunftsträume in Brand gesetzt .

sche Dienste anbot, betrieb Wirtschaftsentwicklung, die z.B. die Koreaner zur notgedrungenen Speerspitze im wirtschaftlich ausgebluteten Ghetto machte usw.

An einer der vielen prekären Schnittstellen zwischen der globalen und der lokalen Ebene, die im Schatten der glänzenden Global City mit ihren Glastürmen, Teleports, Glasfasernetzwerken und intelligenten Gebäuden liegen, befinden sich Drogenhandel und Bandenkriminalität. Das Ghetto und die Barrios sind die „Güterverteilzentren" einer „just-in-time"-Wirtschaft und einer „lean and mean production", mit der relativ umstandslos das führende Agrarprodukt Kolumbiens in seiner billigen und konsumierbaren Form Crack-Cocaine auf den nächtlichen Straßen von Los Angeles in Superprofite umgesetzt wird. Bis April war es ein Gemeinplatz, daß — wenn auch die Konsumenten dieser Mischung aus Backpulver und Kokain aus allen gesellschaftlichen Gruppen kommen — der Handel fest in der Hand der kolumbianischen Drogenkartelle (global) und der schwarzen Jugendbanden (lokal) lag. Mit dem Geld und dem Lebensstil, die zum Dealen gehören, kam unweigerlich die Gewalt. Absatzmärkte wurden blockweise verteilt, mit Graffiti und anderen Bandenzeichen abgesteckt und mit militärisch dimensionierter Waffengewalt verteidigt. Allein 800 Morde gehen laut eines aktuellen Berichtes des County von Los Angeles auf das Konto der Gangster. Die Jugendbanden Crips und Bloods haben in ihren verästelten Gangstersyndikaten etwa 150 000 Mitglieder.

Eine besondere, automobile Art des ungezielten Massenmordes, das Drive-by-Shooting, bei dem aus einem vorbeifahrenden Auto relativ wahllos auf eine Gruppe von Passanten geschossen wird, ist dabei das Kennzeichen der Straßen von LA. Es ist daher eher verblüffend, daß die gesammelten Arsenale der Gangbangers — sollten denn die Berichte über ihre Hochrüstung der Wahrheit entsprochen haben — im Aufstand vom April nicht mehr Schaden angerichtet haben. Warum wurden Polizisten nicht reihenweise Opfer der sagenhaften Feuerkraft der Banden? Und warum materialisierte sich nicht das Gerücht, daß die Gangs ihre Waffen gegen die Residenzen der Weißen im Westen richten wollten? Die militärtechnische Begründung, daß ein Gangstersyndikat eben eine hierarchisch und konspirativ organisierte, aber dezentral operierende „Ein-Punkt-Bewegung" zur Profitmaximierung ist und keine straff geordnete Truppe, die den tausenden von Soldaten der National Guard hätte entgegen stehen können, reicht als Erklärung nicht aus. Es wird vielmehr noch herauszufinden sein, warum Bloods und Crips bereits in den Tagen vor dem Aufstand einen Waffenstillstand schlossen und bald danach einen Friedensplan vorlegten.

Martin Walker berichtet in der englischen Zeitung *Guardian*, daß sich die Friedens- und Reorganisationstendenzen in *Gangland*, die bereits vor dem Aufstand bestanden, danach in drei „außerordentlichen Entwicklungen" verdichtet hätten. Die erste war der Waffenstillstand selbst, ein formales Abkommen, das nach dem Vertrag von Camp David aus dem Jahr 1978 modelliert ist. (Eine Kopie des Vertrages hatte man in der Stadtteilbücherei gefunden). Zweitens hatten die Gangster mit der 3600 Mitglieder starken Vereinigung Koreanisch-Amerikanischer Lebensmittelhändler ein Agreement gefunden, nach dem die Händler Bandenmitgliedern Ausbildung und Arbeit in ihren Läden anbieten, während diese im Gegenzug den Schutz der wiederaufgebauten Geschäfte garantieren.

Gangster-Programm zum Wiederaufbau

Die dritte neue Entwicklung ist schließlich „The Plan", der faktisch aus mehreren Versionen besteht und eine Art Gangster-Programm zum Wiederaufbau der zerstörten Nachbarschaften darstellt. Es ist ein Konvolut „klassischer Stadtplanungsorthodoxie gemischt mit utopischen Träumen und dem Common Sense der Straße. Seine Verpflichtung auf freies Unternehmertum und die Abscheu gegenüber der Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat würde das Herz von Ronald Reagan oder Margaret Thatcher erfreuen", schreibt Walker. Bauliche Umwelt, Landschaft, Wirtschaftsentwicklung, Ausbildung, innere Sicherheit etc. sind Teil des Plans, der keinen wesentlichen Bereich gesellschaftlicher Organisation auszulassen scheint. Im Gegenzug zu den Forderungen an Staat und (weiße) Gesellschaft bieten die Banden an, Drogengelder ins Kiez zu reinvestieren, staatliche Ausgaben mit gleichhohen Ausgaben zu entsprechen und Haus für Haus wieder aufzubauen und die Erforschung und Bekämpfung der Aids-Epidemie zu unterstützen.

Jetzt läßt sich schon behaupten, daß der beste Wiederaufbauplan seine Grenzen am Bild der „gefährlichen Klassen" finden wird, das von den revoltierenden Schwarzen, Weißen und Latinos während des Aufstandes oft gezeichnet worden war. Das positive Echo auf den *Plan* war gering, auch wenn einige der Gangster nun Medienstars geworden sind und Gastvorträge an Universitäten halten. Angeblich liegt „The Plan" dem Büro des Bürgermeisters zu Durchsicht vor. Doch sicher ist die heftige empörte Leserbriefreaktion in der Los Angeles Times, die über „The Plan" berichtet hatte, ein besseres Indiz für die Stimmung in vielen Teilen der Bevölkerung: mit dem Abschaum will die Gesellschaft nicht verhandeln. Die Separation der Gangster (und potentiell mit ihnen großer Teile der schwarzen Bevölkerung) von der übrigen amerikanischen Gesellschaft hat schwerwiegende Konsequenzen. Dies könnte sich bereits im gegenwärtigen Präsidentschaftswahlkampf beweisen.

Während es Präsident Bush auf den ersten Blick nicht in seine Pläne passen kann, im Wahljahr und unter dem Eindruck riesiger innenpolitischer Probleme auch noch mit städtischen Aufständen umgehen zu müssen, gibt es mindestens drei Gründe, warum sich Bush's Kampagne über die Riots profilieren könnte. Erstens können nun Voodoo-Konzepte wie die Urban Enterprise Zones, als städtische Politik verkauft werden. Zweitens kann sich Bush nun ohne Gefahr in den rabiaten Chorus seiner rechten Herausforderer zwischen David Duke und Patrick Buchanan einreihen, die mit Middle America einer Meinung darin sind, daß den Ghettos kein weiteres Geld in den Rachen geworfen werden soll. Und drittens paßt es hervorragend, daß die Republikaner den sie Richtung Perot-Populismus verlassenden kleinbürgerlichen und Arbeiterschichten in den Vorstädten und in den Industrierevieren zeigen können, daß die „gefährlichen Klassen" (lies: „underclass"), von denen die Konservativen immer gesprochen haben, noch da sind. Ein brennendes Ghetto kann die Reihen hinter Bush wieder schließen, auch wenn dieser kaum bereit ist, programmatisch auf die Krise zu reagieren.

Die Folgen der Abwendung der Gesellschaft vom Ghetto sind potentiell jedoch eher fatal für jeglichen Versuch, aus den Aufständen Kapital für fortschrittliche Politik zu schlagen. Jesse Jackson, zum Beispiel, der dieses Mal nicht an der Kür des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten beteiligt ist, unterlag mit seinem Versuch, die Anliegen des Ghettos in die Diskussion der Partei zu tragen. In einer scharfen Reaktion denunzierte der designierte Demokratische Kandidat Bill Clinton öffentlich und in Anwesenheit Jacksons die schwarze Militanz und setzte die „kill-the-whites"-Rhetorik einiger schwarzer HipHop-MusikerInnen mit den rassistischen Ausfällen der Nazis vom Schlage eines David Duke gleich.

Es ist nicht zu erwarten, daß sich Jackson und die Parteilinke von dieser kulturalistisch an der Musik der (nicht nur) schwarzen Jugend vorgetragenen (und damit so durchdringenden) Kritik vor dem Nominierungsparteitag erholen wird. Clintons Wahlmanager legten ihren Kandidaten damit unmißverständlich auf den rechten Weg zum politischen Zentrum fest. So unmißverständlich hatte bisher kein Demokratischer Kandidat vor Clinton formuliert, daß ein Präsident der Partei auf die Stimmen der Schwarzen verzichten kann. Damit scheint der ideologische Krieg um die Zukunft der Ghettos, der dem Waffenstillstand in den Ghettos folgte, ein erstes großes Opfer zu haben: die selbst durch die Krise der New-Deal-Coalition als unantastbar geltende Verbindung von (militanten) schwarzen Wählern und Wählerinnen und Demokratischer Partei. Ob sich eine Regenbogen-Koalition außerhalb dieses neuen zentristischen Konsenses auch unter der Erfahrung der Riots neu formieren kann, werden erst die nächsten Jahre zeigen. Für den November jedenfalls wurden die Innenstädte als Wahlbasis bereits aufgegeben. ■

MARGIT MAYER

Menetekel in Los Angeles

Siebenundzwanzig Jahre nach den „Watts Riots" brach in Los Angeles wieder Aufruhr aus — mit „Nachbeben" in Las Vegas, Atlanta, Seattle, Tampa und anderen Großstädten. Der Ausbruch an Gewalt legte aber auch die tiefe Kluft bloß, die sich während der „booming 80s", von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt, durch die amerikanische Gesellschaft gegraben hat: die Kluft zwischen Suburbia und Innenstadt, zwischen Weiß und Farbig.

Die Gewalt war heftiger als in früheren städtischen Unruhen. Die meiste Zerstörung traf Gegenden, die bereits vor den riots verarmt und verödet waren, von Industrie und Mittelklassen verlassen und die Schattenseiten des Aufstiegs von Los Angeles zur internationalen Metropole darstellten. Vor allem betroffen war der Stadtteil South Central, nur wenige Meilen von den gleißenden Hochhäusern Downtown LAs entfernt, aber fast ausschließlich von Schwarzen und Hispanics bewohnt.

Zwischen 1978 und 1982, als die kalifornische Wirtschaft noch expandierte, verloren South Central und die umliegenden Gemeinden 70 000 einträgliche Arbeitsplätze in der Industrie. Statt ihrer entstanden 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze in High-Tech-Sektoren (Luft- und Raumfahrttechnik), produktionsorientierten Dienstleistungssektoren sowie in den neuen Niedriglohnsektoren insbesondere im Textilbereich und in persönlichen Dienstleistungen. Die Mehrzahl dieser neuen Arbeitsplätze ermöglichen bei weitem nicht die gleichen Einkommen wie die der abgewanderten fordistischen Industrien; sie werden häufig mit den neuen lateinamerikanischen Immigranten besetzt, von denen sich viele illegal in den USA aufhalten. In der Textilindustrie, die größtenteils in Sweatshops stattfindet, arbeiten 125 000 Menschen, davon sind ca. 80 Prozent illegal arbeitende Frauen aus Lateinamerika.

Die Bevölkerungsstruktur in South Central veränderte sich zwischen 1980 und 1990 durch massive hispanische Einwanderung. 1980 wies sie noch 65 Prozent Schwarze und 17 Prozent Hispanics auf, 1990 waren es 55 Prozent Schwarze gegenber 45 Prozent Hispanics, und vor allem ihnen gelang es, die in der Gegend angebotenen Niedriglohnjobs an sich zu ziehen. Während die kalifornische Wirtschaft sich an die international veränderten Konkurrenzbedingungen anpaßte, erlitt South Central die Auswirkungen der ökonomischen Restrukturierung: das Verschwinden relativ gut bezahlter Arbeitsplätze in der Fertigung, die Abwanderung der schwarzen Mittelklasse, und den zunehmenden Widerwillen großer Firmen, sich hier zu engagieren. Schon 1989 fand eine Regierungsstudie, daß die Bezirke von Los Angeles „ein Land der Reichen und der Armen werden, mit wenigen Leuten dazwischen." Sie konstatierte, daß „soziale Ungleichheit und Armut heute in Los Angeles ausgeprägter als vor zwei Jahrzehnten" seien, vor allem wegen eines massiven Exodus der Mittelklassen, die „die Region denen abtreten, die sich 500 000 Dollar oder mehr für ein normales Haus leisten können, und den verarmten und unqualifizierten hispanischen Immigranten, den armen Schwarzen, die größtenteils aus dem ökonomischen Aufschwung ausgegrenzt blieben, und der neuen Welle unternehmerischer Asiaten."

Inzwischen ist Kalifornien von der Rezession eingeholt, Raumfahrt- und militärische Industrie werden geschrumpft, andere Firmen wandern angeblich wegen der relativ strikten umweltschützenden Regulierungen ab. Die kalifornische Arbeitslosigkeitsrate erreichte im März 1992 8,5 Prozent (nationaler Durchschnitt: 7,3 Prozent), unter Schwarzen und Hispanics liegen die Werte um einiges höher, unter schwarzen Teenagern inzwischen bei fast 60 Prozent. Im kalifornischen Staatshaushalt klafft 1992 ein

Schwarz — gegen Weiß? Hinter den Rassenkonflikten steht das soziale Debakel.

Loch von 14 Milliarden Dollar, was drastische Kürzungen bei sozialstaatlichen Maßnahmen bedeutet. Für Viertel wie South Central gibt es weder ordentliche Schulen, noch staatliche Ausbildungs- oder Umschulungsprogramme, es gibt kaum Banken und keinen Zugang zu Finanzierungs- und Kreditmöglichkeiten. Was es gibt sind Drogen, Gang-warfare, Kriminalität, polizeistaatliche Kontrolle und Aufrüstung. Wer es sich leisten kann, versucht, seinen Kindern eine sicherere Umgebung zu bieten, d.h. räumliche Distanz zwischen sich und die „black underclass" zu legen.

Dies Verhalten verschärft die sozialräumliche Segregation weiter und intensiviert die Konzentration der Armut, vertieft die Kluft zwischen „us" (Vorstädte) und „them" (Innenstadtbereiche). Diese häufig geäußerte Wahrnehmung einer separaten (und bedrohlichen) schwarzen „underclass" trifft jedoch die soziologische Realität nicht. In Gegenden wie South Central leben nicht *nur* Crips und Bloods, Jugendgangs, die den Drogenhandel kontrollieren und sich durch Waffengewalt Identität und Macht zu sichern suchen. Allerdings hat die Gewalt unter jungen schwarzen Männern inzwischen solche

▶ Mord als häufigste Todesursache ◀

Ausmaße angenommen, daß Mord zur häufigsten Todesursache avanciert ist. Einer von fünf schwarzen amerikanischen Männern verbringt einen Teil seines Lebens im Gefängnis. Die Schwarzen machen 12,1 Prozent der Bevölkerung aus, aber fast die Hälfte der Gefängnisinsassen.

Daneben versuchen in solchen und ähnlichen Stadtteilen Amerikas etwa 20 bis 30 Millionen Menschen verschiedener Rassen, wenngleich meist in ethnisch und rassisch segregierten Nachbarschaften, zu überleben. Ihre Schwierigkeiten lassen sich keineswegs mit dem jetzt in den Medien entfachten Diskurs über die tendenziell kriminelle, wohlfahrtsabhängige schwarze „Unterklasse" erklären. Da die heute expandierenden wirtschaftlichen Sektoren alle auf einem hohen Anteil flexibler und nicht-garantierter Arbeitsplätze basieren, braucht es nicht zu verwundern, daß der Anteil der arbeitenden Bevölkerung mit Einkommen knapp unter der Armutsgrenze signifikant zugenommen hat und die Einkommensunterschiede sich verschärft haben.

Am 12. Mai veröffentlichte die US-Regierung (mit einiger Verzögerung) einen Bericht, nach dem der Prozentsatz der Vollerwerbstätigen, die weniger als 12 195 Dollar im Jahr (also 6,10 — die Stunde) verdienen, von 12,1 Prozent im Jahre 1979 auf 18 Prozent im Jahr 1990 angestiegen ist — in einer Dekade wirtschaftlicher Expansion, die den Wohlhabenden immensen neuen Reichtum brachte.

Das angebliche Wunder der „job creation" während der achtziger Jahre hat vor allem Millionen von Teilzeitjobs und Niedriglohnarbeitsplätzen geschaffen, so daß die sich vormals in der Mittelklasse wähnenden amerikanischen Arbeiter nun in zwei oder gar drei Jobs arbeiten müssen, um ein Auskommen zu finden.

Um diese „working poor" ging und geht es im öffentlichen Diskurs nicht. Für die Politiker zählen nur die (vorstädtischen) Mittelklassen, deren Stimmenanteil bei Präsidentschaftswahlen 1968 bis 1988 von 36 Prozent auf 48 Prozent angewachsen ist. Die Abnahme des öffentlichen Interesses für innerstädtische Probleme ging mit dem Bevölkerungsverlust der Städte und ihrem Verlust an politischer Macht Hand in Hand. In dem Maß, wie die Nation „suburbanisierte", verschwanden die städtischen Themen von der Tagesordnung. Es scheint, als ob die Probleme der Großstädte und die Frustrationen der städtischen Minderheiten nur noch durch gewalttätigen Aufruhr wieder in die Schlagzeilen und Politikerreden gelangen können.

Zunächst bezeichnete Präsident Bush die Unruhen als Ausschreitungen gesetzloser Krimineller, die mit „law & order" zu reglementieren seien. Als dies jedoch einen merklichen Abfall in seinen „ratings" produzierte, suchte er der öffentlichen Meinung mit Reformvorschlgen zu entsprechen. Verantwortlich für die innerstädtischen Probleme seien die (vom Demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson) lancierten Wohlfahrtsprogramme und die Bürgerrechtsgesetzgebung. Obwohl Reagan und Bush seit 12 Jahren nach Kräften bundesstaatliche Verantwortung für eine Reihe dieser sozialstaatlichen Maßnahmen abschütteln, ist der Republikanischen Partei immer noch daran gelegen, die „culture of dependency", die durch Johnsons *Great Society*-Programme befördert worden sei, auszurotten. Seit Reagans Anti-Welfare-Rhetorik wird populistischer Widerstand gegen sozialstaatliche Ausgaben geschürt, wodurch Sozialhilfeempfänger effektiv marginalisiert wurden. Die Demokratische Partei ihrerseits befürchtet, durch ausgabenintensive Sozialpolitik in den Ruf geraten zu sein, Minderheitenpolitik auf Kosten des weißen Mittelstands zu betreiben (weshalb sich sämtliche Präsidentschaftskandidaten exklusiv zum Fürsprecher der Mittelschichten machen). Dies lenkt nicht nur davon ab, wie einzelne Programme durch ihren Zuschnitt selbst zur Zerrüttung und weiteren Abhängigkeit der Wohlfahrtsempfänger beitragen; es lenkt auch davon ab, daß die Kürzungen, Streichungen, Herabzonierungen auf lokale oder einzelstaatliche Ebene sowie die Privatisierungen während der Reagan/Bush-Jahre enorm zur verschärften sozialräumlichen Ungleichheit beigetragen haben. Die konservativen Regierungen strichen nicht nur Armutsprogramme, sondern blockierten auch die Politik der Civil Rights Commission und beendeten Programme, die rassischer Diskriminierung am Wohnungs- und Arbeitsmarkt und im öffentlichen Dienst entgegenwirkten.

Die Reorganisation und Privatisierung staatlicher Dienstleistungen, wie sie von den Reagan- und Bush-Administrationen durchgesetzt wurden, ermöglichte der Republikanischen Partei, die Macht der bislang liberalen bundesstaatlichen Bürokratie zu unterminieren und den traditionell Demokratischen Städten des Nordostens Ressourcen zu entziehen, um sie den Republikanischen Wählern in Suburbia zukommen zu lassen. In der Folge konnten die städtischen Zentren, die sich mit zerfallender Infrastruktur und zunehmend ökonomisch peripheren Bevölkerungsgruppen belastet sahen, kaum noch mit den wachsenden suburbanen Zentren konkurrieren, der Abstand zwischen „Central City" und „Suburb" wird zementiert.

Zur Bekämpfung dieser innerstädtischen Problemzonen holte Bush nun seinen rechten Stadtentwicklungsminister Jack Kemp aus der Versenkung, der bislang wegen seines Enthusiasmus für Anti-Armutsprogramme eher suspekt war. Kemp will den Armen eine Chance geben, reich zu werden, indem er den Markt zur Erzielung sozialer Zwecke einsetzen will. Nachdem die städtischen Probleme nun mehr im öffentlichen Licht stehen als Bush lieb sein kann, präsentiert er der Nation ein Sechs-Punkte-Programm, dessen Elemente in verschiedenen Versionen bereits im Kongreß vorlagen bzw. vorliegen oder z.T. von Bush selbst abgeschmettert wurden. Das Programm sieht, neben — 600 Millionen für unmittelbare Wiederaufbausubventionen und -darlehen und einem weiteren 600 Millionen Kredit-Paket für Wohnungsbau, folgende Punkte vor: ein sogenanntes „Weed and Seed"-Programm (19 Millionen Dollar), mit dem in bestimmten Stadtvierteln zunächst Drogenhändler unschädlich gemacht und dann Sozialprogramme etabliert werden sollen; stärkere Finanzierung für das sogenannte „HOPE"-Programm, bei dem Mieter im sozialen Wohnungsbau (mit subventionierten Finanzierungsmethoden) zu Eigentümern transformiert werden sollen; mehr Geld für sogenannte Unternehmenszonen, d.h. steuerliche Anreize für Firmen, sich in bestimmten innerstädtischen Zonen anzusiedeln (36 Einzelstaaten praktizieren bereits diverse Versionen solcher „Enterprise Zones", deren Effektivität als problematisch gelten darf); sowie Reformen in der Wohlfahrtsgesetzgebung, die Sozialhilfeempfänger etwas unternehmerischer machen sollen.

▶ Bushs Sechs-Punkte-Programm ◀

Obwohl es richtig ist, daß der traditionelle liberale Wohlfahrtsstaat den tiefen gesellschaftlichen Spaltungsprozessen nicht gegensteuern kann, kann als genauso sicher gelten, daß Bushs Strategie der „1000 Points of Light" der Zerissenheit der amerikanischen Gesellschaft auch nicht entgegen wirken wird. Im Gegenteil.

Eine erweiterte Fassung dieses Beitrags erscheint in der nächten Ausgabe der PROKLA

JOHN ELY

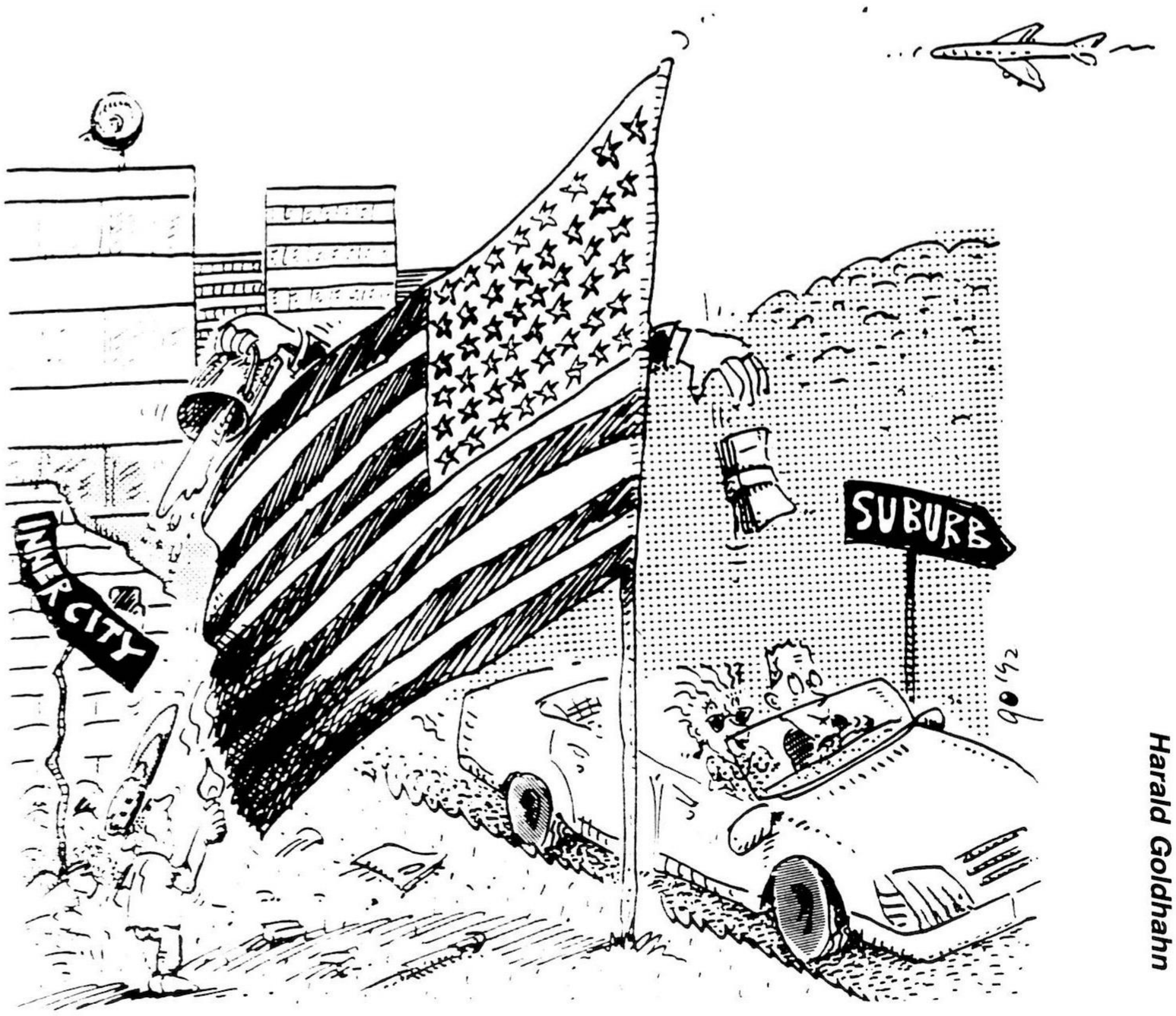
US-Sozialpolitik: Weiterhin nicht vorhanden

Von Bush sind auch im Wahljahr und nach den Unruhen von Los Angeles keine bedeutenden Veränderungen in der Haushalts- und Sozialpolitik zu erwarten. Und das in einer Situation, in der die Kosten der ,,Reagonomics'' drastisch zu Tage treten und selbst konservative Wirtschaftsexperten in eine trübe Stimmung versetzen. Dramatisch ansteigende Arbeits- und Wohnungslosigkeit sind dabei nur zwei Signale einer ernsthaften ökonomischen Malaise, gegen die die Regierung ,,nichts tut.''

Das Problem mit der nationalen Wirtschaftssituation wird in den USA gegenwärtig mit Spenglerianischen Begriffen beschrieben. Ein solches Vokabular ist auch nicht unpassend.

Die traditionelle Politik, wie sie in der Vergangenheit betrieben wurde, um die Rezession abzufangen — vor allem eine Keynesianische Politik der Defizit-Ausgaben, eingeführt in der Amtszeit von Ronald Reagan und seinen Vorgängern — ist mit den heute bestehenden enormen Budgetdefiziten kaum aufrechtzuerhalten. Daher drückt der nicht überraschende Pessimismus gegenüber dem Staat seitens der US-amerikansichen Wirtschaft mehr aus als nur die Besorgnis über die gegenwärtige Rezession. Die USA hat ihre Vorrangstellung in der Weltwirtschaft eingebüßt und wird diese wahrscheinlich nicht wieder einnehmen können. Angesicht von Bushs nach wie vor uneingeschränktem Credo zur ,,freien Marktwirtschaft'', sind von ihm keine entscheidenden Schritte im Hinblick auf eine bedeutende Veränderung der Haushalts- und Sozialpolitik zu erwarten. Seine Analyse der Unruhen in Los Angeles, in der er die Sozialstaatspolitik der sechziger und siebziger Jahre dafür verantwortlich macht, bestätigen diesen Eindruck. Darüber hinaus hat Bush sein Wahlversprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, gebrochen.

Neben einer fehlenden sozialstaatlichen Programmatik könnte dieses gebrochene Versprechen den Demokraten eine Chance bieten, innerhalb des nächsten Jahrzehntes das Weiße Haus zu übernehmen. Umfragen zeigen, daß die Wählerschaft mit großer Besorgnis auf die gegenwärtige ökonomische Situation blickt und von Bushs ,,Lösungen'' nicht besonders beeindruckt ist. Daß Bush sich während der wichtigen New-Hampshire-Primary gezwungen sah, zu bekennen, ,,daß sich die Wirtschaft im freien Fall befindet'', veranschaulicht, wie dieses Thema die diesjährige Präsidentschaftswahlkampagne dominiert. Wegen bekannter ,,Sachzwänge'' infolge des Budgetdefizits und ,,the fiddlers bill'' (d.h. der Rechnung, die man präsentiert bekommt für mutwilliges Verhalten) für zehn Jahre ,,Reagonomics'' könnte die Stimmung als ,,Kennedyesque'' beschrieben werden — nicht bezogen auf den Präsidenten gleichen Namens, sondern



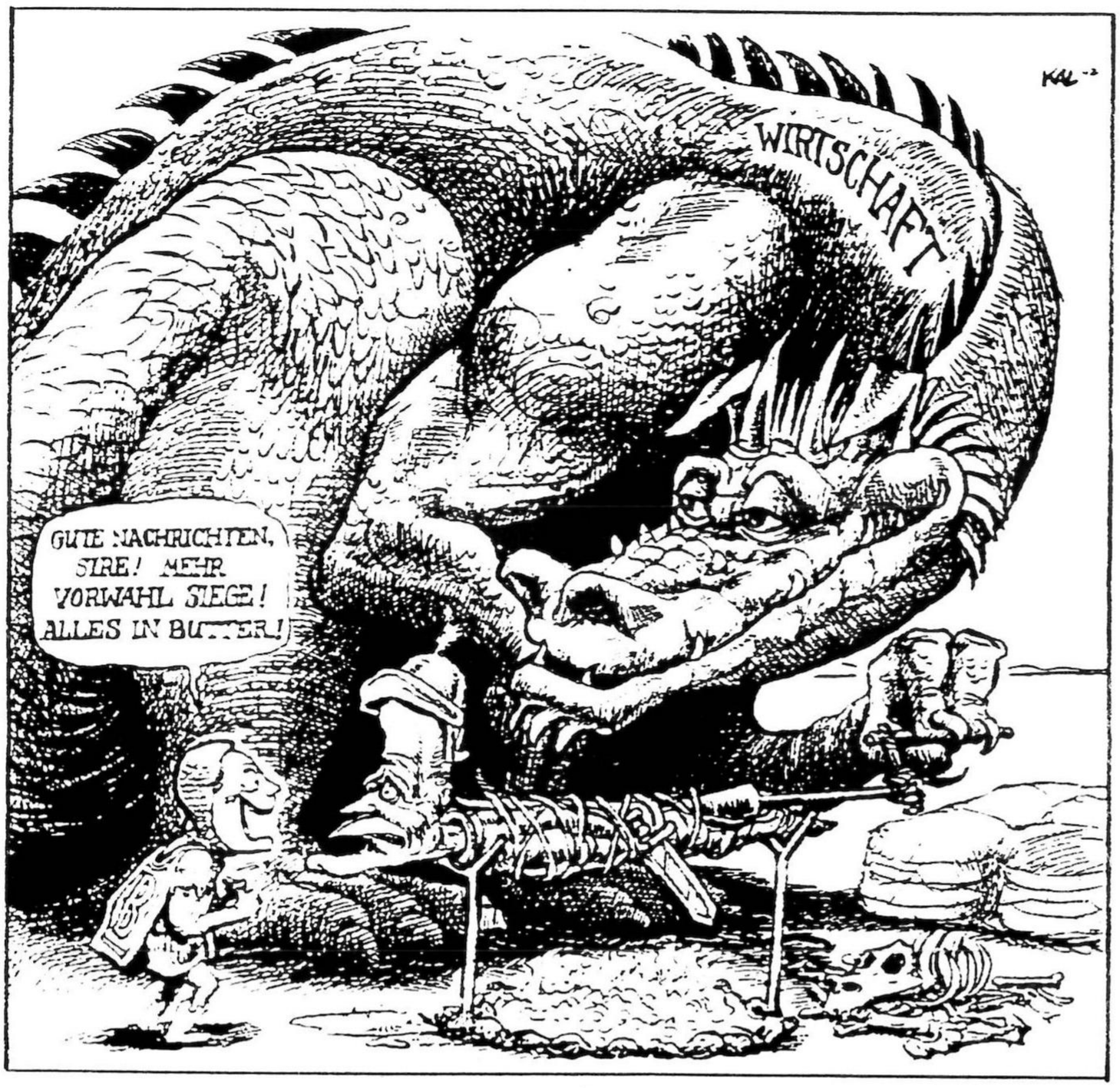
Harald Goldhahn

auf Paul Kennedys Bestseller-Buch ,,Decline of the Great Power" (dt. ,,Der Untergang der Großmächte"). Kennedys zentrales Argument besagt, daß die exzessiven Militärausgaben zum Fall der Großmächte geführt haben.

Überall in den USA ist in diesen Tagen die Rede von dem Verlust der Weltmachtstellung und dem Verlust der Konkurrenzfähigkeit im Verhältnis zur BRD und zu Japan. Gleichzeitg werden die alten chauvinistischen Angriffe auf Japan und die BRD ersetzt durch Aufwertungen der deutschen und japanischen Produktionsformen, die Modellcharakter erhalten. Nicht nur Lester Brown, sondern auch Lee Iacocca, Patrick Buchanan, die Gewerkschaften und die ,,New York Times" reden von ,,industrial policy" (der Notwendigkeit einer Industriepolitik nach dem ,,Modell Deutschland"). Dieser Ruf nach einer ,,industrial policy" und der Vergleich mit der BRD und Japan sind mittlerweile eine immer wiederkehrende Beschwörungsformel in jeder Wahlrede.

Der Sozialist David Moberg geht sogar soweit, Kohls soziale Marktwirtschaft als links von sämtlichen US-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten zu situieren. Seit Fazit lautet daher: ,,Helmut Kohl for President!"

Die Gründe für eine solche Einschätzung sind vielschichtig. Die ernüchternden Kosten von Reagonomics treten nun deutlich hervor, und zwar in dem Maße, wie sich diese gleichzeitig wieder auflösen. Neueste Statistiken von der ,,längsten Nachkriegsexpansion" der Reagan-Jahre , um eine typische Reagan-Aussage zu wiederholen, veranschaulichen diese Tendenz zur Diffusion: selbst die obere Mittelklasse erlebte ein Schrumpfen des Realeinkommens. Nur die oberen zehn Prozent auf der Einkommensleiter (120 000 US-Dollar pro Jahr pro Familie) konnten ein Realwachstum von 16,5 Prozent verzeichnen und nur bei *einem* Prozent an der Spitze ist der Realeinkommenszuwachs innerhalb der letzten zehn Jahre um fast 50 Prozent angestiegen. Das anschwellende Haushaltsdefizit wurde vorwiegend durch die mehreren Billionen Dollar verursacht, die für die ,,Savings and Loan"-Industrie (bedeutender Anteil der Bankenbranche, die in Konkurs ging — Anm. d.R.) ausgegeben werden mußten — dadurch stieg das Haushaltsdefizit auf über 300 Billionen Dollar pro Jahr an. Das ist das traurige Resultat des Sonnengürtel-Kapitalismus und eines ungehemmten, antigewerkschaftlichen Wirtschaftsaufschwungs.



▶ Sozialhilfeanträge erreichen Rekordhöhe ◀

Aber der ,,Reaganism" hebt nur den krisenhaften Zustand einer Großmacht hervor, der durch exzessive Verteidigungsausgaben einen ,,coup de grace" gegeben wurde. Reagan war bereit die damit verbundenen großen Defizite in Kauf zu nehmen, um die überflüssige Militärhegemonie zu erhalten, die für nationales Wachstum sorgen sollte. Inzwischen sind die Folgen von ,,Reagonomics" nicht mehr zu ignorieren.

Selbst in dieser Situation reagiert Bush fast instinkthaft fundamental konservativ. Er hat zwar Reagans Segen (der ihn gegen Buchanan unterstützt), nicht jedoch dessen starke utopische Ausstrahlung, was Bush vor einigen Jahren selbst zugegeben hat. Darüber hinaus pflegt er sein Image von Inaktivität. Zusehends wurde Bush zu einem Babysitter-Präsidenten für die Republikanische Partei. Bush weigert sich, die Gesundheitspolitik zu verändern und opponiert gegen ,,sozialistische Lösungen", die nur dazu führen würden, daß ,,wir zahlen und zahlen und zahlen". Und das angesichts von Umfragen, die eine enorme Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Krankenversicherungssystem konstatieren, wo 35 Millionen US-AmerikanerInnen nicht versichert sind und die Kosten jährlich um mehr als das Doppelte der Gesamtinflation ansteigen. Nach eigener Einschätzung unternimmt Bush immense Anstrengungen, die Sozialstaatsausgaben in seinem neuen Haushaltsentwurf drastisch zu erhöhen; ein Versuch, der jedoch durch die umfassenden Kürzungen in den Sozialprogrammen des republikanischen Gouverneurs von Kalifornien, Pete Wilson, durchkreuzt wurde.

Bush hat — einen Fingerzeig von Neo-Nazi David Duke und dessen Attacken gegen ,,parasitäre schwarze Sozialstaatsbabies" aufnehmend — einen Wahlspot im Südstaat Georgia senden lassen, in welchem er verspricht, ,,Wohlfahrt zu verändern und diejenigen, die arbeitsfähig sind, zum Arbeiten zu zwingen." Unterdessen erreichen die Sozialhilfeanträge in jedem Monat Rekordhöhe. Damit holt die Bush-Administration zu einem aggressiven Schlag gegen die Idee von Wohlfahrt an sich aus.

Obwohl die meisten ,,Sozialstaats-Reformvorschläge" zynischerweise so kalkuliert sind, daß sie sich an Mittelklasse-Wählerinnen und -Wähler richten, erscheinen einige davon sinnvoll. Aber keiner ist, wie die ,,New York Times" feststellt, auch nur im Geringsten in der Lage zu reparieren, was gebrochen ist. Bush lehnt nicht nur das Recht der Frauen auf Abtreibung vehement ab, sondern auch Pläne zur Einführung eines Erziehungsurlaubes für beide Elternteile. Seine antifeministische Haltung, so ist zu vermuten, wird ihm vor allem Stimmen aus den Reihen weißer Mittelklasse-Wählerinnen und -Wähler kosten, worunter viele sowohl für pro-choice eintreten (also für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung) als auch einen Erziehungsurlaub für Väter unterstützen.

Umweltthemen hat Bush vollständig fallengelassen in der Hoffnung, dadurch die Kontrolle über das wirtschaftliche Wachstum zu lockern. Seine inzwischen bekenntnishaften Wiederholungen, die Kapitalprofitsteuer zu senken, werden selbst von den eigenen Wirtschaftsberatern als Vorschläge mit einem geringen ,,impacat" (d.h. Einfluß) beurteilt. Die Demokraten haben dieses Thema sofort aufgegriffen und als weiteren ,,Glücksfall" für die Reichen attackiert. Republikaner hingegen argumentieren, daß mit solchen Senkungen Investitionen stimuliert würden und damit die Mittelklasse ge-

stärkt werden könnte. Kritiker hingegen vermuten, daß der Betrag, den jede Familie durch solche Vorschläge einsparen würde, zusammenschrumpft im Vergleich zu den Einsparungen, die die reichsten Amerikaner durch eine Kürzung der Kapitalprofitsteuer erhalten würden.

Während die demokratischen Präsidentschaftskandidaten in diesem Wahlkampf eine Industriepolitik nach japanischem und deutschem Vorbild anbieten, bleibt Bush stur. Kürzungen an Militärausgaben will er nur dazu benutzen, um das Haushaltsdefizit abzubauen. Neue Sozialprogramme oder die kollabierende Infrastruktur damit zu finanzieren, schließt er aus. Stattdessen schlägt Bush kurzfristige Steuersenkungen und andere ,,Schönheitskorrekturen" vor, womit er gleichzeitig die Erwartungen in einen ohnehin nur begrenzt gedachten Wirtschaftsaufschwung minimiert.

Selbst unter Republikanern und konservativen Wirtschaftsexperten herrscht eine trübe Stimmung. Die rezessionsbedingten Probleme der letzten achtzehn Monate bilden nur die Spitze des Eisberges in den USA. Auf der Meinungsseite der ,,New York Times" schreibt ein hoher Regierungsbeamter unter dem Titel ,,Unsere Tut-Nichts-Regierung" (,,Our Do-Nothing-Goverment", 30.3.1992) anonym aus Angst vor Repression, daß die Bürokratie heute nur noch Plattitüden und Prozesse, aber keine Resultate produziere. Die Regierung fühlt sich, so schreibt er weiter, nicht mehr länger verantwortlich für irgendetwas. Seit Jahren laute die einstimmige Botschaft der Regierungsbürokratie, daß es nicht anderes zu leisten gälte, als gute Gefühle zu erzeugen.

▶ Reagonomics hinterließ Langzeitstrukturprobleme ◀

,,Reagonomics" hat ein Land mit Langzeitstrukturproblemen zurückgelassen. Eine in sich zusammenbrechende Infrastruktur auf Grund fehlender Investitionen ist vielleicht das offensichtlichste Desaster. Die Bush-Administration gibt für das ,,Mark" des öffentlichen Kapitals — Straßen, Autobahnen, Flughäfen, Tunnel, Schiffahrt, Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen — weniger aus als während der fünfziger und sechziger Jahre. Dies führt zu immensen Verzögerungen, wovon besonders der Warenverkehr betroffen ist. David Alan Aschauer (Autor des Buches ,,Public Investment und Private Sector Growth", 1990) hat berechnet, daß dieses wachsende Defizit im Dienstleistungsbereich verantwortlich ist für die Hälfte des allgemeinen Produktivitätsrückganges seit den siebziger Jahren.

Dramatisch ansteigende Arbeits- und Wohnungslosigkeit sind Signale einer ernsthaften ökonomischen Malaise. Stagnierende Einkommen, wachsende Ungleichheit, die prekäre Haushaltslage und das instabile Bankensystem sind andere Gründe, warum sich immer mehr WählerInnen und Wähler unbeeindruckt zeigen von republikanischen Wahlversprechungen und Bush nicht mehr länger als ,,Umwelt-", ,,Gesundheits-" oder ,,Wachstums-" Präsidenten betrachten. Sie realisieren, daß trotz gegenteiliger Beteuerungen, die Staatsausgaben und das Haushaltsdefizit während Bushs Amtszeit weiter angewachsen sind.

▶ Antisozialstaatspolitik ◀

Linke Intellektuelle haben die Resultate von Bushs konservativer Attitüde gegenüber einer Sozialpolitik in einer Zeit sich verschärfender struktureller Dilemmata als ein Zeichen einer expliziten Klassenposition beurteilt, die in Reagans und Bushs Antisozialstaatspolitik angelegt sei. Samual Bowles, David Gordon und Thomas Weisskopf nennen das Ergebnis dieser Politik eine ,,garnison-economy" (,,Garnisons-Wirtschaft"). Arbeitsdisziplin wird erzeugt durch Arbeitslosigkeit und durch die erforderliche restriktive Finanz- und Geldpolitik kombiniert mit einer seit Reagan durchgesetzten antigewerkschaftlichen Politik der US-Regierung.

Ansteigende Kosten, um einerseits Arbeitsdisziplin durchzusetzen und für ,,Ruhe und Ordnung andererseits zu sorgen, werden durch Kürzungen des Sozialstaates und einer verstärkten Disziplinierung durch den Staat aufgefangen. Die Spannungen im System wachsen, Gefängnisse werden zum Ersatz für einen Wohlfahrtsstaat.

In den USA sind im Vergleich zu europäischen Staaten oder selbst zu Südafrika zehnmal mehr Menschen in Gefängnissen eingesperrt. Es müssen allerdings immense Kosten bewältigt werden, wenn die Ausgaben für Wohlfahrtsprogramme verschoben werden zugunsten des Strafvollzugs. Die Kriminalitätsrate in den USA ist, wie ein Wissenschaftler bemerkt ,,astronomisch". Die sich ausweitende Gefängnispopulation und ein Rechtssystem, das der Bearbeitung von Straftaten und Gerichtsverfahren nicht mehr nachkommt, spiegelt die Mehrkosten einer ,,garnison economy". Bowles und andere haben festgestellt, daß der Anteil an Managern und Verwaltungspersonal im Vergleich zu der gesamten Arbeitnehmerschaft in den USA dreimal so hoch ist wie in Japan und Deutschland.

Selbst eine drastische Kürzung der Militärausgaben um fünfzig Prozent würde das Defizit der öffentlichen Hand nicht ausgleichen können. Unterdessen schlagen alle Präsidentschaftskandidaten — mit Ausnahme des ehemaligen demokratischen ,,Freundes der Wall-Street", Paul Tsongas verschiedene Formen der Steuerkürzung vor, wonach Wählerinnen und Wähler besonders begierig sind. Daß Walter Mondale solche Versprechen nicht machen mochte, ist mit ein Grund dafür, daß er die Präsidentschaftskandidatur 1988 verloren hat. Der alte US-amerikaniscche Haß gegen Steuern seit der Bostoner Tea-Party wird zu einer immer größeren Last für eine Wirtschaftspolitik überhaupt. Trotz weitreichender industriepolitischer Vorschläge, die demokratischen Kandidaten in diesem Wahljahr vorbrachten, sind die US-amerikanischen Wählerinnen und Wähler so erzürnt über die Steuererhöhungen, daß sie bereit sind, den Staat von innen her verrotten zu lassen. Dies gibt dem Niedergang der US-Ökonomie einen ironischen und deterministischen Aspekt.

Trotz Umfragen, die die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der Regierung Bush zeigen, sieht jedoch die demokratische Partei wenig Chancen, den amtierenden Präsidenten im November zu schlagen; auch deshalb ist für die nächsten vier Jahre mit einer nichtvorhandenen Sozialpolitik zu rechnen. ■

Literatur

Martha R. Burt, **Over the Edge: The Growth of Homelessness in the 1980s.** Urban Institute Press and Russell Sage Foundation, 1991.

Susan Christopherson, **How the State and the Market are Remaking the Landscape of Inequality,** Ms. Cornell University, 1992.

Mike Davis, **City of Quartz.** Excavating the Furte in Los Angeles, London/New York: Verso, 1990.

Thomas Byrne Edsall, Mary D. Edsall, **Chain Reaction: The Impact of Race, Rights, and Taxes on American Politics.** New York: W.W. Norton, 1991.

George Galster, **,,The Ecology of Racial Discrimination in Housing"**, Urban Affairs Quaterly 23/1, September 1987, S. 84 — 107.

Andrew Hacker, **Two Nations: Black and White, Separate, Hostile and Unequal**. New York: Scribners, 1992.

Bennett Harrison, Barry Bluestone, **The dark side of labor market ,,flexiblity":** Falling wages and growing income inequality in America. ILO, World Employment Programme Research, Working Paper 17, Oktober 1987.

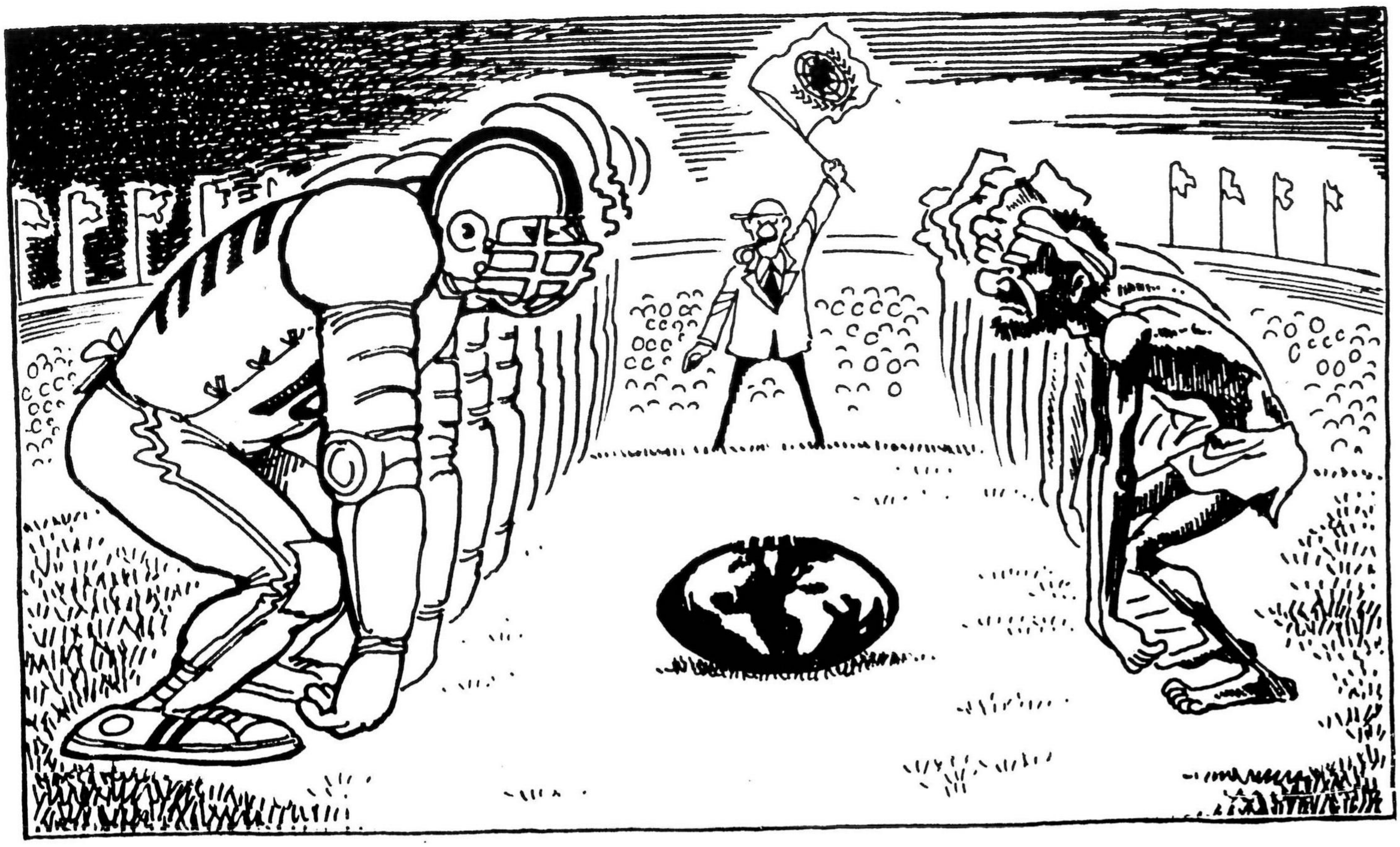
Roger Keil, **Weltstadt — Stadt der Welt: Internationalisierung und Lokale Politik in Los Angeles**. Dissertation Frankfurt 1991.

Margit Mayer, **,,Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt"**, in: Renate Borst u.a., Hg., Das neue Gesicht der Städte. Basel: Birkhäuser, 1990.

Robert Reinhold, **,,Los Angeles Dream is Dying for Some, Thriving for Others,"** New York Times, 28. August 1989.

Fred Siegel, **Warten auf ,,Lefty"**, die tageszeitung.

sowie ,,Los Angeles Times" und ,,International Herald Tribune" der zwei Wochen nach dem 29. April 1992.



LUDI LODOVICO

Im Krebsgang von Stockholm (1972) bis Rio (1992)

Vor zwanzig Jahren fand die erste Umweltschutzkonferenz der UNO statt. Sie stand unter dem Motto „Die eine Erde" und dokumentierte von der Nullerwartung bis zum Nullergebnis den Real-Zynismus. Was aus den Beschlüssen der Konferenz in Rio wird, kann man noch nicht genau absehen, aber Skepsis ist angebracht. 1972 war für viele Linke die Umwelt noch kein Thema. Aber zumindest was das publizistische und wissenschaftliche Echo betrifft, so haben sich die Zeiten drastisch geändert. In diesem Sommer wurde die Umwelt zum absoluten medialen Schlager. Und was haben die wirkliche Umwelt und die in ihr lebenden Menschen davon?

Publizistisch war für die erste UNO-Umweltkonferenz in Stockholm (5.6. bis 15.6. 1972) zunächst nicht viel drin. Am Fronleichnamstag (1.6.72) faßte die Polizei A. Baader und H. Meins in Frankfurt, und man kann sich vorstellen, daß dieses Thema mehr interessierte als die „Umwelt". F.U. Fack von der FAZ blies zur Jagd auf „Hintermänner" und „Deckungsgeber". Das entwaffnende Wort „Umfeld", das man der beliebigen Vermehrbarkeit halber mit „Generation" kombinierte, kam erst später auf, aber klar blieb, daß die „Umfelder" damals und noch für geraume Zeit wichtiger waren als die Umwelt. Schon rein äußerlich ist das nicht zu übersehen: während das RAF-Geschehen die Frontseiten füllte, erscheint die Vorschau auf das Stockholmer Treffen in der FAZ vom 3.6.72 auf Seite 7. In der Gesinnungszentrale, im Wirtschaftsteil, spielte das Thema überhaupt keine Rolle, denn dort befaßte sich J. Eick mit Wichtigerem: „Zwischen Kommerz und Sport. Josef Neckermann 60 Jahre alt", und unser heutiger Mitautor Lothar Baier durfte im damals noch liberalen Feuilleton W.F. Haugs „Kritik der Warenästhetik" rezensieren.

Was die Konferenz-Erwartungen betrifft, so konnten sie nüchterner gar nicht ausfallen: „Ein greifbarer Erfolg ist also zweifelhaft. Man wird sich auf wenig verbindliche wortstarke Erklärungen einrichten". Dafür hatten, so der Korrespondent aus Stockholm, die Autoproduzenten die Umweltverwalter voll im Griff: „Volvo und Saab stellen jeder Delegation Autos zur Verfügung". Wenn das nichts ist. Die großzügige Tat produzierte denn auch als erstes Konferenzergebnis ein Verkehrschaos in Stockholm. Am 5.6.72 rückte das Thema in der FAZ volle fünf Seiten nach vorn. Auf Seite zwei stellte K.-L. Ulrich die offizielle Bonner Umweltschutzbilanz und -programmatik — eine Konferenzvorlage — vor. „Die deutsche Programmsprache verschwimmt immer dann, wenn klar gesagt werden muß, welche volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Umweltschutz mit sich bringt". Auf Deutsch — was jedes Kind weiß, gilt auch in der Wirtschaftsredaktion der FAZ: beim Zahlen hört die Gemütlichkeit auf. Im Wirtschaftsteil kommt das Thema „Stockholm" deshalb gar nicht vor, obwohl es in einzelnen Branchen bereits dämmerte. 1971 hatte der Verband der chemischen Industrie Georg Picht einen Vortrag halten lassen über „ökologische Krise und industrielle Planung". Picht gehörte zu jener Minderheit, die bereits klar diagnostizierte, daß es mit den Hausmittelchen nicht mehr getan war, sondern daß die ganze hochindustrialisierte, kapitalistische wie nichtkapitalistische Produktions- und Lebensweise zur Debatte stand: „Zivilisationsplunder: Wirksamer Umweltschutz bedeutet Verzicht auf materielle Güter" (G. Picht, Die Zeit, 9.6.72):

„Die Zeiten, in denen man zynisch genug war, sich einzubilden, es sei möglich, die Schotten der Wohlstandsgesellschaft dicht zu machen und den Rest der Welt dem Hungertode preiszugeben, sind vorbei. Die nicht mehr einzudämmende Überflutung dieses Planeten mit verelendeten und jeder Hoffnung beraubten Menschen muß das politische und ökologische Gleichgewicht des heutigen Weltsystems in seinen Fundamenten erschüttern. Auch die trügerische Sekurität der reichen Länder wird dadurch unterminiert. Die Welt ist unteilbar geworden; die Ökologie als die Lehre von der Sicherung der Überlebenschancen der Menschheit muß dem Rechnung tragen... Die Unfähigkeit der heutigen Staatenwelt, ein ökonomisches Gleichgewicht zwischen den reichen und den armen Gesellschaften herzustellen, wird unabsehbare ökologische Folgen haben... Die technischen Großsysteme erzeugen proportional zu ihrer Fortentwicklung Belastungen der Natur und der Menschen, die nicht mehr ausgeglichen werden können. Die sozialen Kosten für den Unterbau dieses babylonischen Turmes übersteigen den gesamtwirtschaftlichen Ertrag einer umweltzerstörenden Produktion. Ein Wirtschaftssystem, das seine eigene Infrastruktur nicht mehr bezahlen kann, ist bankrott".

▶ Real-Zynismus ◀

Das zielte zwar nicht auf den real inexistenten Sozialismus im Osten, trifft aber auch auf ihn zu. Dort spielten sich mittlerweile einige reelle Veränderungen ab, deren Tragweite und Richtung noch ziemlich offen ist. Und statt der ominösen „Staatenwelt" von 1972 ist der falsche Klunker „Staatengemeinschaft" am Band der „neuen Weltordnung" Mode geworden; diese „Ordnung" steht im wesentlichen dafür, daß sich für die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt möglichst wenig ändert, damit eine Minderheit ihre „Bedürfnisse" ungehemmt wachsen lassen kann. Die ökologisch-soziale Götterdämmerung, die Picht und andere helle Köpfe in den 70er Jahren ansprachen, fand nicht statt.

Das Konferenzmotto lautete 1972: „Die eine Erde". Die Konsequenzen daraus vermochten damals nur wenige zu erkennen — und unter den deutschen Regierenden mit Sicherheit nur einer — Erhard Eppler (Entwicklungsminister). Eine entsprechende Behandlung widerfuhr ihm durch den Weltökonomien, Realpolitiker und Verantwortungsethiker H. Schmidt. Der fühlte sich richtig gekränkt, als Eppler bei einer IG-Metal-Veranstaltung öffentlich festhielt: „Wer bei der Entwicklungspolitik beginnt, endet beim Umweltschutz und umgekehrt". Das paßte nun wirklich nicht mehr ins ABC der „Markt"wirtschaft. Schmidt, der gerade dabei war, den lieben „Gewinn" auf Kosten des häßlichen Profits zu rehabilitieren, ging der schwäbisch-pastorale Schulmeister auf den Wecker. Der Sturmflut-Deichgraf replizierte: „Ich bin kein Philosoph. Und ich bin auch kein Wissenschaftler" (Neue Gesellschaft 19/1972, S. 812) und regierte nach Brandts vorzeitigem Rücktritt zügig rückwärts in die schlichte Welt des „Modells Deutschland", wo die Buchhaltung stimmte, wenn nur Wachstum Wachstum und nur Wachstum blieb... Eppler resignierte bald vor so viel realpolitischer Ignoranz.

▶ Nullergebnis ◀

Am 6.6.72 schaffte die Umwelt sogar schon den Sprung auf die Frontseite der FAZ: „Entschiedenes Handeln und konkrete Ergebnisse beim Umweltschutz erwarteten die Menschen von ihren Regierungen, behauptete der schwedische Ministerpräsident Palme bei der Eröffnung der Umweltschutzkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm. Wenn das stimmen sollte, so wäre die Menschheit erstaunlich umweltbewußt. Vermutlich hat jedoch der größte Teil der Erdbevölkerung noch nie etwas von Pollution (Verschmutzung) gehört. Die Verbesserung der Umweltbedingungen ist in Wahrheit zunächst ein Aufklärungs- und Erziehungsproblem. Wer daher konkrete Ergebnisse von der Stockholmer Konferenz erwartet, wird bestimmt enttäuscht werden. Über 100 Delegationen wollen dort ihr Sprüchlein aufsagen. Danach wird für intensive Arbeit nicht viel Zeit bleiben." Der Konferenzverlauf bestätigte die Prognosen weitgehend. Der Krieg der USA in Vietnam, wegen der „Entlaubungs-„ und anderer Aktionen von Olof Palme als ein (auch ökologisches) Verbrechen angeprangert, dominierte die Debatten über die Umwelt, obwohl damals noch entscheidende Impluse für die Umweltdiskussion aus den nordamerikanischen Umweltschutzbewegungen, aber auch aus der Nixon-Administration kamen. A. Weinstein referierte derweil über „Panzerkrieg und Volkskrieg" (FAZ 8.6.72) noch in der Hoffnung, „eine kraftvolle Kriegsmaschinerie" ersetze bald die amerikanischen Soldaten und damit das schädliche body-counting

Die Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen...

Die Fähigkeit des Menschens, seine Umgebung zu verändern, kann, weise eingesetzt, in unserer Zeit alle Völker in den Genuß der Vorteile der Entwicklung bringen und ihnen die Möglichkeit geben, die Qualität des Lebens zu verbessern. Falsch oder achtlos angewandt, kann aber die gleiche Macht Menschen und menschlicher Umwelt unermeßlichen Schaden zufügen.

In den Entwicklungsländern haben die meisten Umweltprobleme ihre Ursache in der Unterentwicklung. Millionen leben nach wie vor weit unter dem für eine menschenwürdige Existenz erforderlichen Mindestniveau, ohne ausreichende Nahrung und Kleidung, Obdach und Schulbildung, Gesundheitsfürsorge und sanitäre Einrichtungen.

Vor uns liegen große Möglichkeiten, die Qualität der Umwelt zu verbessern und ein gutes Leben zu schaffen. Bei aller Begeisterung brauchen wir einen kühlen Kopf und intensive, methodische Arbeit.

...bekundet folgende gemeinsame Überzeugung:

● *Der Mensch hat ein Grundrecht auf Freiheit, Gleichheit und angemessene Lebensbedingungen in einer Umwelt, die so beschaffen ist, daß sie ein Leben in Würde und Wohlergehen ermöglicht, und hat die feierliche Pflicht, die Umwelt für gegenwärtige und künftige Generationen zu schützen und zu verbessern. In diesem Zusammenhang wird jede Politik der Förderung oder Verewigung von Apartheid, Rassentrennung, Diskriminierung, kolonialer oder sonstiger Formen der Aggression und ausländischer Vorherrschaft verurteilt und muß beseitigt werden.*

● *Die natürlichen Hilfsquellen der Erde einschließlich der Luft, des Wassers, des Bodens, der Pflanzen- und Tierwelt und vor allem repräsentativer Beispiele der natürlichen Ökosysteme müssen zum Nutzen gegenwärtiger und künftiger Generationen durch sorgfältige Planung bzw. Bewirtschaftung geschützt werden.*

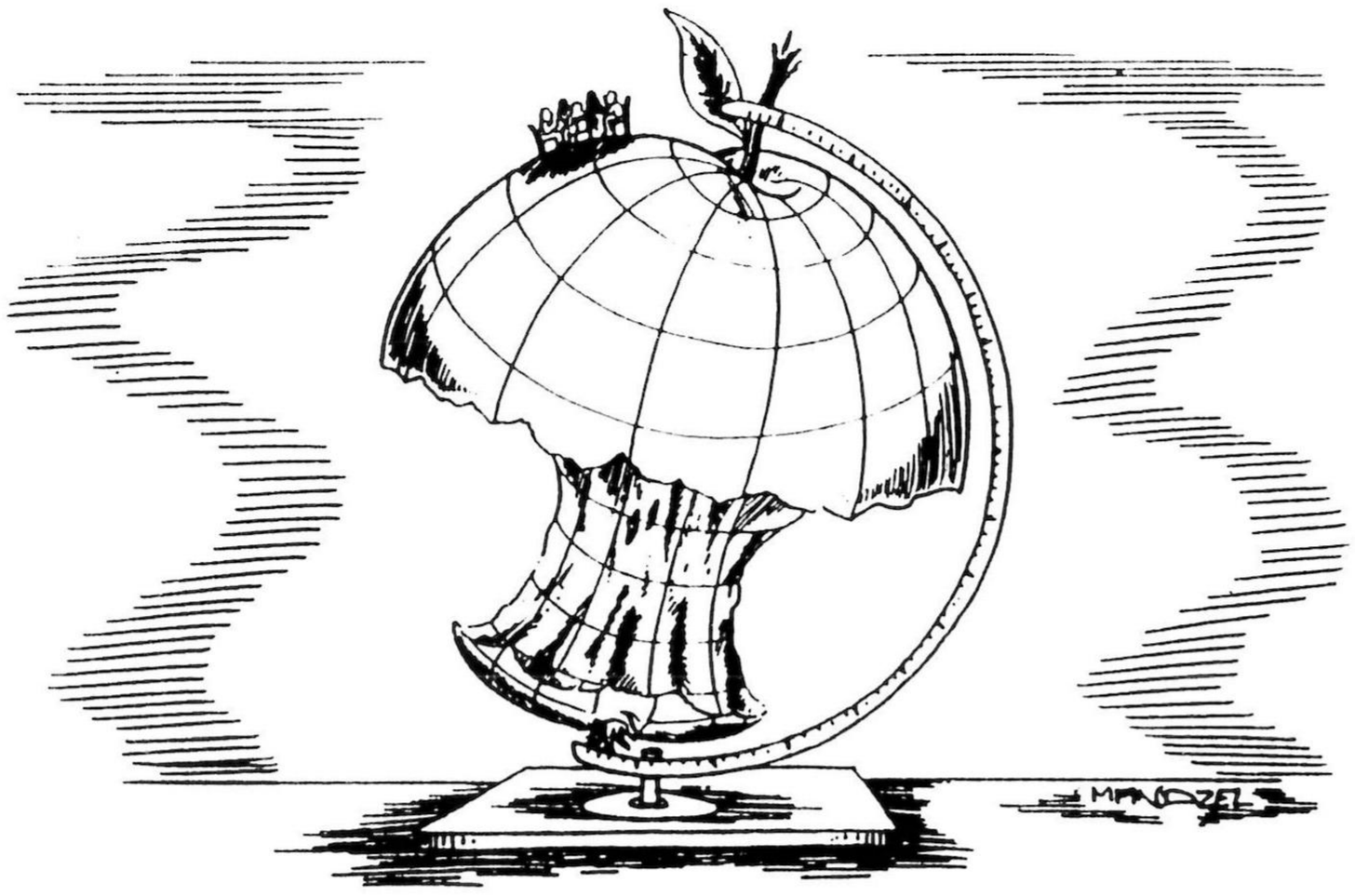
● *Der Mensch trägt eine besondere Verantwortung für den Schutz und die kluge Verwaltung des Erbes an freilebenden Tier- und Pflanzenwelt und deren Lebensraum, die jetzt durch ein Zusammenwirken negativer Faktoren ernstlich gefährdet sind.*

● *Der Abgabe giftiger oder sonstiger Stoffe und der Freisetzung von Wärme in Mengen oder Konzentrationen, die die Selbstreinigungskraft der Umwelt übersteigen, muß Einhalt geboten werden, damit den Ökosystemen kein schwerwiegender oder nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt wird.*

● *Für die Entwicklungsländer sind Preisstabilität und angemessene Einnahmen aus Grund- und Rohstoffen eine wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung der Umwelt, da sowohl wirtschaftliche Faktoren als auch ökologische Zusammenhänge berücksichtigt werden müssen.*

an den Bildschirmen der Heimatfront. Das Kriegsende und die amerikanische Niederlage verzuckerte sich dieser unvergeßliche FA-Zianer später mit sentimentalen Zeilen für Saigons Huren. Reimte Weinstein Brust auf Lust, um an den politischen Realitäten vorbeizukommen, so labte man sich bei Springers einstweilen am Reim Schutz auf Schmutz: Für die „Welt" (8.6.72) war alles so durchsichtig wie jüngst die Seelen- und Motivlage der Friedensdemonstranten bei Frau Trend und Herrn Wend unter den deutschen Intellektuellen: „Die Amerika-Hasser sagen Umweltschutz und werfen Schmutz".

Tagelang diskutierten die Diplomaten in Stockholm darüber, wie man — nach den Wünschen Frankreichs und Chinas — vermeiden konnte, das Problem der oberirdischen Atomversuche in der Schlußdeklaration zu erwähnen. Man fand einen Formelkompromiß, der allen alles versprach. Überhaupt bewegte man sich im Prinzip auf der Höhe der Zeit und wußte, wenn nicht alles, so doch vieles: „In der Tat wird jedes neugeborene Kind in den Vereinigten Staaten das Dreißigfache von dem konsumieren, was ein neugeborenes Kind in den Entwicklungsländern im Laufe seines Lebens konsumieren wird. Die gleiche Relation stimmt auch für die Menge der Abfälle, die anfallen" (Neue



Gesellschaft 19, 1972, S. 627). Was aus solchen Einsichten in den letzten 20 Jahren geworden ist, steht auf einem anderen Blatt: die Relationen haben sich verschärft und geschehen ist (fast) nichts. Sicher ist nur, daß heute um „Rio" publizistisch mehr hergemacht wird als 1972 über „Stockholm". „Der Spiegel", allemal ein Spiegel der medialen Trends, hatte 1972 noch ganz andere Sorgen als die Umwelt: Baader/Meinhof, den Staatsbankrott, die Qualität der Ärzte — so die Titelgeschichten zwischen dem 5.6. und dem 19.6.72. Die FAZ verkündete der Gemeinde, wie sich auf der nördlichen Halbkugel noch ganz gut weiterproduzieren und weiterleben läßt, während dem Rest der Welt der Hungermarsch geblasen wird: „Diese eine Erde darf wieder hoffen. Ihre Krankheit ist diagnostiziert. Nur mit der Therapie klappt es noch nicht so recht" (8.6.72). Genau eine Woche später resümierte der gleiche Autor den Konferenzabschluß bündig mit einer sublimen Todesanzeige für ein paar Millionen Menschen: „Die heute in Stockholm zu Ende gehende Umweltkonferenz hat das ihr von der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesetzte Ziel erreicht. Die Fachausschüsse haben die von der Konferenz geforderten Richtlinien, das sogenannte Aktionsprogramm, für den Umweltschutz ausgearbeitet. Ob diesem Programm schließlich noch eine Deklaration über das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und das Gebot zu gegenseitiger Rücksichtnahme beim Umgang mit schädlichen Stoffen beigefügt wird, ist mehr oder weniger belanglos... Die Industrieländer, insbesondere die Vereinigten Staaten haben sich ständig gewehrt, aufs neue zur Kasse gebeten zu werden. Für die Entwicklungshilfe gibt es besondere Programme; zusätzliche Mittel können nicht durch die Hintertür des Umweltschutzes gefordert werden. Es war von vornherein abzusehen, daß diese Konferenz den als Umweltschutz getarnten Komplex Entwicklungshilfe nicht zu bewältigen vermochte" (FAZ, 15.6.72). Der Satz kann ohne Zusatz in die Bilanz von Rio übernommen werden. Ob Hintertür oder Vordertür ist auch egal, denn geschlossen wurden beide. Im nüchternen Staccato des Weltökonomen: „Viel Streit, wenig Einsicht, kein Durchbruch. Aus Rio kommt die Rettung nicht" (H. Schmidt, Die Zeit, 12.6.1992).

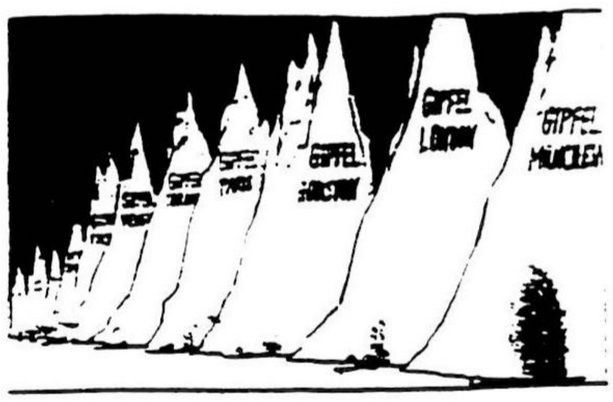
Hilfreich und „echt" auf dem Niveau der Probleme erwies sich die deutsche veröffentlichte Meinung mit ihrem wichtigsten Thema.

Deutsch-deutsche statt Umwelt

Da die DDR damals noch nicht in der UNO vertreten war, durfte sie nicht gleichberechtigt teilnehmen; daraufhin sagten fast alle Ostblock-Staaten ihre Teilnahme ab. In der bundesdeutschen Presse war die Genugtuung darüber groß, daß es einmal mehr und zum vorletzten Mal gelungen war, die DDR diplomatisch auszubremsen. Da mochte „die Menschheit gefährdet" (Süddt. Zeitung 18.3.72) sein, die querelles allemandes hatten natürlich Vorrang. Der Fairness halber muß zugestanden werden, daß sich auch viele Linke 1972 nicht gerade intensiv mit „Stockholm" auseinandersetzen mochten. Es ist nicht überliefert, daß auf dem Angela-Davis-Kongreß, der unmittelbar vor der UNO-Tagung in Frankfurt (3./4.6.72) stattfand, Umweltprobleme eine nennenswerte werte Beachtung gefunden hätten. Freilich sollte man deswegen nicht den Stab über „die" Linke brechen, deren Reflexionsstand insgesamt demjenigen der „bürgerlichen Presse", wie man damals sagte, allemal überlegen war. Einzelne sahen die Zeichen der Zeit bereits sehr genau, vielleicht am präzisesten der Marxkenner Alfred Schmidt, der — eben zum Professor ernannt — dem „Spiegel" (Nr. 24, 5.6.72) einen Satz zu Protokoll gab, den viele bis heute noch nicht begriffen haben: „Es geht nicht mehr um Naturbeherrschung, sondern um die Beherrschung von Naturbeherrschung" — und damit selbstverständlich auch um die demokratische Beherrschung der Agenten von Kapital und Naturbeherrschung. Antizipiert wurde das Problem der sog. „Risikogesellschaft" von Alfred Schmidt schon 1972. ■

BUKO-MATERIALIEN

BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN



Von Bonn bis München

Dokumentation

zum

Welt-
wirtschafts-
gipfel

* Abschlußerklärungen der Gipfel 1985-91

* Kritik in den Zeitungen 1985-91

* Kritik im Vorfeld des WWG 92

99 Seiten, 11.-DM +Porto

zu bestellen bei:
BUKO
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

ULRICH BRAND

Platter Politizismus

UNCED '92: Vom Ende der Geschichte

Die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung, die Anfang Juni im brasilianischen Rio de Janeiro stattfand, sollte wegweisende Zeichen setzen. Das ist mit großem Aufwand auch geschehen, denn mit den Ergebnissen der Vorbereitungen und der Konferenz selbst ist das Verhältnis von Ökologie, Entwicklung und deren gesellschaftliche Rahmenbedingung vorerst definiert. Doch diese Definition gibt wenig Anlaß für Optimismus.

Die Panzer, die zum Schutz der Staatschefs auffuhren und große Teile der Stadt lahmlegten, sind wieder abgezogen, Fidel Castro und George Bush sind nicht aufeinander losgegangen und die öffentliche Aufmerksamkeit wird sich bald aufregenderen Ereignissen zuwenden. Dennoch ist „Rio '92" ein Markstein und eine Bestandsaufnahme für ein Verständnis von sozioökonomischer Entwicklung und gesellschaftlichem Naturverhältnis, das sich nach Übereinstimmung aller zwar dringend ändern müßte, sich aber trotz allem großen Gerede nicht ändern wird. Die reichen Länder werden weiterhin Umweltschutz groß schreiben, aber eine sozial-ökologische Umgestaltung wird es genausowenig geben wie ein damit verbundenes neues Entwicklungsparadigma.

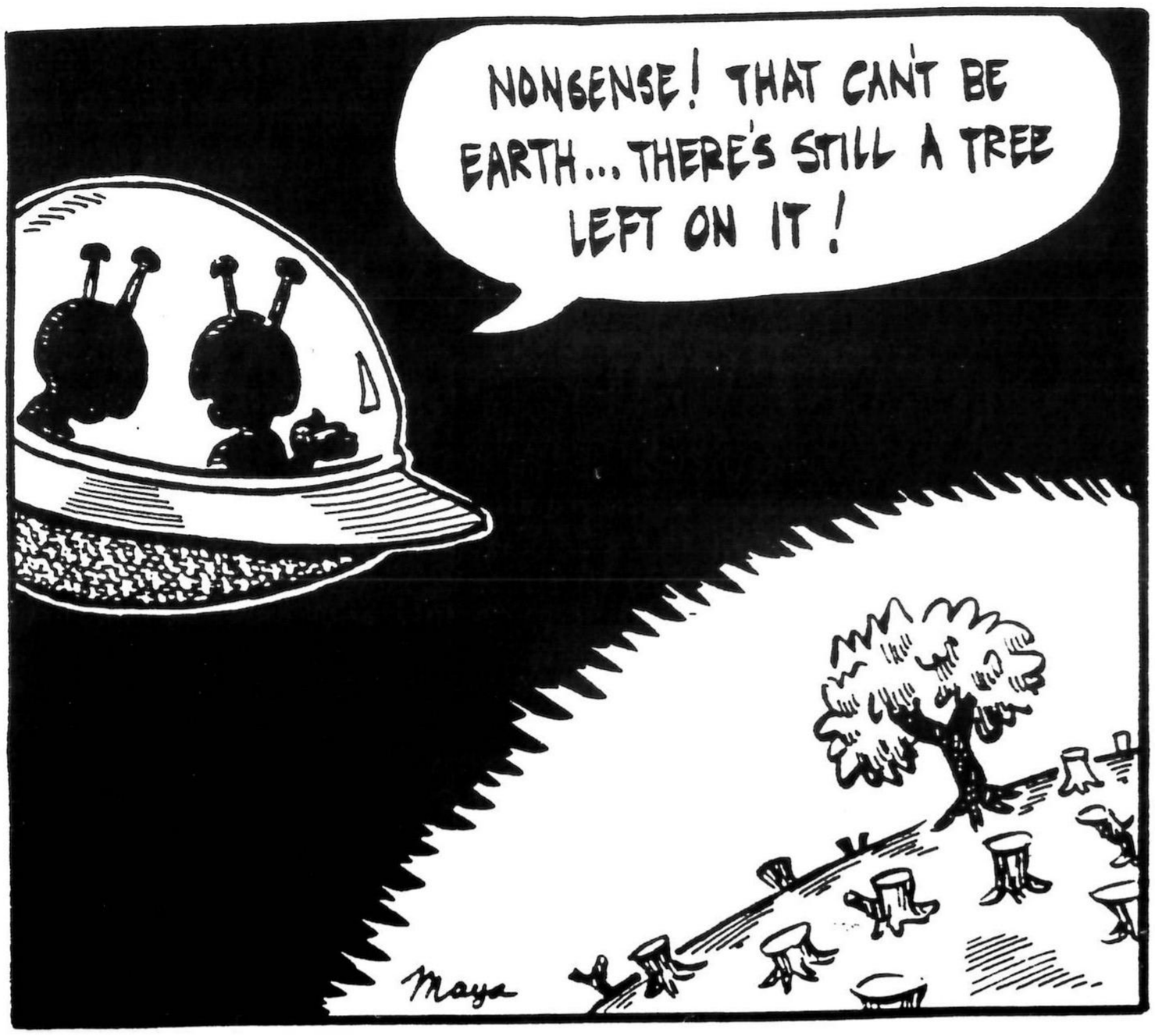
Was sind die wichtigsten formellen Ergebnisse des zweijährigen UNCED-Prozesses und was steckt dahinter?

Der Hauptdiskussionsgegenstand in Rio war die Agenda 21, die ein Aktionsprogramm zur Umsetzung der Erklärung von Rio darstellen soll. Der Fetischcharakter dieses unverbindlichen 800-Seiten-Dokuments, das hilft, die in größerem Rahmen beginnende Diskussion über Ökologie und Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu lenken, läßt sich an einigen Punkten aufzeigen.

So klammerte die UNCED von vorneherein schon in ihrem zweijährigen Vorbereitungsprozeß die Themen der externen Verschuldung, ungleiche Austauschbeziehungen (terms of trade), den Protektionismus des Nordens bei gegenteiliger Rhetorik, gepaart mit dem Druck auf den Süden sich mittels Liberalisierung strukturell anzupassen systematisch aus. Allein das reicht schon, um die Ergebnisse dieser historisch aufwendigsten Konferenz ausreichend zu bewerten. Noch nicht einmal das Konsum- und Produktionsniveau der reichen Industriegesellschaften wurde ernsthaft in Frage gestellt und als Ursache für globale Zerstörungsprozesse genannt.

Das oft zitierte Sprüchlein, die offizielle UNCED sei entscheidend für die Zukunft der Menschheit, ist unsinnig. Viele haben die Hoffnung, daß die weltweite Diskussion ökologischer (und entwicklungspolitischer) Problemlagen wenigstens zu einer starken Sensibilisierung führe. Dieses ist zumindest ambivalent. Sicher, durch die UNCED wurde trotz aller Verwässerungen der Abschlußdokumente auf den Zusammenhang von ökologischen und sozialen Lebensbedingungen hingewiesen. Es bestehen zweifellos mehr Chancen, den Ökologismus der reichen Industriegesellschaft in Frage zu stellen und auf den Zusammenhang von sozialen und natürlichen Lebensbedingungen hinzuweisen. Andererseits wird durch die vorherrschende Orientierung auf politische Eliten, als diejenigen, die die Krisen managen sollen verschleiert, daß sie nicht Teil der Lösung, sondern des Problems sind. Diese Elitenorientierung führt dann auch zu starren Nord-Süd-Argumentationen, die von internen gesellschaftlichen Verhältnissen und anderen Akteuren wie etwa den transnationalen Konzernen ablenken.

So begann die Konferenz mit der großspurigen Ankündigung der argentinischen Delegation, die schon am nächsten Tag zurückgenommen wurde, notfalls alleine und bis zum Schluß das „Recht auf Entwicklung" ungeachtet der ökologischen Konsequenzen einzufordern. Wenn man sich gleichzeitig in Argentinien ansieht, was die dortigen Eliten unter dem „Recht auf Entwicklung" verstehen, nämlich eine brutale Umverteilung von unten nach oben mit gewaltigen sozialen Marginalisierungsprozessen und die Unterwerfung unter ausländisches Kapital, dann muß der üblichen Nord-



Süd-Gefälle-Argumentation eine andere Komponente hinzugefügt werden.

Das gebannte Starren auf die Diskussionen der Politiker und ihrer Spiegelstrich-Technokraten untergräbt die Diskussion um den Einfluß anderer Akteure. Besonders deutlich wurde das an der Rolle der transnationalen Konzerne (TNKs). UN-Schätzungen zufolge verursachen TNKs etwa die Hälfte der Emmissionen, die für den sogenannten Treibhauseffekt verantwortlich sind. Weltweit werden über 50 Prozent der Erdölförderungen von diesen Machtzusammenballungen kontrolliert. Von den Einflüssen der TNKs auf Entwicklungs- und Verschuldungsprozesse ganz zu schweigen. Dennoch: Ein Tabu. Die scheinbare Abstraktion der um das Erbe der Menschheit und die heutigen Lebensbedingungen zutiefst besorgten Politiker und ihren Unterhändlern von den realen globalen und nationalen Machtverhältnissen weitet sich zu einem Politizismus, der suggerieren soll, bei entsprechendem Willen wäre alles möglich.

Daß die TNKs gar nicht so abwesend sind, zeigt sich an der massiven Einflußnahme der Konzerne bei den Vorbereitungstreffen. Das Medium war insbesondere das 1990 gegründete Business Council for Sustainable Development (BCSD), in dem jede Menge internationale Top-Manager vertreten sind, darunter auch VW-Hahn und Henkel-Sihler. Das BSCD erreichte beispielsweise bei der letzten UNCED-Vorbereitungssitzung im März in New York mit Unterstützung der US- und anderer Regierungsdelegationen, daß alle möglichen Hinweise auf die Beschränkungen internationaler Konzernaktivitäten gestrichen wurden. Die Argumentation des BCSD ist simpel: Um eine allen gedeihliche Entwicklung weltweit zu erreichen, ist die Selbstregulierung von TNKs notwendig, die mittels Freihandel, offener Märkte und ,,technologischer Kooperation'' zudem noch das ökologische Desaster vermeiden. ,,Greenwash'' (Grünwäsche) nennt Greenpeace den Prozeß, der Profitorientierung und wirtschaftliche Ethik mittels einer riesigen weltweiten PR-Kampagne zusammenbringen soll. Man könnte es auch den Versuch einer weltweiten Gehirnwäsche nennen.

Das Thema Biodiversität war ein heißumstrittenes Thema, obwohl es gar nicht mehr um Inhalte ging, da die entsprechende Konvention bei der Vorbereitungskonferenz in Nairobi bereits ausgehandelt wurde und nur noch zur Unterschrift auslag. Ob der Name Bush darunter stehen würde, darum ging der Streit.

Hinter der Konvention verbirgt sich ein Konflikt, der sich insbesondere um die Biotechnologie zentriert. Die entstehenden biochemischen Konzerne ringen um das Recht auf alleinige Patenverwertung ,,ihrer'' biotechnologischen Forschungen und Entwicklungen. Dagegen soll der Zugang zu der ökonomisch wertvollen Artenvielfalt bzw. deren genetischen Ressourcen kostenlos sein. Da sich nun die technischen Verwertungsmöglichkeiten und der Großteil der Genbanken in den ökonomischen entwickelten Ländern befindet, die natürlichen biologisch-genetischen ,,Reserven'' aber eher in der Dritten Welt, geht es um beiderseitige Ressourcentransfers — einmal allerdings bezahlt und das andere Mal nicht.

Wie einseitig die ,,nördliche'' Argumentation ist, die insbesondere die US-Regierung vertrat, zeigt die Tatsache, daß wichtige verwertete Stoffe nur der jahrhundertelangen Erfahrungen indigener Völker zu verdanken sind. Ein Konferenzteilnehmer schätzte allein das Verkaufsvolumen der Produkte, die auf dem Wissen indigener Völker beruhen auf 40 Mrd. Dollar jährlich.

Die Biotechnologie, die auch schon das ,,Erdöl des 21. Jahrhunderts'' genannt wird, könnte außerdem auf Primärgüter exportierender Länder Einfluß nehmen, da sie agrarische Produktion (z.B. Kakao) industriell ersetzen kann. Auch hier gilt, daß die schönen Worte von der gemeinsamen Verantwortung unter den gegebenen Rahmenbedingungen wenig bewirken gegen vorherrschende massive Entwicklungen. Zumal weder Kontrollinstanzen noch Sanktionsmöglichkeiten gegenüber denen, die gegen die Konvention verstoßen, geschaffen werden.

Wie weiter nach der UNCED? — mußten sich die wortgewaltigen Verwalter und Polit-Manager natürlich fragen lassen. Institutions-building ist dafür fast immer die richtige Antwort und so wird eine ,,UN-Comission for Sustainable Development'' gegründet werden, die den Umsetzungsprozeß der Agenda 21 zu übrwachen hat. So schwer wird das auch nicht sein,da sie keinerlei bindende Wirkung hat.

▶ Gegengipfel ◀

Die UNCED war aber nur ein Teil von ,,RIO 92''. Das teilweise als Alternativgipfel bezeichnete *Global Forum* im Zentrum von Rio de Janeiro und damit über vierzig Kilometer vom Ort der offiziellen Konferenz entfernt, war deren Ergänzung und muß in zwei Teile geteilt werden. Einmal war es eine Öko-Messe mit entwicklungspolitischen Einsprengseln, auf der auch Weltbank, Unternehmen, spiritualistische Gruppen und andere Weichspüler vertreten waren. Innerhalb dieses Global Forum konstituierte sich das ,,Internationale Forum der Nicht-Regierungsorganisationen und sozialen Bewegungen'', was zu den positiven und hoffnungsvollen Ergebnissen der Mammut-Veranstaltung gehörte. Dort trafen sich Gruppen mit völlig unterschiedlichem Hintergrund, mit verschiedenen Vorbereitungsprozessen für die Konferenz und stark voneinander abweichenden Organisationsformen. Einige gründeten sich ad hoc zur UNCED, andere verfügten über stabile internationale Strukturen. Ein Teil legte den Schwerpunkt auf Lobby-Arbeit, um den Diskussionsprozess um die offiziellen Abschlußdokumente zu beeinflussen und zeigte sich insgesamt relativ regierungsfixiert. Einem anderen Teil ging es gar nicht mehr um das Regierungsspektakel, wo sich die Wichtigen der Welt trafen. Ein anderes Unterscheidungskriterium war, ob der Schwerpunkt auf ökologischen oder auf entwicklungspolitischen Fragen lag. Ein Teilnehmer umschrieb das Treffen der Nicht-Regierungsorganisationen (im Regierungsjargon NROs genannt) und sozialen Bewegungen als den schwierigen Prozeß, über Selbstorganisation handlungsfähig zu werden.

Interessant war dabei, daß die Konfliktlinien nur teilweise in Nord-Süd-Dimension verliefen. Beim von Frauen erstellten Treaty zu Bevölkerung etwa, gingen die Konflikte quer durch die Kontinente und Länder.

Die letzten Tage des Forums von VertreterInnen der NROs und sozialen Bewegungen waren der Diskussion des „nach Rio"-Prozesses gewidmet. Dabei wurde bald deutlich, daß zwar die Notwendigkeit internationaler Vernetzung erkannt wurde, aber niemand eine weltweite Superstruktur im Sinne einer zentralen Machtinstanz wollte. Es gehe vielmehr darum, die bestehenden Strukturen in ihrer Diversivität zu erhalten, zu stärken und dennoch zu verknüpfen.

Trotz des Problems der Repräsentativität (wer war in Rio vertreten?) oder Ängste einer Verselbständigung wurde einer Gruppe, in der unter anderem die VorbereiterInnen des Rio-Treffens sind, vorläufig mit der Aufgabe betraut, die Vernetzung der NROs und sozialen Bewegungen zu fördern und im Hinblick auf 1995 (50 Jahre UNO und deren Reform stehen dann an) ein weiteres weltweites Treffen ins Auge zu fassen. Dabei sollen jedoch regionale Wahlen bald für mehr Legitimität sorgen.

Die ganze Veranstaltung mit ihren verschiedenen Teilen hätte auch „Conference for Sustainable Development" (etwa: nachhaltige Entwicklung) heißen können. Das Praktische an dem Begriff ist, daß er wenig aussagt und deshalb von allen benutzt werden kann — von der Chemieindustrie über die Weltbank und unseren Regenwald-Kanzler bishin zur NROs und sozialen Bewegungen. Definiert wurde er 1987 im sog. Brundtland-Bericht als Versöhnung von Entwicklung und Ökologie heute und zukünftiger Generationen. Ökonomisches Wachstum ist demzufolge wieder ausdrücklich erwünscht und Technologie wird zum Schlüssel der Problemlösung. Der sozioökonomische Rahmen und das gesellschaftliche Naturverhältnis sind kaum mehr Thema. Der Begriff verdreht auch einen anderen Sachverhalt. Gemeint sind mit „sustainable development" natürlich die noch nicht entwickelten Länder, die endlich den Weg gewiesen bekommen. Die bereits ökonomisch entwikkelten Ländern werden scheinbar herausgenommen — was in der Agenda 21 auch so erfolgt. Der brasialianische Befreiungstheologe Leonardo Boff meinte dazu in einem Interview, daß es sich bei „sustainable development" um eine Kategorie der kapitalistischen Gesellschaften handle. Er schlage dagegen den Begriff der „sustainable society" vor.

Ein weiteres Beispiel von Definitionsmacht ist der Konferenztitel „ECO 92", der sehr häufig verwendet wurde. Damit wurde begrifflich begleitet, was real ja auch weitgehend versucht wurde: Die Dominanz der ökologischen über sozial-entwickungspolitische „Krise" und deren Bewältigung.

Diese Definitionen prägen auch die Diskussion über das Verhältnis von bestehender sozialer und ökologischer Zerstörung und anti-kapitalistischer Politik. Oftmals wird argumentiert, daß die Krise des Zivilisationsmodells ein Problem des „Industrialismus" sei, unabhängig von der gesellschaftlichen Form. Heraus kommt dabei so etwas wie „ökologischer Kapitalismus". Gleichzeitig wird die Verknüpfung von Ökologie und Entwicklung als conditio sine que non progressiver Politik hervorgehoben.

Trotz des ideologischen Nebels wird immer deutlicher, daß gleichberechtigte Lebenschancen weltweit nicht in einer kapitalistischen Gesellschaft erreichbar sind. Wenn dann aber anti-kapitalistische Politik Ausgangspunkt für ein neues Entwicklungs-Paradigma ist, auf der anderen Seite Ökologie und Entwicklung untrennbar sind, so entlarvt sich das Gerede vom ökologischen Kapitalismus oder ähnlichlautenden Begrifflichkeiten von selbst.

Insofern ist die offizielle UNCED mit ihren unverbindlichen Kompromissen als Teil einer recht systematischen „Grünwäsche" mit wohllautenden entwicklungspolitischen Absichtserklärungen zu verstehen. Die UNCED und ihre Legitimierungsfunktion könnte damit nach dem proklamierten ideologischen Ende der Geschichte ein Markstein auf dem Weg zu deren materialem Ende sein. Hoffnung macht einzig die produktive Arbeit vieler VertreterInnen von NGOs und sozialer Bewegungen, die der angestrebten Überwindung der Zivilisationskrise von oben etwas entgegensetzen wollen. ■

Wer Interesse an den NGO-Diskussionprozessen und -Vernetzungen hat, der sollte anfragen bei: Projektstelle UNCED, Barbara Unmüßig, Königswinterer Str. 665, 5300 Bonn 3.

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung
☐ 4 Wochen für 30,– DM
☐ 8 Wochen für 60,– DM
Auslandsporto (Europa) zzgl. 19,–/monatl.

Vorname, Name: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: _____

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.

PETER WAHL

Die Mühen der Selbstorganisation

Zur Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen

Wenigstens etwas Positives hat die UNCED '92 erreicht: die weltweite Mobilisierung von Nichtregierungsorganisationen, insbesondere aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung, aber auch aus der Frauenbewegung und der Friedensbewegung. Allein beim offiziellen Teil des Gipfels waren 761 Organisationen akkreditiert (davon 516 aus Industrie- und 230 aus Entwicklungsländern). Peter Wahl kritisiert in seinem Beitrag die Arbeitsweise und den Politikstil der NGOs (non-government-organisations) auf dem Gegengipfel.

Bereits im Dezember 1991 hatte es in Paris eine eigenständige globale Weltkonferenz von NGOs unter dem Titel „Wurzeln der Zukunft" gegeben, bei der versucht wurde, gemeinsame Positionen der NGOs für den UNCED-Prozeß zu formulieren. UNCED könnte sich so als Katalysator für den Versuch erweisen, internationale Zivilgesellschaft als Akteur der Weltpolitik zu konstituieren. Es ist unverkennbar: die UNO hat ihre Tore für die Vertreter der civil society weit geöffnet — von der kleinen Graswurzelgruppe bis zum etablierten Großverband. Damit wurden neue Möglichkeiten für die Einflußnahme auf internationale Entscheidungsprozesse eröffnet. Zweifellos hat das starke Engagement von NGOs für eine internationale Regierungskonferenz auch untergründige Motive, über die sich die wenigsten Rechenschaft ablegen. So dürfte sich z.B. so manche Organisation (vor allem aus dem Norden) von UNCED Impulse für die Überwindung der Mobilisierungs- und Identitätskrise erhofft haben, die seit einigen Jahren die Umweltbewegung heimsucht. UNCED als Sauerstoffzelt für die lahmende Bewegung! Auch die Offenheit auf Regierungsseite ist eine zweischneidige Angelegenheit. Während zwar so mancher UN-Bürokrat seine Schwierigkeiten hatte, wenn er in der Lobby am East-River plötzlich mit leibhaftigen Feministinnen, mit einem Indianerhäuptling aus dem Amazonas oder mit Aktivisten von Greenpeace konfrontiert wurde, gibt es bei aufgeklärten Regierungen (und — wie im Falle Bonns — zumindest bei Teilen weniger aufgeklärter Regierungen) ein handfestes Interesse an der Einbeziehung von NGOs. Norwegens Regierungschefin Brundtland zum Beispiel und manche ihrer Kollegen wissen durchaus um die Krise der Politik, um die Unfähigkeit der etablierten Institutionen mit den globalen Krisen fertig zu werden. Und da sind die NGOs ein willkommener Bündnispartner, von dem man sich einen Beitrag bei der Veränderung von Verhaltensweisen in der Bevölkerung, etwa beim Konsum, erhofft.

Das muß nun nicht heißen, daß die NGO-Gemeinde zur Frontorganisation von Regierungen werden. Aber daß hier ein offen zu diskutierendes Problem für eine autonome Politik sozialer Bewegungen liegt, ist offensichtlich. Die realen Eingriffsmöglichkeiten der NGOs auf die Entscheidungsprozesse bleiben dieses Mal, wie man an den offiziellen Konferenzergebnisse sehen kann, praktisch noch bei null. Bemerkenswert und genauer zu analysieren ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß ausgerechnet diejenigen, die am besten organisiert sind, über das meiste Geld und die ausgefeiltesten Lobby-Strategien verfügen, nämlich die US-NGOs, die geringsten Effekte erzielten.

Die Vorstellung, die George Bush in Rio gab, ist auch eine Niederlage der großen US-Verbände wie Sierra Club, National Wildlife Fund, etc., denen man durchaus Einfluß auf die heimischen Entscheidungsprozesse nachsagt. Allerdings war den meisten NGOs bereits vor Rio klar geworden, daß auf der offiziellen Konferenz nicht mehr viel zu holen war. Sie versuchten daher, die Tatsache, daß UNCED sie zusammengebracht hatte, zu nutzen, um inhaltliche Diskussionen voranzubringen und Möglichkeiten internationaler Kooperation auszuloten.

Das Ergebnis der Debatten zeigt auch, daß durchaus Bewegung in eingefahrene Positionen gekommen ist: klassische Umwelt- und Naturschutzverbände haben sich dem Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung geöffnet. Die soziale Frage — zumindest in ihrer internationalen Dimension — und die Rolle der Ökonomie haben unbestritten Eingang in die Programmatik gefunden. Und damit sind auch Machtstrukturen ins Blickfeld geraten. Ingesamt also eine Politisierung und in gewisser Weise auch eine Radikalisierung. Zum großen Teil ist dies der Präsenz und Argumentationsstärke von NGOs aus dem Süden zu verdanken, die (wie z.B. das Third World Network, Malaysia) im UNCED-Prozeß zu einer bemerkenswerten Meinungsführerschaft aufsteigen konnten. Am markantesten ist die Öffnung für neue Inhalte bei Greenpeace zu erkennen. Die Organisation hat den Nord-Süd-Konflikt entdeckt und sich mit Verve in die Auseinandersetzung gestürzt. Schon lange wurden nicht mehr so herzerfrischende Attacken gegen transnationale Konzerne und das big business geritten wie von den Robbenbaby-Schützern. Und die NGO-Gemeinde klatschte begeistert Beifall.

Allerdings wäre es verfrüht zu glauben, daß dies nun schon unbestrittener Konsens wäre. Wenn die UNO ihre Türen weit für alle NGOs geöffnet hat, dann heißt das eben auch, daß alle kommen, von der New-Age-Gruppe bis zum grünen Unternehmerverein. Die Heterogenität der politisch-inhaltlichen Positionen, die babylonische Vielfalt politischer Kulturen und historischer Erfahrungen, die Unterschiedlichkeit der politischen Zusammenhänge, aus denen NGOs jeweils kommen, werden einen programmatischen Konsens vorerst schwer möglich machen, obwohl einige wichtige Leitgedanken bereits mehrheitsfähig sein dürften, wie die Einsicht, daß die Hauptursachen für die globale Krise von Umwelt und Entwicklung im Norden zu suchen sind.

Eine große Rolle in der inhaltlichen Diskussion spielten die sogenannten *treaties* (Verträge). Der Begriff treaty ist etwas irreführend, denn im Grunde handelt es sich um Positionspapiere mit Aktionsvorschlägen. Zu über dreißig Themen wurden solche Papiere erarbeitet, wie ökonomische Alternativen, Handel, Verschuldung, nachhaltige Landwirtschaft, Energie, Militarismus, Rassismus, Technologietransfer, biologische Vielfalt, Ozeane, Fischerei, Verhaltenskodex für NGOs, Transnationale Konzerne u.a. Nur einige der treaties allerdings spiegeln den fortgeschrittenen Stand der internationalen Debatte wider und verdienen es, weiter diskutiert zu werden. Eine Schwäche der treaties ist es, daß sie unverbunden nebeneinander stehen und damit Fragmentierung und Ein-Punkt-Politik befördern. Was fehlt, ist ein gemeinsames Band — oder, wie einige fordern, eine gemeinsame Vision.

Ein zaghafter Versuch in diese Richtung wurde mit der „Erklärung von Rio de Janeiro" (vgl. auch den Beitrag von Thomas Fatheuer in diesem Heft) versucht. Die Erklärung geht davon aus, daß „die Rettung des Planeten und seiner Völker ein neues Zivilisationsmodell erfordert, das auf einer Ethik der Begrenzung, der Vorsicht, des Respekts für Vielfalt sowie auf Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit gründet". Die nicht zuletzt durch UNCED für den mainstream hoffähig gemachte Rede von der nachhaltigen Entwicklung Brundtlandscher Lesart wird scharf kritisiert: „Wir weisen ein Konzept ‚nachhaltiger Entwicklung' zurück, das Entwicklung auf eine rein ökonomische Kategorie reduziert, auf neue Technologien beschränkt und den Märkten unterordnet. Ein solches Entwicklungsmodell bedeutet, die Reproduktion struktureller Armut und strukturellen Reichtums zu verewigen, wie sie aus dem herrschenden Modell der Zivilisation resultiert." Freilich ist das Projekt eines alternativen Zivilisationsmodells sehr vage und eine Diskussion dazu findet bisher kaum statt.

Ein nicht minder schwerwiegendes Defizit ist die fast völlige Absenz einer Strategiediskussion. Es liegt zwar eine ganze Menge von Teilprogrammen mit vielen klugen Vorschlägen vor, *was* man alles tun muß, um Energie zu sparen, den Verkehr zu beruhigen, die Landwirtschaft ökologisch zu sanieren, der Dritten Welt die Schulden zu streichen usw. Aber *wie* man dahin kommt, dazu gibt es bisher keine Debatte. Es wird zum Beispiel nicht diskutiert, wie mit der Tatsache fertig zu werden ist, daß der Ökodiskurs vom oppositionellen zum mainstream Diskurs wurde. Es wird nicht thematisiert, wie das durchaus hohe Problembewußtsein bei der Bevölkerung und inzwischen auch bei vielen Politikern in politisches Handeln umzumünzen ist. Und es wird vor allem nicht diskutiert, ob es auch teilweise an den NGOs selbst liegen könnte, an ihren Arbeitsmethoden und ihrem Politikstil, daß sie mit ihrem Aktionsvorschlägen immer seltener aus dem Ghetto der Weltverbesserer herauskommen.

Mehr als business as usual?

UNCED hat gezeigt, daß der Versuch internationaler Selbstorganisation der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, Alternative und Gegengewicht zur herrschenden Politik zu sein, allenfalls in den Anfängen steckt, und Fortschritte nur langsam und mühselig zustande kommen werden. Eine selbstkritische Auswertung der Leistungen der NGOs wird daher unumgänglich sein, wenn Rio mehr als *business as usual* gewesen sein soll.

Selbstkritische Reflexion ist auch bei den deutschen NGOs bitter nötig. Zwar waren sie zahlreich eingeflogen, vom BUKO bis zum deutschen Frauenrat. Mit wenigen Ausnahmen standen sie dem UNCED-Prozeß jedoch konzeptionslos gegenüber. Vor allem die großen NGOs hatten offenbar nicht die Kraft gefunden, zu einer programmatischen und strategischen Neudefinition ihrer Arbeit zu kommen, die den neuen Herausforderungen gerecht geworden wäre. Die meisten der deutschen Gruppen waren weder in der offiziellen Konferenz noch im alternativen Prozeß politisch präsent.

Bleibt zu hoffen, daß wenigstens ein wenig schlechtes Gewissen entstanden ist, das im Nachgang zu Rio dazu führt, sich ernsthaft zusammenzusetzen und zu beratschlagen, wie man der verfahrenen Situation in Sachen Umwelt und Entwicklung in diesem Lande zu Leibe rücken kann. Zumindest auf europäischer Ebene wurde ein follow-up vereinbart. Im Herbst werden sich zu einem europäischen Regionaltreffen, die an der Thematik Umwelt und Entwicklung interessierten Gruppen und Organisationen, treffen, um zu diskutieren, wie die im UNCED-Prozeß entstandene Dynamik stabilisiert und vertieft werden kann. ■

Nähere Informationen über dieses Treffen bei WEED, Berliner Platz 1, 5300 Bonn, Tel.: 0228/ 69 64 79, Fax 69 64 70.

Anzeige

Mit Opium

... dealen wir nicht

Wir bieten stattdessen:

- das wohl umfassendste Sortiment kirchen-, religions- und autoritätskritischer Literatur
- Bücher aus unserem eigenen Verlag, der sich der kritischen Aufklärung verpflichtet fühlt
- die *MIZ* – ein politisches Journal nicht nur für Konfessionslose und Atheisten

Vertriebskatalog und/oder Probeheft anfordern bei:

IBDK Verlag + Vertrieb GmbH
Postfach 167
W-8750 Aschaffenburg 1

THOMAS FATHEUER

Der Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung?

UNCED '92: NGOs und soziale Bewegungen in Brasilien

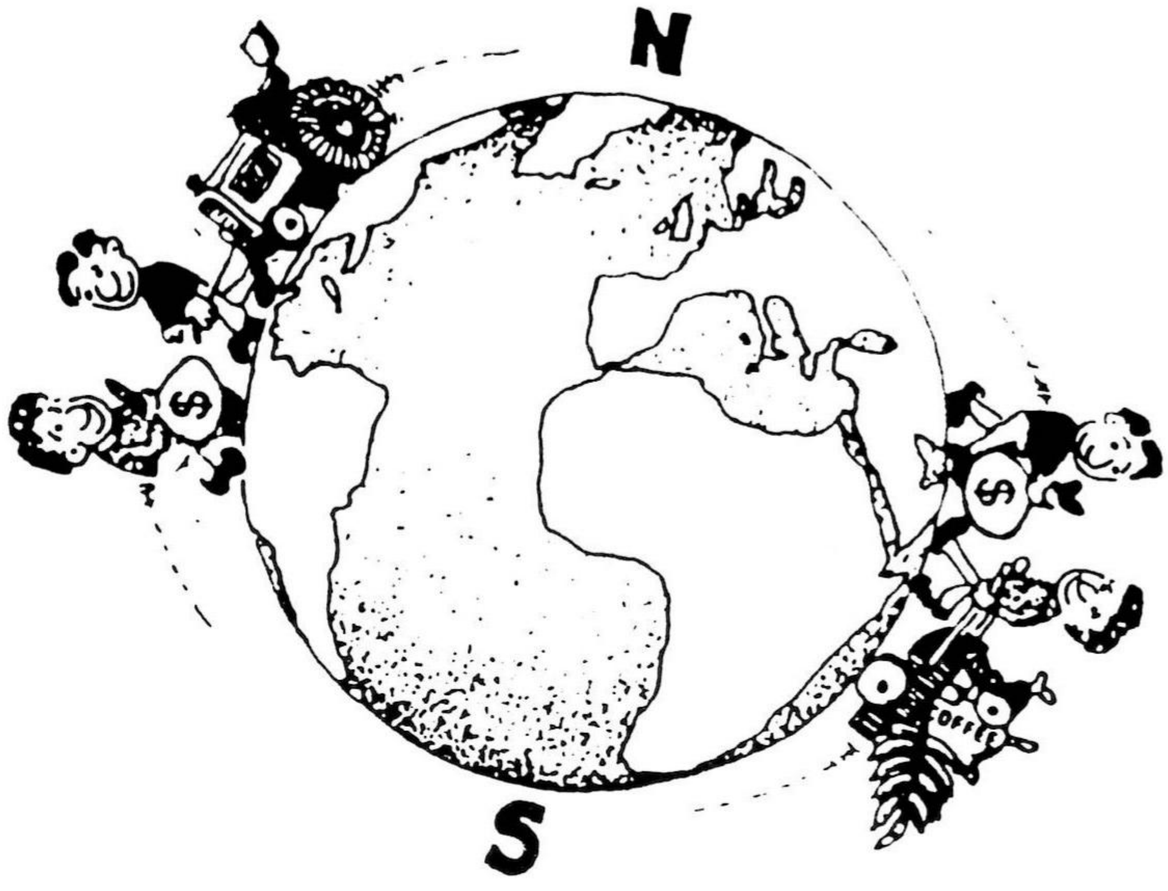
Thomas Fatheuer berichtet aus Rio über NGOs und soziale Bewegungen in Brasilien, die sich aus Anlaß der UNCED-Konferenz aus unterschiedlichsten Bereichen (Frauen, Umwelt, Kirche etc.) zusammengefunden und gemeinsame Perspektiven entwickelt haben. Über die künftige Handlungs-, Interventions- und Überlebensfähigkeit dieses bunten Spektrums in Brasilien, gibt dieser Beitrag eine erste Auskunft.

In Brasilien hat sich in den letzten Jahre eine fast unübersichtliche Szene von Gruppen, Vereinigungen und Bewegungen herausgebildet, die jetzt unter den Sammelbegriffen soziale Bewegungen und (neuerdings) NGOs zusammengefaßt werden. Der Diktatur immer weitere Freiräume abringend, formierte sich:

- die neuen Gewerkschaften
- die Bewohnervereinigungen
- die Bewegungen der Landlosen
- die Vereinigungen der indianischen Völker
- die Umweltbewegung
- die Frauenbewegung und
- zwei wichtige Bewegungen, die etwas aus diesen Zuordnungen herausfallen: Der nationale Zusammenschluß der von Staudammprojekten Betroffenen (CRAB), die wohl größte populäre sozial-ökologische Bewegung Brasiliens und der Nationale Rat der Kautschukzapfer (CNS), eine Bewegung, die für die Erhaltung der traditionellen Wirtschaftsformen in Amazonien kämpft und durch den Mord an Chino Mendez weltweit Aufmerksamkeit erlangte. Neben diesen zahlreichen sozialen Bewegungen haben sich Unterstützungsorganisationen herausgebildet, die nun heute allgemein als NGOs bezeichnet werden. Es gibt zahlreiche kleine Zentren, die lokale Gewerkschaften im ländlichen Bereich oder Einwohnervereinigungen unterstützen. Drei große nationale NGOs ragen in dieser Szene hervor: Das ökumenische Informationszentrum CEDI, das zu vielen sozialen Fragen und insbesondere zur Situation der indigenen Völker Dokumentations- und Publikationsarbeit macht, das Institut für soziale Studien IBASE und die FASE, die Unterstützungsarbeit für Kleinbauern, Gewerkschaften und Einwohnervereinigungen leistet. Den internationalen Sprachregelungen folgend, bezeichnen sich auch die meisten Umwelt- und viele Frauengruppen als NGOs.

Selbst in dieser summarischen Aufzählung ist unschwer zu erkennen, daß es sich hier um eine äußerst bunte, diversifizierte, ja wenn nicht widersprüchliche Welt handelt. Trotzdem lassen sich einige Charakteristika dieser Bewegungen und Gruppen feststellen, die zwar nicht für alle Gruppen im Einzelnen zutreffen, aber doch ihr Profil insgesamt bestimmen:

- Viele Gruppen sind im kirchlichen Umfeld entstanden. Dies ist daraus zu erklären, daß während der Militärdiktatur die Kirche der einzige halbwegs geschützte politische Raum war für eine Opposition. Zum Verständnis politischer Positionen der Gruppen ist entscheidend, daß sie sich in der Auseinandersetzung mit der Militärdiktatur formierten. Viele Gruppen (z.B. IBASE) wurden von zurückkehrenden Exilierten gegründet, andere bestanden zwar schon länger, erlebten aber ihre entscheidende politische Sozialisation während der Militärdiktatur.
- Die brasilianischen Gruppen, und das



unterscheidet sie deutlich beispielsweise von den asiatischen NGOs, sind in ihrer Geschichte primär auf Bewußtseinsarbeit orientiert. ,,Education popular'' und ,,empowerment'' der Armen und Marginalisierten lauten die entscheidenden Schlagworte. Gerade in letzter Zeit beginnen aber ökonomische Projekte an Bedeutung zuzunehmen. Die Landlosenbewegung und die Kautschukzapfer stehen vor der Herausforderung, für ihre ,,Klientel'' nicht nur politische Forderungen aufzustellen, sondern auch, etwa nach Besetzungen, ökonomischen Überlebensstrategien zu organisieren.

- Fast alle NGOs sind von finanzieller Hilfe ausländischer NGOs abhängig. In Deutschland ragen unter den Geldgebern die kirchlichen Organisationen hervor. Diese Abhängigkeit gilt auch für die Projektarbeit der Landlosen- und Kautschukzapferbewegung. Aber auch hier zeichnen sich neue Entwicklungen ab: Insbesondere Geld für Umweltvorhaben können zunehmend auch vom brasilianischen Staat eingefordert werden.
- Es gibt in Brasilien keine Mammut-NGOs, wieder im Unterschied zum asiatischen Raum. Die FASE, einer der größten, hat 300 Angestellte und reduziert und konzentriert zur Zeit ihre Arbeit eher, als daß sie sie ausbaut. Den Wachstumsprozessen stehen auch knapper werdende internationale Gelder entgegen.

Die sozialen Bewegungen, gewachsen im Kampf gegen die Militärdiktatur, sind in den letzten Jahren ohne Zweifel in eine Krise geraten. 1985 trat die erste zivile Regierung an und nach sieben Jahren sind die Hoffnungen auf soziale Verbesserungen radikal enttäuscht worden. Die Erfüllung zentraler Forderungen, wie der nach Agrarreform, sind weiter entrückt denn je, Enttäuschung, Desillusionierung und Ermüdung haben sich in vielen Gruppen breitgemacht. Seit zweieinhalb Jahren befindet sich das Land aufgrund der neoliberalen Sanierungspolitik des 1990 ins Amt gewählten Präsidenten Collor in einer Wirtschaftskrise — aber ohne entscheidende Stabilisierungserfolge: Im Mai 1992 lag die monatliche Inflationsrate bei 23 Prozent, die Löhne erreichten historische Tiefpunkte bei wachsender Arbeitslosigkeit. Dieser desaströsen Entwicklung haben weder Gewerkschaften noch andere Gruppen in letzter Zeit entscheidenden Widerstand entgegensetzen können.

Das brasilianische Forum: 1500 Gruppen vereint

Trotz dieser Krisentendenzen hat in den letzten beiden Jahren eine neue Dynamik die brasilianischen Gruppen ergriffen. Auslöser war zweifelsohne, daß die UN-Konferenz über Umwelt- und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro angesetzt wurde. Diese Tatsache hat zu einer weit größeren Mobilisierung geführt als etwa in Deutschland. Juni 1990 wurde auf Initiative einiger Umweltgruppen (OIKOS, SOS Mata Atlântica) und des CEDI das ,,Brasilianische Forum der NGOs und Soziale Bewegungen'' ins Leben gerufen. Bis Juni 1992 hatten sich 1500 Gruppen dem Forum angeschlossen. Hier ist fast alles vereint, was in der brasilianischen Bewegung vorhanden ist. Die große Zahl der Gruppen kommt zweifelsohne durch die Vielzahl der kleinen Umweltgruppen und Initiativen zustande, aber auch die großen NGOs, der Gewerkschaftsdachverband CUT, wichtige Einwohnervereinigungen, indianische Organisationen, die Kautschukzapfer und Frauengruppen schlossen sich dem Forum an.

Ist ein solch diffuses Spektrum handlungs-, interventions- und überlebensfähig? Die überraschende Antwort lautet: Ja. Aber natürlich nicht ohne Konflikte. Viele Umweltgrupen haben die neuen Bündnispartner zunächst durchaus mit Skepsis betrachtet. Sie sahen in ihnen vielfach Opportunisten, die auf den Ökologiezug aufspringen wollten oder Sozialisten, die ihre überkommenen Rezepte durch grüne Tünche modernisieren wollten. Die populäre Verkürzung der UNCED zu einer Umweltkonferenz und die Tatsache, daß vor allem Fragen wie Klima oder Waldvernichtung im Vorfeld der UNCED öffentlich diskutiert wurden, leisteten einer Haltung der Umweltgruppen Vorschub, die Konferenz als ,,ihre'' Angelegenheit zu sehen. Dieser Konflikt ist in der Anfangsphase des Forums öfter thematisiert worden, hat aber letztlich keine entscheidende Rolle gespielt und war in der weiteren Arbeit schließlich nicht mehr präsent. Denn grundlegende Einwände gegen die Verknüpfung von sozialen und ökologischen Fragestellungen haben die wenigsten im Forum vertretenen Gruppen. Angesichts der offensichtlichen sozialen Misere in Brasilien ist dies nicht weiter verwunderlich, zumal die konservativsten Gruppen im Forum nicht vertreten sind. In der Praxis waren es schließlich die größeren, etablierten Gruppen, die die Arbeit im Forum bestimmten. Das spiegelt sich insbesondere in der Zusammensetzung der fünfköpfigen Exekutive des Forums wider, in der die großen Gruppen eindeutig dominieren.

Zwei wichtige soziale Bewegungen konnten in die Arbeit des Forums nicht integriert werden: die Organisationen der indianischen Völker und die Landlosenbewegung. Für diese Gruppen war die eigene Positionsfindung so problematisch und schmerzlich, daß es äußerst schwierig gewesen wäre, noch in die Kommunikationsprozesse mit den anderen Gruppen zu investieren. Andererseits hat natürlich auch das Bemühen des Forums um Professionalität diffusere Positionen ausgeschlossen. Beide Gruppen konnten daher auch im Forum keinen Raum finden für eine produktive Aufhebung ihrer Schwierigkeiten und fühlten sich letztendlich erneut marginalisiert.

Auch die Arbeit der Frauengruppen war nur teilweise in das Forum integriert. Das lag aber vor allem daran, daß die Frauengruppen eine eigene große internationale Veranstaltung während der UNCED vorbereiteten, den *Planeta Femea*. Das hatte eine recht typische Konsequenz: Zwar steuerten die Frauengruppen ein Kapitel zum Bericht der brasilianischen NGOs bei, dieses bezog sich aber praktisch ausschließlich auf die Frage der Bevölkerungspolitik, die von vielen Frauen für ein zentrales Thema gerade der offiziellen Konferenz gehalten wurde. An diesem Punkt konnten die Frauen daher konzentriert in die Debatte gehen und einen wichtigen und nicht unbedingt selbstverständlichen Erfolg erzielen, waren dafür aber bei der Erarbeitung der anderen inhaltlichen Fragen innerhalb des Forums kaum präsent. So präsentiert der Bericht des Forums also ein ,,Frauenkapitel'', zeigt sich in den anderen Teilen aber wenig von feministischen Diskussionen berührt.

Umweltkartelle in sozialen Kontext gestellt

Die entscheidende inhaltliche Arbeit des Forums bestand darin, einen Bericht zu erstellen, der die Positionen der Gruppen zu den wichtigsten Fragen zusammenfaßt. Das zum Schluß ohne große Kontroversen verabschiedete über zweihundert Seiten umfassende Dokument zeigt, daß sich hier die Gruppen auf eine ganze Reihe gemeinsamer Positionen einigen konnten. Natürlich gab es im Laufe der Geschichte des Forums auch inhaltliche Kontroversen:

- Die Frage des Schuldentausches. Dabei geht es um Projekte, bei denen von internationalen Umweltorganisationen oder von Regierungen Schuldentitel gekauft werden und diese dann in Umweltinvestitionen umgewandelt werden. Diese Aktionen sind auch unter dem Namen ,,debt for nature swaps'' bekannt. Viele Umweltgruppen sind durchaus geneigt, dieses Instrumentarium anzuwenden, andere Organisationen kritisieren es frontal. Der Umfang der Schuldenverminderung sei minimal, es werde aber durch den Einsatz solcher Instrumente die Legitimität der Schulden anerkannt, lauten die Einwände.
- Die Frage der nationalen Souveränität, insbesondere bei der Diskussion über Amazonien: Ist die Bedrohung der nationalen Souveränität Brasiliens durch internationale Pläne zur Rettung Amazoniens ein Hirngespinst oder eine reale Gefahr. Läßt sich

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Juli/August-Ausgabe des *express*:

Langes Warten auf Demokratie — Zur Menschenrechtssituation auf den Philippinen ● Die Suche nach dem verträglichen Schiff ● Beitritt zur EG — Die SchweizerInnen bangen um ihre Privilegien ● MigrantInnen in Deutschland — das Schicksal der Vertragsarbeiter in der Ex-DDR und die Situation philippinischer Dienstmädchen im Rhein-Main-Gebiet ● Migration als Entwicklungshilfe? Der Entwicklungsbericht der UNDP ●Zwischen Engagement und Resignation: Betrieblicher Umweltschutz ● Buchbesprechung ● u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express'' zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

überhaupt die nationale Souveränität angesichts der globalen Gefahren uneingeschränkt aufrechterhalten?

● Die Frage der Bevölkerungspolitik: Ist das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt eine Gefahr für die Umwelt? Muß aus Umweltgründen die Geburtenkontrolle propagiert werden? Bei letzterer Frage hat sich aufgrund des Engagements der Frauengruppen eine eindeutige Position gegen Programme der Bevölkerungspolitik durchgesetzt. Die beiden anderen Punkte sind eher offengehalten worden.

Aber die hier skizzierten Schwierigkeiten und Kontroversen sind weniger überraschend als das erfolgreiche Überleben des Forums. Die unüberschaubare Artenvielfalt hat sich als dauerhaft erwiesen. Das Forum hat Gruppen an einen Tisch gebracht, die sich vorher kaum getroffen haben. Es hat die Ökologiedebatte in die Gewerkschaften getragen, es hat Umweltgruppen über gesamtpolitische Fragen diskutieren lassen, es hat die organisierten Sektoren der zivilen Gesellschaft in einer historisch einmaligen Weise zusammengeführt. Natürlich hat sich hier nicht *die* Bevölkerung beteiligt, sondern nur ein paar hundert Aktivisten. Aber für das diffuse Spektrum der Umweltgruppen und sozialen Bewegungen ist schon das ein großer Erfolg. Das brasilianische Forum hat die Umweltdebatte eindeutig vom Naturschutz gelöst und in einen sozialen Kontext gestellt. Gefordert werden nicht nur einzelne Reformen, sondern nichts weniger als ein neues Zivilisationsmodell.

Das brasilianische Forum hat sich in Hinblick auf die UNCED gebildet. Im Mittelpunkt stand dabei aber nie der Versuch, die offizielle Konferenz zu beeinflussen, sondern das Bestreben eine Parallelkonferenz zu organisieren. Das brasilianische Forum hat die Mitinitiative zur Gründung des ,,Forum Global'' und des ,,Internationalen Forums der NGOs und sozialen Bewegungen'' ergriffen. Beide dürfen nicht verwechselt werden. Das Forum Global ist lediglich eine Organisationsstruktur, es hat etwa wie eine Messegesellschaft funktioniert, ohne irgendwelchen inhaltlichen Anspruch. Deshalb war dann auch in dem vom Forum organisierten Raum alles vertreten, was sich rechtzeitig angemeldet hatte und die Gebühren für Stand und Veranstaltungsräume bezahlt hatte: Von der Weltbank über religiöse Sekten bis zu Greenpeace. Hingegen hatte das internationale Forum die Aufgabe, eine inhaltliche Konferenz zu organisieren, die Vorschläge und Ideen der NGOs und sozialen Bewegungen zu organisieren und weltweit zu bündeln.

Während dieser Prozeß in Deutschland eher mit Skepsis und Desinteresse betrachtet wurde und wird, ziehen die brasilianischen Gruppen auch nach der UNCED eine eindeutig positive Bilanz: Durch die UNCED haben die NGOs weltweit Sichtbarkeit und Relevanz gewonnen, was gerade der hinsichtlich der ja nicht zu lange zurückliegenden Erfahrungen mit Militärdiktaturen in Lateinamerika hoch bewertet wird. Und innerhalb der NGOs hat sich, insbesondere durch den Einsatz der brasilianischen und anderen lateinamerikanischen NGOs, ebenfalls ein progressiver Konsens durchgesetzt. Das war keineswegs selbstverständlich angesichts der massiven Präsenz US-amerikanischer Umweltgruppen, die eher auf Lobbyarbeit konzentriert sind und asiatischer Gruppen, die ökonomische Projekte (,,alternative Weltbank'') favorisierten.

Auch in einem der umstrittensten Punkte der internationalen Diskussion, der Bevölkerungspolitik, setzten die im ,,Paneta Femea'' versammelten Frauengruppen ein eindeutiges Bekenntnis zu den reproduktiven Rechten der Frauen durch.

▶ ,,Erklärung von Rio'' ◀

Zum Abschluß des Internationalen Forums legte das brasilianische Forum eine ,,Erklärung von Rio'' vor, die den progressiven Konsens noch einmal zusammenfaßte und von den Anwesenden angenommen wurde: eine Kritik an herrschenden Zivilisationsmodell, an den bestehenden Regulationsmechanismen, den Multinationalen Konzernen und die Zurückweisung eines nur technisch verstandenden Modells ,,nachhaltiger Entwicklung'', das nur die Bedingungen struktureller Armut und strukturellen Reichtums verewigt. In einem der während des internationalen Forums unterzeichneten ,,Verträge'' zu alternativen Wirtschaftsmodellen findet sich eine eindeutige Zurückweisung neoliberaler Politik. Nicht zuletzt dank des Engagements der brasilianischen Gruppen sind die Umweltfragen in dem sozialen Kontext des Nord-Süd-Konfliktes gestellt worden und das herrschende Produktions- und Konsumtionsmodell des Nordens als der Hauptverantwortliche für Umweltkrise und Armut benannt worden.

Wird der Zusammenschluß der brasilianischen Gruppen seinen Anlaß, die UNCED, überleben? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Sie ist auch wohl nicht die entscheidende. Was zählt, ist der erreichte Konsens, nicht die Absicherung einer neuen, formalen Struktur. Wichtig ist, ob aus den formulierten Absichten und der Konsolidierung der Gruppen eine neue Praxis resultieren kann, die aus der eingangs skizzierten Krise herausführt. Der Fortschritt in den Kommunikations- und Artikulationsprozessen muß sich auch in gesellschaftlicher Mobilisierung über das eigene Spektrum hinaus niederschlagen. Denn ansonsten könnte sich ein perverser Prozeß entwickeln und ein schlimmer Verdacht bestätigen: die NGOs stärken und professionalisieren — mit Hilfe internationaler Gelder — ihre Strukturen und werden gleichzeitig immer ohnmächtiger, gesamtgesellschaftliche Prozesse zu beeinflussen. Aber die Hoffnung der brasilianischen Gruppen ist ja, daß die UNCED nur der Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung ist. ■

Thomas W. Fatheuer ist Mitarbeiter der FASE, Rio de Janeiro

SOVIETICUS

Rußland: Zerfall, Chaos, Stabilisierung — alles ist möglich

Die frühere Sowjetunion (FSU) oder, genauer, ihre Nachfolgeregionen befinden sich in einem tiefgreifenden, langanhaltenden Transformationsprozeß. Das alte, traditionelle Sowjetsystem zerfällt, wird abgebaut und tritt zurück, auch wenn es in vielem noch weiterwirkt. Die Hauptrichtungen des Systemwechsels sind klar: Übergang zur Marktregulierung, politische Pluralisierung und Eingliederung in internationale Strukturen und Regime. Unklar bleiben vielfach die relative Priorität dieser Zielmarken, die Reihenfolge ihrer Realisierung und vor allem ihre Durchsetzbarkeit.

Hauptkennzeichen des Systemwechsels sind heute eine erstaunliche Unruhe und Umtriebigkeit, nicht nur in den Metropolen. Die Unruhe wird aus der Unsicherheit über Gegenwart und Zukunft und aus dem Verlust der Vergangenheit gespeist. Zugleich ist eine bemerkenswerte Dynamik ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse zu erkennen. Dies ist kein Widerspruch zur anhaltenden Politikmüdigkeit. Die zahlreichen, sich oft im Tagesrhythmus vollziehenden Veränderungen, das Umwirbeln der Gesellschaft sowie die Form- und Funktionswechsel, wenn nicht das Verschwinden vieler gewachsener Strukturen sind Bedingung und Resultat konstruktiver und destruktiver Prozesse: (seltener) aktive Beteiligung am Wandel und engagierte Resistenz, häufiger Versuche, sich in den neuen Takten von Ökonomie und Zeit zu bewegen. Das Lager der Gleichgültigen ist gewiß noch groß. Aber sie werden zusehends und zwangsläufig in den Sog der sich beschleunigenden Zirkulation gezogen, während der Bereich der Produktion in einer Art Leerlauf verharrt.

Historisch handelt es sich um eine seltene Lage; es ist beinahe „alles" möglich, jedenfalls kaum etwas auszuschließen. Autoritarisierung, Faschisierung — Zerfall, Chaos — Stabilisierung — Durchbruch nach vorn — für alles läßt sich argumentieren, und die Wirkung und Plausibilität der Argumente verändern sich in Raum und Zeit, von Ort zu Ort und oft von Stunde zu Stunde. Dies erschwert die Orientierung. Mitunter und für viele erscheint sie ganz und gar unmöglich. Die ökonomischen Auffassungen und Programmpunkte der Regierung als Elemente der Strategie eines raschen Übergangs zur Marktregulierung sind: Kürzung der Staatsausgaben, vor allem in den Bereichen Rüstung, Verwaltung und Investitionen; Liberalisierung der Preise; harte Kreditbedingungen durch die Zentralbank; Absenkung des Inflationstempos; Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit; Privatisierung; und Konversion der Rüstungsindustrie. Auch die Schaffung einer hohen Kaufkraft wird angestrebt. Dies alles mußte in einer außerordentlichen ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Situation angegangen werden. Mit oder ohne Stabilisierungsprogramm hätten sich Krisenphänomene akkumuliert.

Was sind die wesentlichen ökonomischen und sozialen Entwicklungen 1992? Die wirtschaftliche Entwicklung verschlechtert sich seit 1990 erheblich. Im ersten Quartal 1991 ging die Industrieproduktion erneut um 13 Prozent zurück. Der Ausstoß verringerte sich in allen Bereichen und Regionen. Besonders schwierig war die Lage bei der Ölförderung — minus 13 Prozent (dagegen Kohle — minus 1,4 Prozent), in der Eisen- und Hüttenindustrie, im Maschinenbau und in der Nahrungsmittelindustrie. Ursache dafür ist einerseits die bisher nicht erfolgreich bearbeitete Ausgangskrise der 70er Jahre. Andererseits tragen die durch die Einleitung des Systemwechsels verursachten Re- und

Desorganisationen selbst dazu bei, daß die Erschütterungen immer spürbarer werden. Mit der Auflösung der Union verschlechterten sich die Funktionsbedingungen der meisten Betriebe weiter. Viele horizontale Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten zerreißen, abgeschlossene Lieferverträge werden nicht erfüllt.

Die Stabilisierung des Staatshaushalts ist bisher nicht gelungen. Die Ausgaben konnten, trotz einiger wichtiger Einschränkungen, nicht so weit wie vorgesehen reduziert werden. Der politische und soziale Druck, an zahlreichen Subventionen für Staatsbetriebe und für soziale Transferleistungen festzuhalten oder sie gar auszudehnen, war zu groß. Zugleich gelang es nicht, die Steuereinnahmen ausreichend anzuheben, genauer: die gesetzliche Abführung sicherzustellen. Auch die angestrebte Privatisierung kommt nur langsam voran. Die Regierung steht unter starkem Druck zahlreicher Interessenten, die Einfluß auf die Konzeption der Entstaatlichung zu nehmen suchen.

Für eine schwer bestimmbare Zahl ist die Arbeitslosigkeit schon Realität — wahrscheinlich etwa für zwei bis drei Prozent der Beschäftigten. Vorausschätzungen von Spezialisten der russischen Regierung gehen davon aus, daß bis zum Jahresende 2,2 Millionen Menschen Arbeitslosenunterstützung bekommen und daß weitere 1,6 Millionen auf Staatskosten umgeschult werden — zusammengenommen ergäbe das eine Arbeitslosenrate von fünf Prozent. Die Internationale Arbeitsorganisation in Genf geht von zehn bis elf Millionen Arbeitslosen bis Ende des Jahres aus — das wären beinahe 15 Prozent. Vor allem Beschäftigte in der Staats-, insbesondere in der Rüstungsindustrie und in Forschungseinrichtungen werden entlassen, weil der Umfang der verbindlichen Staatsaufträge für Rüstung wegen der Haushaltskrise zurückgeht.

▶ Kritik an Jelzin ◀

Angesichts dieser Zwischenergebnisse, aber auch grundsätzlich, wäre es erstaunlich, wenn Politik im Zenit von Systemwechseln nicht Gegenreaktionen und harte Widerstände auslösen würde. Folgende politische Kritikvarianten sind zu identifizieren: Patrioten und Kommunisten kritisieren vor allem die ,,Aufgabe" der Union, das Verbot der KPdSU-Aktivitäten im August 1991 und Tendenzen in der Umgebung des Präsidenten, den Kongreß der Volksdeputierten abzuschaffen und die Kompetenzen des Obersten Sowjets zu beschneiden. Auch wird der russischen Führung mangelnde Unterstützung russischer Minderheiten im ,,nahen Ausland" und der Nichteinsatz russischer (oder GUS-)Truppen in heißen Konflikten in anderen FSU-Staaten und Regionen vorgeworfen. Radikaldemokraten bemängeln Tendenzen zur Stärkung des Präsidialregimes — und folgerichtig auch Versuche, das Parlament zurückzustufen. Auch die in ihren Augen zu starke Repräsentanz von Angehörigen der früheren Nomenklatura in der Nähe des Präsidenten wird angegriffen.

Ökonomische Kritiken lassen sich in vier Motiv-Gruppen unterteilen: prinzipielle Marktgegner, z.B. in der mit Steuerungs- und Ausgleichsaufgaben befaßten Staatsbürokratie auf allen Ebenen, in den Handelsorganisationen, in den Apparaten der KPdSU usw., die ihre aus den Funktionsbedingungen der traditionellen Sowjetherrschaft resultierenden Positionsvorteile zu wahren suchen. Patrioten und Kommunisten kritisieren hier die Verarmung der Bevölkerung, die ansteigende Arbeitslosigkeit (,,lawinenartig"), die Öffnung Rußlands zum Weltmarkt (,,Ausverkauf") und die Verzahnung der Binnenreformen mit ausländischen Hilfszusagen (,,Diktat"). Der Übergang zur Marktregulierung wird entweder prinzipiell oder als übereilt und unvorbereitet abgelehnt. Insbesondere eine Privatisierung des Bodens wird verworfen.

Der Widerstand gegen die ,,Kapitalisierung" erfolgt teils aus echtem Zorn und durch biografische Prägungen gespeist, teils ist er taktisch motiviert, da man sich von diesen Themen am ehesten Resonanz in den von Abstiegs- und Versagungsängsten bzw. -erfahrungen betroffenen gesellschaftlichen Gruppen erhofft. Die zugleich größte und am wenigsten organisierte Gruppe ist die der absehbaren Reformverlierer, d.h. von Menschen, die mit Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, sozialer Ausgrenzung und dergleichen zu rechnen haben. Da es bisher weder starke Gewerkschaften noch politische Gruppen oder Parteien gibt, die den Unmut und die Sorgen dieser Schichten wirksam und glaubwürdig artikulieren könnten, sind die Stimmen dieser gesellschaftlichen Schichten bislang nur schwach zu hören.

Neben den Argumenten einer unnötigen Radikalität und Übereile des Reformprogramms und einer Vernachlässigung der sozialen Interessen der Mehrzahl der Bevölkerung wird von Reformgegnern und -skeptikern häufig noch die ungenügende Berücksichtigung der Eigenart oder ,,Besonderheit" Rußlands (oder seiner Wirtschaft) angeführt, westliche Mechanismen würden Verhältnissen aufgezwungen, die dafür nicht reif seien.

Kritiker aus dem sich als demokratisch verstehenden Lager bemängelnd die Reihenfolge einzelner Reformschritte (vor allem die Preisfreigabe vor der Privatisierung und Entmonopolisierung) sowie Aspekte der Währungs- und Steuerpolitik. Auch das Tempo wird mitunter als zu rasch angegriffen. Einigen prinzipiellen Marktbefürwortern mißfielen entweder die Raum- oder die Zeitperspektive der vorgesehenen Reformen, d.h. sie hätten als Ort der Wirtschaftstransformation die Union (oder GUS) und als Tempo eine stärker gradualistische Strategie vorgezogen (so Grigorij Javlinskij).

Zwischen entschiedenen Gegnern und modifizierten Befürwortern sind die Interessen von Kräften angesiedelt, die ihre Belange von der russischen Führung nach dem Vergehen der Union und nach der Abschaffung oder Auflösung alter Strukturen (der Industrieministerien, der alten Gewerkschaften und des Bankmonopols) nicht oder nicht immer hinreichend gewahrt sehen: die Direktoren und Teile der Belegschaften der großen Staatsbetriebe in Industrie und Landwirtschaft. Diese Kräfte, für deren Interessenbündelung die Staatsbetriebe maßgeblich sind, die vor allem von dem Russischen Verband der Industriellen und Unternehmer und von der neuen ,,Allrussischen Union der Erneuerung" bestimmt und wollen (derzeit) nicht ins Lager der reaktionär-patriotischen Opposition überlaufen, andererseits die Regierung aber nur insoweit unterstützen, als diese bestimmte Bedingungen erfüllt.

Als solche Bedingungen wurden im Frühsommer formuliert: Fortsetzung von Subventionszahlungen für Staatsbetriebe, Steuererleichterungen, Aufweichung/Erleichte-

rung der Kreditvergabe, phasengesteuerte Preisfreigabe für Energieträger anstatt rasche Liberalisierung, Pflege oder auch Rekonstruktion gewohnter horizontaler wirtschaftlicher Kontakte im Rahmen der FSU. Dieser Katalog entspricht gegenwärtig sowohl der Interessenlage der Betriebsleitungen wie auch der Arbeiterschaft in den Firmen des noch immer überragenden Staatssektors.

Keine Reformen nach Lehrbuchmuster

Im Zusammenhang mit Vorbereitung, Verlauf und Nachwirkung des 6. Kongresses der Volksdeputierten im April ging die russische Führung denn auch auf den Kern dieser Forderungen ein. Der Druck auf den Präsidenten war immer stärker geworden. Die inhaltlichen ,,Korrekturen" des ursprünglichen Gajdar-Programms und die personellen Wechsel in der Regierung sind so Ausdruck eines sich langsam verschiebenden Kräfteverhältnisses zugunsten einer größeren ,,Pragmatisierung". Wie auf dem Volkskongreß angekündigt — oder erstritten — wurden einige neue wichtige Regierungsmitglieder aus dem Kreis erfahrener Praktiker ernannt. Ob dies schon die ,,Agonie" der Gajdar-Regierung anzeigt, wie manche befürchten, steht dahin.

Auch die Privatbanken, die personell wie von der Kapitalausstattung her von alten und neuen Eliten im Verbund getragen werden, gehören zu dem weitgehend entideologisierten Mittellager, das eine Interessen gegenüber dieser (wie jeder anderen) Regierung durchzusetzen sucht. Für ihre Aktivitäten werden ebenfalls klare Forderungen vorgetragen. So sollen durch eine einschlägige Gesetzgebung vor allem einheitliche Normen für Liquidität und Geldreserven für alle Banken vorgesehen werden. Zugleich soll der Staat den kommenziellen Banken angesichts der hohen Inflationsraten Überlebensmöglichkeiten garantieren. Alle staatlichen Außenhandelsorganisationen sollen außerdem privatisiert werden.

Diese Forderungen stehen zum Teil im klaren Gegensatz zu den Erwartungen der Staatsindustrie. Zugleich liegen sie näher am Ausgangsprogramm der Gajdar-Regierung und an den nachdrücklichen Erwartungen des IWF. Das Lavieren und Vermitteln zwischen diesen Positionen, die jeweils politisch von Gewicht sind, ist die wohl schwierigste politische Aufgabe der russischen Führung.

Neben den Interessen der Staatsindustrie und den ,,neuen Unternehmern" und Privatbanken gibt es noch eine weitere wichtige Gruppe, die auf die Regierung einzuwirken sucht. Es handelt sich dabei um die Verwaltungseliten auf allen Ebenen. Diese Staatsbürokratie sitzt häufig von allen Veränderungen unberührt noch auf ihren Posten — von Moskauer Behörden bis hinunter zu Bezirks- und Stadtverwaltungen. Die Haltung des bürokratischen, bei weitem nicht homogenen Teils dieses Blocks richtet sich im wesentlichen danach, wie die traditionelle ,,Verfügungsstellung" ihrer Angehörigen über Positionen und Ressourcen von dem laufenden wirtschaftlichen Systemwechsel berührt wird. Sie vor allem sind die Träger ökonomischer und politischer Distanzierung von Moskau, wenn sie ihre Einflußbasis gefährdet sehen.

Die Gajdar-Regierung stand also von Anfang an im Zentrum kritischer Aufmerksamkeit, die ihrem Programm und ihrem Vorgehen galt. Neben Erfolgen gab es auch unbestreitbare Schwächen. Doch ist nicht zu erkennen, welche prinzipielle Alternative diese oder eine andere Regierung gehabt hätte, die mehr tun wollte, als ein nach dem Zerfall der Union nun auch zerbröselndes Rußland zu verwalten. Die politische Lage der RF ließ Refomverfahren nach Lehrbuchmuster nicht zu.

Der 6. Kongreß der Volksdeputierten verlief für Jelzin und seine Regierung insofern zufriedenstellend, daß Präsident und Regierung zunächst weiterarbeiten konnten, der Verfassungsentwurf in der Variante der zuständigen Parlamentskommission als Grundlage angenommen und die GUS akzeptiert wurde. So lautete Jelzins Resümee des 6. Kongresses eher positiv: die konservative Revanche hat nicht stattgefunden. Der Refomkurs konnte bewahrt werden. Leider konnte keine lebensfähige Entscheidung über die Privatisierung des Bodens erreicht werden.

Proto-Parteien

Die Unübersichtlichkeit der Lage und die Geschwindigkeit von Entwicklungen erfordern Orientierungs- und Ordnungsversuche. Das gilt für die nachsowjetische Politik, die überall und ständig versucht, sich zu organisieren und Steuerungsmöglichkeiten (wieder) zu gewinnen. Präsidialregime mit autoritären Zügen unterschiedlicher Ausprägung sind ebenso die Folge wie flexible politische Netzwerke der Vertreter wichtiger Interessengruppen, die unter möglichst vielen Konstellationen Einfluß zu nehmen suchen.

Die vorhandenen Parteien haben eher den Charakter von Proto-Parteien. Sie zeichnen sich durch geringe programmatische Trennschärfe, durch einen hohen Ambitionismus des Führungspersonals und durch eine große Fluktuation von Positionen und von Personal aus. Vor dem Hintergrund im Kern schwacher Parteien und flüchtiger Bewegungen haben sich Koalitionen von Personen und Bündelungen von Interessen als wichtiger erwiesen. Die vielleicht ernsthafteste patriotische Organisation ist die maßgeblich vom russischen Abgeordneten Sergej Baburin geprägte ROS (Russische Volksunion). Wichtige Periodika sind die Wochenzeitung ,,Den" und die Tageszeitung Sovetskaja Rossija. Diese Kräfte trennt vieles. Was sie eint, sind eine tiefe Skepsis gegenüber einem ,,westlichen Modell, das Marktbeziehungen, Konkurrenz gegenüber Zusammenarbeit, Individualismus gegenüber Solidarität verabsolutiert."

Ein wichtiger Kristallisationspunkt für eine Bündelung zentristischer, d.h. gemäßigt marktfreundlicher und ordnungsbezogener Interessen könnte die im Mai gegründete neue ,,parlamentarische Partei" mit dem Namen ,,Allrussische Union der Erneuerung" werden. Sie steht für Marktwirtschaft und einen ,,starken Staat", der die sozialen und juristischen Rahmenbedingungen schaffen kann, in denen Industrielle, Farmer, Wissenschaftler und Ingenieure ,,prosperieren" können, zugleich aber auch für eine klare Ausrichtung auf die früheren sowjetischen Nachbarn der RF, weil die Staatsindustrie erheblich von den nun gefährdeten oder schon zerrissenen horizontalen Verbindungen in andere Republiken abhängt.

Vor dem Hintergrund der Flüchtigkeit der ,,Parteien", die ,,Oberflächenphänomene" bleiben solange es ihnen nicht gelingt, sich auf reale und wirksame gesellschaftliche Interessen zu beziehen, nimmt sich eine andere neue Erscheinung besonders interessant aus: Eliten-Netzwerke, die sich in Moskau, Kiew, Vilnius, Riga und anderen Städten herausbilden. Statt konkreter und bekannter Strukturen gibt es somit viel Fließendes, und es bilden sich ,,Netzwerke vernünftiger Leute" quer zu bestehenden Organisationen. Diese Netzwerke haben bislang den klaren und gewollten Status von Nicht-Parteien. Sie vereinigten Vertreter unterschiedlicher funktionaler und politischer Zusammenhänge. Sie sind nicht auf eine bestimmte Regierungs- oder Oppostionsrichtung festgelegt. Im westlichen Koordinatensystem, das allerdings nur mit großer Vorsicht anzuwenden ist, nähmen sie liberal-konservative Positionen ein. Zwei Themen sind es vor allem, die die Mitglieder einen: die Beförderung des Übergangs zur Marktregulierung und der Erhalt bzw. die Stärkung der Staatlichkeit. Dabei werden ein gewisser politischer Pluralismus und eine rudimentäre Sozialstaatlichkeit als gegeben bzw, wünschenswert vorausgesetzt.

Offensichtlich ist, daß es ein Konkurrenzverhalten auch zwischen den meisten der staatlichen Institutionen und Gruppierungen gibt. Die Tatsache, daß Jelzin absichtlich konkurrierende Apparate geschaffen hat, erklärt die Intensität von Konflikten zwischen Institutionen und Personen, die eigentlich alle der ersten demokratischen Führung Rußlands zuarbeiten sollten, tatsächlich aber in heftige Grabenkämpfe um Einfluß auf diese wichtigste aller Ressourcen, den Präsidenten, verstrickt sind. Der Streit um die Zugangsberechtigung zu Jelzin, und damit auch um seine Informationsquellen absorbiert einen guten Teil der Arbeitsintensität der daran beteiligten Personen und Gruppierungen.

Die Frage ist, um welche Ziele es bei diesen politischen Konkurenzen und Auseinandersetzungen sowie bei den zahlreichen Manövern an der wahrnehmbaren Oberfläche geht. Offensichtlich lassen sich die oben aufgeführten Parteien den hier genannten

Institutionen nicht eindeutig und einigermaßen dauerhaft zuordnen. Worum also gehen die Auseinandersetzungen im Kern?

Drei Motive spielen treibende Rollen: Eigentum, Staatlichkeit, und, aus beiden abgeleitet, Macht. Alle anderen Ziele und Begründungen lassen sich auf diese Kernpunkte zurückführen. Es läßt sich ein Koordinatensystem zur Einordnung der politischen Aktivitäten entwickeln, wobei die Kriterien ,,Beziehungen zum Eigentum'' und zum ,,Staat'' angesetzt werden. Dann ergibt sich eine Matrix von vier ,,potentiellen Vektoren'': Zentralisierung des Staates und Zentralisierung des Eigentums; Dezentralisierung von Staat und Eigentum; Zentralisierung des Staates und Dezentralisierung des Eigentums. Die theoretisch mögliche vierte Kombination ist widersprüchlich und von niemandem vertreten. Auf die Felder dieser Matrix lassen sich sämtlichen politische Gruppierungen und Parteien beziehen. Mit dem Untergang der UdSSR sind die Kriterien gültig geblieben, aber die Frage des Eigentums wird offiziell von kaum einer relevanten Kraft zugunsten einer staatlichen Verfügung beantwortet.

Ein weiterer archimedischer Punkt der Konflikte ist die Frage der Staatlichkeit (,,gosudarstvennost''). Dabei geht es weniger um die Frage der alten UdSSR als um die Art ihrer Abwicklung. Der Wert ,,gosudarstvennostt'' ist mit der Frage nach dem politischen Kurs in dem Sinne verbunden, daß sich an diesem Punkt entweder eine ,,westliche'' Linie oder aber eine ,,russische Idee'' festmachen lassen, entweder eine ,,atlantische'' Orientierung oder eine eurasische Perspektive. Letzteres wird von Patrioten aller Art als Chiffre dafür benutzt, die eigenen Kräfte zu nutzen, die russische Politik generell härter zu führen (bei der Abrüstung, in der Wirtschaft). Tatsächlich ist in den vergangenen Monaten eine Bewegung in diese Richtung zu beobachten.

Insgesamt sollte deutlich geworden sein, daß die Frage des Eigentums (für die Richtung und Geschwindigkeit des Übergangs zur Marktregulierung entscheidend sind) und die Frage der Staatlichkeit (als wichtige Rahmenbedingung und Schranke für ersteres) die wesentlichen Kriterien zur Einordnung und zum Verständnis postsowjetischer (keineswegs nur russischer) Politik sind.

Die Zukunft Rußlands ist ungewisser als die anderer FSU-Regionen und Staaten. Hier hängt außer den oben genannten Bedingungen viel davon ab, ob die FR erhalten bleibt, und ob sich eine nordwestlich-atlantische Orientierung politisch durchhalten läßt. Sollte das der Fall sein, könnte der Systemwechsel in 15-20 Jahren gelingen. Wenn Rußland in seine Regionen zerfällt, und/oder wenn Moskau und die Regionen sich stärker asiatisch-südlich definieren, sind Voraussagen kaum möglich. Doch heißt das nicht, daß ein solcher rußländischer Raum politisch und militärisch nach außen notwendig konfliktfreudiger und -fähiger wäre. Die Risiken in den Bereichen ökologische und technische Katastrophen, Rüstungsproliferation, wilde Grenzveränderungen, Ethnokonflikte und Migration wären allerdings erheblich.

Kurzfristig ist von Bedeutung, ob der russische Präsident physisch seine Amtszeit bis 1996 und politisch sein Programm vom Herbst 1991 ausreichend lange und in den Kernelementen durchhält. Dazu wäre eine politische Unterstützung neuer Qualität für den Hauptstrom seiner Politik erforderlich, was wenig wahrscheinlich ist. Der Druck der ins alte System verwobenen, und bisher Jelzins lokalen Interessengruppen, wird stärker, und der Widerstand prinzipieller Gegner eines westlich orientierten Wandels nimmt zu.

Wird das Gajdar-Programm korrigiert werden, aber im Kern politisch und sozial überleben können, sind die Aussichten auf einen erfolgreichen Wandel trotz dramatischer sozialer Härten wohl größer, als wenn die Reformen jetzt eingestellt würden. Früher oder später müßten sie unter schlechten Bedingungen und schon in einem anderen Raum doch wieder aufgenommen werden. Bei den gegebenen Voraussetzungen würden Wahlen zwischen konkurrierenden Parteien und Lagern jedoch zusätzlich destabilisieren. Ein gemäßigter, aufgeklärt-patriotischer präsidentieller Autoritarismus mit einer garantierten Pressefreiheit und mit einer funktionierenden unabhängigen Gerichtsbarkeit wäre selbst ein Übergangsphänomen, aber unter den gegebenen Bedingungen vielleicht das Besterreichbare.

Ausweg Autoritarismus?

Die entscheidende Rahmenbedingung und zugleich ein zentrales Ergebnis postsowjetischer Politik wird aber die Frage nach der *administrativ-territorialen Zukunft* Rußlands sein. Diese Grenzen sind bisher nicht zu bestimmen. Die GUS ist eine wichtige, aber instabile Form der Abwicklung der Sowjetunion. Der Zusammenhalt Rußlands ist klar gefährdet, auch wenn der weitere Zerfall noch nicht völlig unvermeidlich scheint.

Die ökonomische Desintegration würde die weitere Schwächung staatlicher Regulierung mit sich bringen und auch eine politische Desintegration zur Folge haben. Die separatistischen Tendenzen in den Regionen der RF gehen im wesentlichen nicht von unten aus, sondern die Entfernung vom Zentrum ,,trägt einen bürokratischen Nomenklatura-Charakter''. Die örtlichen Verwaltungen wollen ihre administrative Kontrolle über die vorhandenen Ressourcen sichern, und die von der Regierung zugestandenen Rechte und die Subventionen nutzen sie, um ihre politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen zu stärken.

Da die Verwendung dieser Mittel nicht kontrolliert wird, werden sie oft auch zur unmittelbaren Bereicherung der lokalen Eliten verwendet. Eine Fortsetzung dieser Tendenz zur Umverteilung der Macht an die örtlichen Verwaltungen und Eliten würde zum Zerfall des Landes in autonome, administrativ gesteuerte regionale Ökonomien führen, die untereinander und mit dem Ausland Tauschgeschäfte durchführen.

Es lassen sich nach ökonomischen Kriterien drei Typen von Gebieten unterscheiden, die je nach ihrer Ausstattung, unterschiedliche Separierungsstrategien verfolgen: — Gebiete, die auch in der gegenwärtigen Krise ihre Existenz selbständig sichern können, wenn auch bei eingeschränkter Konsumtion und bei verringerten interregionalen Austauschbeziehungen. Das sind im wesentlichen Gebiete mit einem starken Agrarsektor, der die Selbstversorgung tragen kann. Hier wird das alte Machtsystem bisher konserviert. Zugleich wird die Entwicklung der Kosakenschaften gefördert. — Industrialisierte Gebiete mit einem starken Defizit an Agrarprodukten. Diese Regionen müssen sich um attraktive, austauschfähige Produkte bemühen und sind i.d.R. innovativ und marktorientiert, zugleich aber anfällig für Arbeitslosigkeit und soziale Konflikte. Hier gibt es städtische Machtstrukturen, die Präsidialregimen nachgebildet sind. — Gebiete, mit einer dominanten Rohstoff-Förderindustrie und gering entwickelter Landwirtschaft. Diese Regionen sind auf Kontakte mit denjenigen der ersten beiden Kategorien angewiesen, wobei sie äußerst konkurrenzfähig Produkte anzubieten haben.

Die Bewahrung oder Wiederbelebung eines einheitlichen und geschlossenen Wirtschaftsraumes in Rußland ist somit zweifelhaft. Für Rußland ist damit der regionale Separatismus (der sich allerdings oft national zu maskieren sucht) viel wichtiger (und, aus der Perspektive der Regierung, gefährlicher) als der nationale. Beiden gemein ist das Problem der aus Eigentum oder der Verfügung über Ressourcen und Infrastrukur abgeleiteten Macht. Vielleicht ist die Überlegung des Nachdenkens wert, die RF als solche sei ohnehin kaum lebensfähig. Eine Zerlegung in fünf ooder sechs Zentren Rußlands sei sinnvoll: den Fernen Osten, Ost- und West-Sibirien, Ural, Moskau, St. Petersburg.

Die großen Transformationserschütterungen äußern sich also derzeit wesentlich als ,,Nationalismus'', das heißt als Abwehr- und Behauptungs(re-)aktionen sowie als nüchterne Interessenpolitik von unten und oben. Grundlage der Separatismen und scheinbaren Ethnokonflkte ist die Bündelung verschiedener Krisen: die Erschöpfungskrise der alten Strukturen seit den siebziger Jahren, deren Auflösung in den achtziger Jahren, die Schwierigkeiten des Übergangs zur Marktregulierung im allgemeinen und seiner forcierten Variante im besonderen Anfang der neunziger Jahre sowie die Orientierungs-, Werte und Deklassierungsängste vieler Menschen. Obwohl die große Transformation bisher relativ friedlich verläuft, muß das nicht so bleiben. Soziale Revolutionen in reiner oder in ethnisch verkleideter Form sind, wie angedeutet, möglich — und sie würden die Desintegration des Staates noch beschleunigen. ■

ALI BEHROKHI

Sind die Ayatollas überhaupt reformfähig?

Ali Behrokhi gibt einen Einblick in die gegenwärtige politische Diskussion im Iran sowie eine Einschätzung der letzten Parlamentswahlen. Im Mittelpunkt seines Artikels steht die Frage nach der Reformwillig- und -fähigkeit der islamischen Republik, die gerade in letzter Zeit innen- wie außenpolitisch stärker unter Druck gerät.

Ist das Regime der islamischen Republik reformierbar? Wie ernst sind die Flügelkämpfe und Intrigen unter der jetzigen Führung des Regimes zu nehmen? Wer sind die „Fundamentalisten", wer die „Gemäßigten" und worin unterscheiden sie sich? Sind seit dem Tode des Führers des Regimes A. Khomeini vor drei Jahren tatsächlich Reformbestrebungen im Iran im Gange? Wenn ja, wer profitiert davon? Und schließlich wie sind die letzten „Parlaments"-Wahlen des Regimes zu bewerten?

Solche oder ähnliche Fragen nehmen in der gegenwärtigen Diskussion über die politische Lage im Iran einen verhältnismäßig breiten Raum ein. Hierfür dürften wohl folgende Gründe ausschlaggebend sein.

Erstens: Die islamische Republik gerät in letzter Zeit sowohl innen- als auch außenpolitisch immer stärker unter Druck. Der Terror erweist sich als ein untaugliches Mittel. Die latent vorhandene Unzufriedenheit wächst. Die letzten Anhänger laufen dem Regime davon. Der Widerstand nimmt immer direktere und offenere Formen an. Seit Sommer 91 sind die iranischen Städte häufig Schauplatz von blutigen Protestaktionen und Straßenkämpfen. Außenpolitisch verlangen die Handelspartner und die politischen „Freunde" des Regimes, deren Einfluß im Iran ständig zunimmt, nach zuverlässigen rechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für ihre Geschäfte und Aktivitäten im Iran. Um im In- und Ausland beruhigend und moderat zu wirken, verspricht das Regime daher neuerdings „Reformen".

Zweitens: Die Massenmedien der Industrieländer übernehmen die Reformversprechungen des Teheraner Regimes, verbreiten und vermarkten sie ausgiebig.

Drittens: Die liberalen und reformfreudigen Teile der iranischen Opposition sind in erster Linie damit beschäftigt, jeden Schwindel der islamischen Republik als „Reformen" zu akzeptieren und sogar ihrerseits den Verantwortlichen des Regimes „Verbesserungsvorschläge" zu unterbreiten.

Um zu einer realitätsnahen Einschätzung der aktuellen Situation im Iran einerseits und der Gerüchte und Behauptungen darüber im Ausland andererseits zu gelangen, ist es notwendig, sich zumindest ansatzweise mit den jüngsten historischen Daten und Fakten auseinanderzusetzen.

Der Iran ist ein sogenanntes Öl-Land. Das Land gehört ökonomisch und strategisch zu den wichtigsten Ländern der nah- und mittelöstlichen Region. Es steht deshalb seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Mittelpunkt des imperialen Interesses der Großmächte — und leidet darunter. In den letzten 80 bis 90 Jahren wurde die politische Entwicklung Irans in ihren entscheidenden Phasen stets von außen direkt oder indirekt mitbeeinflußt und wenn nötig gewaltsam gestoppt.

Von Krone bis Turban — kein langer Weg

Als Ende der 70er Jahre Millionen iranischer Frauen und Männer die Straßen der meisten Groß- und Kleinstädte des Landes beherrschten und „Schah, tora mikoschim" (Schah, dich bringen wir um!) riefen, bot die iranische Gesellschaft folgendes Bild:

- Die hauptsächlich agrarisch strukturierte Gesellschaft besaß eine weitgehend zerstörte Landwirtschaft. Ein Land mit einer fast 70 % bäuerlichen Bevölkerung, das noch in den 50er Jahren Reis und andere landwirtschaftliche Güter exportierte, mußte Weizen, Fleisch, Eier, Butter... einführen.
- Die Reichtümer des Landes lagen in der Hand einer parasitären, vom Ausland abhängigen Clique, die Mehrheit der Bevölkerung lebte unter dem Existenzminimum.
- Dieser für die iranischen Völker unzumutbare Zustand wurde von einer bis zu den Zähnen bewaffneten Armee aufrechterhal-

ten. Sie wurde unterstützt von einer amerikanisch-israelisch ausgebildeten Geheimpolizei (SAVAK) und geleitet von über 20 000 amerikanischen „Beratern", die ständig im Lande lebten.

Die Rebellion der iranischen Volksmassen Ende der 70er Jahre richtete sich gegen eben diese Verhältnisse und war weder in ihrer soziologischen Formation noch in ihrer Forderung „islamisch"! Die breite Anti-Schah-Koalition, die auf den Straßen Irans und im offenen Kampf zustandegekommen war, kannte nur das eine Ziel: das Schah-Regime zu stürzen. Alles andere war nebensächlich, lag im Dunkeln.

Die iranische Arbeiterklasse und die Millionen entwurzelten Slum-BewohnerInnen stellten gemeinsam mit der revolutionären iranischen Intelligenz die eigentliche Kraft der Bewegung dar. Die sogenannten „Liberalen", die die wohlhabenden, politisch jedoch unzufriedenen städtischen Bevölkerungsteile repräsentierten, waren die schwankenden mehr auf Reformen als auf Revolution tendierenden Kräfte. Die schiitischen Geistlichen unterstützten zwar für einen gewissen Zeitraum die Forderungen der revolutionären Anti-Schah-Demonstrationen, bildeten jedoch als Vertreter der städtischen und ländlichen Mittelschichten und aufgrund ihrer tief in den religiösen Traditionen verwurzelten Weltanschauung den konservativen und äußerst rechten Flügel dieser Bewegung. Warum ausgerechnet die Geistlichen die Führung der Revolution usurpieren konnten, ist auf zwei grundsätzliche Faktoren zurückzuführen, wovon der eine in der iranischen Innenpolitik begründet ist und der andere durch die außenpolitischen Entscheidungen begünstigt wurde.

Die fast 30jährige Friedhofsruhe der Schah-Zeit bedeutete für das politische Leben Irans konkret, daß in diesem Land keine unabhängigen Parteien, keine freie Presse, keine Gewerkschaften und keinerlei Vereinigungen und Verbände existierten. Während die demokratischen und linken Kräfte ermordet wurden, in den Gefängnissen saßen oder in der Verbannung und im Exil leben mußten, konnten die schiitischen Priester (ca. 80 000 Mann stark) ungestört ihr traditionelles Treiben fortsetzen. Zwar bekamen hier und da religiöse Persönlichkeiten wegen der geäußerten Kritik Ärger mit dem Regime (Khomeini mußte deshalb mehrere Jahre im Exil verbringen), doch blieb die Masse des Klerus ungestört, verfügte über einen beachtlichen Einfluß in der Gesellschaft und bildete eine geschlossene Gruppe mit gut funktionierenden Verbindungen. Als im Iran der revolutionäre Sturm ausbrach, kannten die meisten Menschen außer den Moscheen keine andere soziale Einrichtung — weil es sonst keine gab. Zwangsläufig wurden die Moscheen zu wichtigsten Sammel- und Schützplätzen der demonstrierenden Gruppen — und dort spielten die Mullahs die erste Geige!

Erst in der letzten Phase der immer mächtiger werdenden Anti-Schah-Bewegung (Herbst 78, Winter 79) kamen die an Iran interessierten imperialistischen Länder zu der Einsicht, daß das Schah-Regime nicht mehr zu halten war. Auf der Insel Guadeloupe konnte der damalige US-Präsident Jimmy Carter gemeinsam mit den Regierungschefs Englands, Frankreichs und der BRD die Übereinkunft erzielen, Khomeini und seine Anhängerschaft nach dem Abgang des Schah-Regimes als „Prophylaxe" gegen die „kommunistische Gefahr" im Iran zu dulden. Man/frau bedenke, daß der Iran mit der damaligen „kommunistischen Sowjetunion eine gemeinsame Grenze von über 1000 km hat.

Man kann also sagen, daß das politische Vakuum im Iran und das Wohlwollen der Imperialisten den schiitischen Geistlichen den Weg zur Macht erheblich erleichterten. Zwar waren Khomeini und seine Anhänger keine direkt vom Ausland eingesetzten Marionetten, doch die politische Praxis der islamischen Republik in den kommenden Jahren sollte zeigen, daß sie in jeder Hinsicht reaktionärer und repressiver war als ihr Vorgänger-Regime.

Die islamische Republik begann von Anfang an — als noch die sogenannten „liberal-islamischen Kräfte" vom Schlage eines Bazargan und eines Bani Sadr an der Regierung beteiligt waren — im Geiste ihres Vorgängers zu handeln:

● Die nationalen Minderheiten Irans — Kurden, Turkmenen, Araber..., die am Sturz des Schah-Regimes aktiv beteiligt waren, verlangten lautstark ihr Recht. Bereits im Sommer 79 setzten die neuen Machthaber die hochgerüstete Schah-Armee gegen die „eigene" Bevölkerung ein. Nur wenige Monate nach der Machtübernahme begann im iranischen Kurdistan die Politik der verbrannten Erde, die sehr bald das ganze Land erfassen sollte.

● Die iranische Arbeiterbewegung, die im Laufe der Revolutionsmonate angefangen hatte, ihre eigenen Organisationen und Berufsverbände zu entwickeln, wurde blutig zerschlagen...

● Im Laufe des Jahres 79 wurden die iranischen Frauen „höchst offiziell" und per „Gesetz" zu halbwertigen Menschen erklärt. Die Rechtssprechung der islamischen Republik legt ausdrücklich fest, dß die Stimmen der Frauen vor Gericht halb so viel Wert sei wie die der Männer! Sie wurden in die „islamische Kleidung" gesteckt und an Haus und Herd zurückgeprügelt...

● Die iranischen StudentInnen und Intellektuellen, die die Demokratiebewegung fortführen wollten und die Universitäten vor den Übergriffen der Hezbollahi-Banden schützten, waren die nächsten Opfer. Im Frühjahr 80 wurden die gesamten Hochschulen Irans gewaltsam geschlossen. Tausende StudentInnen fanden dabei den Tod oder kamen in die Folterkammer. Bani Sadr führte bei den landesweiten Überfällen gegen die iranische Studentenbewegung das Oberkommando.

▶ Hölle im realen Leben ◀

● In ihren offiziellen Verlautbarungen — besonders bei den häufigen Todesurteilen! — verspricht die islamische Republik ihren Untergebenen und Opfern das Paradies für das Leben nach dem Tod. Die Hölle hat sie bereits im realen Leben errichtet: Steinigung der Frauen, Abhacken der Körperteile, Vergewaltigung der Gefangenen vor der Exekution, Meuchelmorde im In- und Ausland und die Hinrichtung abertausender iranischer Frauen und Männer legen davon ein Zeugnis ab. Die iranischen „Kindersoldaten", die im Iran-Irak-Krieg (1980-1988) als Minensucher mit einem Blechschlüssel um den Hals (für das Tor des Paradieses!) massenweise in den Tod geschickt wurden, oder die Verhaftung, Folterung und Erschießung unzähliger minderjähriger, „regimefeindlicher" Mädchen und Jungen erinnern an weitere ungeheuerliche Verbrechen der islamischen Republik. Der Massenterror ist keineswegs ein Relikt aus der Zeit des „Fanatikers" Khomeini. Unter dem „Pragmatiker" Rafsandschani wird mit derselben Intention gemordet, verfolgt und vergewaltigt.

Im Februar 92 äußerte die UNO-Menschenrechtskommission ihre Sorge über die Lage der Menschenrechte im Iran und berichtete, daß in dem Zeitraum von Januar bis Dezember 91 (also unter der Präsidentschaft Rafsandschanis) fast 1000 Menschen

im Iran hingerichtet worden sind.

Ende Mai 92 (einen Monat nach den „Wahlen", die die Position des „Reformflügels" weiter befestigten) berichtete die Presse, daß in Teheran 40 neue Polizeiwachen allein dafür aufgestellt worden seien, um „nicht genügend verschleierte" Frauen auf der Straße, in den Unternehmen, in den Geschäften und in den Behörden zu verhaften und Anfang Juni berichtete die Süddeutsche Zeitung, daß im Iran erneut mehrere Regime-Gegner hingerichtet worden sind.

In den letzten 13 Jahren hat die islamische Republik nichts anderes zustande gebracht, als die iranischen Ressourcen und Reichtümer unter ihren Spitzenfunktionären zu verteilen oder im Ausland zu verschleudern. Die eigentlichen Nutznießer dieser „Volkswirtschaftspolitik" sind in erster Linie die im Iran tätigen Konzerne der Industrieländer — und die deutschen Firmen haben hier die Nase ganz vorn:

Bereits im Geschäftsjahr 1982/83 sprach die deutsche Wirtschaft von den besten Geschäftsbeziehungen, die sie mit dem Iran je hatte. Das Geschäftsvolumen betrug ca. sieben Milliarden DM. Der achtjährige Iran-Irak-Krieg tobte und die deutsche Rüstungsindustrie verdiente astronomische Summen. Den Löwenanteil der „Geschäfte" der deutschen Firmen mit der islamischen Republik machten Massenvernichtungswaffen aus. 1984 reiste Genscher als erster westlicher Außenminister nach Iran und schuf den politischen Rahmen für die „guten Geschäfte".

Seit dieser Zeit haben sich die guten freundschaftlichen Beziehungen enorm entwickelt. Hohe deutsche Delegationen und Politiker sind häufig Gast bei den Teheraner Mördern. Genscher war im Mai und Möllemann im Juni 91 im Iran. Ergebnisse dieser Besuche sind einerseits milliardenschwere Aufträge für die deutsche Wirtschaft und andererseits Waffen, Pestiziden-Anlagen (die leicht zur Giftgasherstellung umzurüsten sind), Flugzeuge und andere Güter für die islamische Republik (*Spiegel* 40/1991).

▶ Am meisten in die Rüstung investiert ◀

Die einzige Finanzquelle, die der islamischen Republik ermöglicht, ihre wahnwitzigen Waffenkäufe weltweit zu betreiben, sind die iranischen Petrodollars. Die *Frankfurter Rundschau* vom 4.5.92 schreibt über die Rüstungs- und Waffenambitionen der islamischen Republik u.a. „...Teheran investiert am meisten in seine Rüstung. Waren es im vorigen Jahr noch 12 Milliarden Dollar — 70 Prozent seiner Öleinnahmen —, so sieht das Budget für dieses Jahr bereits 14,5 Milliarden vor. Bis 1995 will Teheran für rund 50 Milliarden Dollar aufrüsten..." Die Folgen dieser Politik des Teheraner Regimes sind Wirtschaftskrise und Versorgungsengpässe im Iran, die die Bevölkerung hart treffen:

● Grundnahrungsmittel wie Reis, Fleisch, Zucker, Eier, Speiseöl etc. sind rationiert, kosten auf dem „offenen" Markt das Zehnfache.

● Die iranische Währung erlebt heute eine Entwertung von über 200 Prozent.

● Der größte Teil der iranischen Landwirtschaft und Industrie liegt brach, entsprechend hoch ist die Arbeitslosigkeit (schätzungsweise 40 Prozent).

Um ihre bankrotte Wirtschaft in Gang zu halten, benötigt die islamische Republik immer mehr Kapitalinvestitionen und bettelt um die Gunst der ausländischen Kapitalgeber. Damit das Kapital „gesund" und ungestört zirkuliert, sind Garantien, „zivile" Gesetze und überschaubare Regelungen erforderlich. Die ausländischen „Freunde" verlangen „Reformen", die islamische Republik verspricht sie!

Die Medien der Industrieländer — und mit ihnen gemeinsam die reformerischen Kräfte der iranischen Opposition — möchten gern „erbitterte Kämpfe" zwischen Fundamentalisten und Gemäßigten innerhalb des Teheraner Regimes ausmachen. Um die Machtpositionen — Besitzurkunden der Häuser und Fabriken und um das Einkassieren der Staatsgelder — stritten sich die verschiedenen Gruppierungen des Regimes schon zu Lebzeiten Khomeinis. Ähnliche „Kämpfe" werden auch jetzt ausgefochten. Doch wenn es um die prinzipiellen Fragen der Machterhaltung geht, wenn das Schicksal des Regimes als Ganzes auf dem Spiel steht, wenn es darum geht die Demokratiebewegung im Iran zu unterdrücken oder im imperialistischen Ausland um Investitionen und andere Vergünstigungen zu betteln, dann sind sich die „Radikalen" und „Gemäßigten" schnell einig.

Momentan hat die „pragmatische" Fraktion Rafsandschanis das Sagen und gewinnt sogar die „Wahlen". Die angeblich unberechenbaren „radikalen Fundamentalisten" benehmen sich wie die bravsten bürgerlichen Kräfte und begnügen sich mit der Minderheitenrolle im islamischen „Parlament", solange sie Nutznießer der Macht und der sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Vorteile bleiben dürfen.

Was die Völker Irans von diesem Regime und dessen „Fraktionen" halten, zeigen die „Wahlen zum islamischen Parlament" im April diesen Jahres sehr deutlich. Laut ersten Meldungen des Regimes sollten sich ca. 60 - 80 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen beteiligt haben. Da aber an dem „Wahltag" die iranischen Städte menschenleer waren, die Bevölkerung auf eine beeindruckende Weise ihren Protest und ihre Ablehnung zum Ausdruck brachte und der „Wahl" fernblieb, mußte das Regime die Prozente auf 40 - 60 herunterkorrigieren.

Nach Angaben der iranischen Opposition lag die Wahlbeteiligung bestenfalls irgendwo bei 20 Prozent. Eine weitere Besonderheit der Wahl lag darin, daß die Hälfte aller abgegebenen Zettel nicht ausgefüllt, also ungültig waren. Ein Regime, das trotz Zensur und Schreckensherrschaft eine solche „Wahlschlappe" erlebt und eine fast 90prozentige Absage von einem strengstens kontrollierten „Wahlvolk" erhält, ist nicht reformfähig! Jede politische Öffnung würde unweigerlich den Beginn von seinem Ende bedeuten. ■

Sozialismus lebt

Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇨ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇨ *ökonomische Analysen* national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇨ aktuellen *politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

LUDI LODOVICO

„Gesellschaft" — womit jede und jeder alles darf

Für das institutionalisierte Denken von F. Fukuyama bis zum harmlosen Meinen von irgendwelchen deutschen Räten, Oberräten und Vizepräsidenten subalterner Einrichtungen sind Sozialismus, Kapitalismus oder dritte Wege gleichermaßen tote Hunde. Es herrscht „Marktwirtschaft" — und damit basta. Das publizistisch agile, sonst rundum belanglose Post-Denken („alles gelb") innerhalb des institutionell abgesicherten Horizonts beschäftigt sich heute mit den Begriffs-Murmeln von vorgestern („società transparente", „Freizeit-", „Informations-, „Risiko- oder „wie-auch-immer-Gesellschaft"). Wie hier vorausgesagt, ist die universalsprachliche Verlegenheitsvokabel „Zivilgesellschaft" bereits am Verschwinden (vgl. *links* Nr. 251, April 91, S. 41). Ein unverwüstlich „Urbaner" beklagte neulich, daß die Nation „nie etwas war, das sich auch nur entfernt von selbst verstanden hätte und mit irgendeiner", aufgepaßt: „gesellschaftlichen Idee kompatibel gewesen wäre". Ich vermute, daß derselbe halbgare Gedanke, allemal „kompatibel" mit T. Schmid (Die Zeit v. 26.9.91), noch drei Wochen zuvor im adretten Kleidchen „zivile Idee" oder „zivilgesellschaftliche Idee" herumgelaufen ist. Aber „zivil" ist out of fashion, selbst bei T. Schmid, mit dem ich mich in diesem Jahrhundert nicht mehr beschäftigen wollte, weil er selbst dort, wo er inhaltlich nicht irrt oder über seine intellektuelle Grundausstattung stolpert, es immer fertigt bringt, irgendwie daneben zu liegen; bereits zum zweiten Mal werde ich nun rückfällig und erbitte Pardon! Aber die Zeiten sind haarig: Ex-KBW-Häuptlinge, die einst die „Revolution" mit Marschmusik, Lederjacken und Kartenlesen vorbereiteten, turnen jetzt auf marktwirtschaftlich und rechtsstaatlich — aber immer noch gleich plump wie früher. Trotzdem: „Zivilgesellschaft" kaputt — nur ein paar liebenswürdig-liberale Amerikaner, Linda Reisch und ihr Beratungspaddelboot-Team haben es noch nicht gerafft: The show is over. Der Kapitalismus braucht diese ideologische Girlande ohnehin nicht, und das oppositionelle Denken hat es mit Sachhaltigerem zu tun.

Kommt nach der „Zivilgesellschaft" gleich das große Halali für alle Bindestrich-Gesellschaften: der „diskursmäßig" nicht überbietbare Total-Pleonasmus „Gesellschaft-Gesellschaft" oder „gesellschaftliche Gesellschaft"? — nicht zu verwechseln mit dem konsistenten Begriff der „ungeselligen Geselligkeit" bei Immanuel Kant, der noch wußte, daß aus dem Ungeraden, woraus Realitäten und Menschen gemacht sind, Gerades nur selten werden kann — ohne Gewalt. So destruktiv wie Kant wagen heute im universitären Betrieb allerdings nur wenige zu denken. „Positivitäten" und „Normalisiertes" sind jetzt ebenso akademische Pflicht wie Verachtung für Kritik und Skepsis — schließlich sind „wir" nicht nur „erwachsen", sondern auch „größer" und „deutscher" geworden; „neue" Aufgaben harren „unser", wofür einer bereits den Weichspüler „Zivilmacht" prägte. Vereinzelt hat das auch lebensgeschichtlich voll durchgeschlagen. Politisch eingreifendes Denken und gar oppositionelles Handeln gerieten in der „Post"-Optik der intellektuellen Normalisierung „linker Jugendsünden" zur Privatsache von Bewegungs-Deppen ohne Zukunft. Hinterher will es nicht nur keiner gewesen sein, sondern das, was tatsächlich war, wird obendrein gelb angestrichen. Der „kompatible" Intellektuelle läßt sich unterdessen vor der Glotze den Stoff für den nächsten Gesellschafts„begriff" einlaufen.

Mittlerweile fand die fast-Denkerei einen neuen Jeton: kurz nach der „Wegwerfgesellschaft" rieselte die „Reparaturgesellschaft" (C. Leggewie) aus dem Kanal. Aber sonst bleibt natürlich alles beim alten auf dem Meinungsmarkt, wo nur eines zählt: „Wer redet, ist nicht tot" (G. Benn).

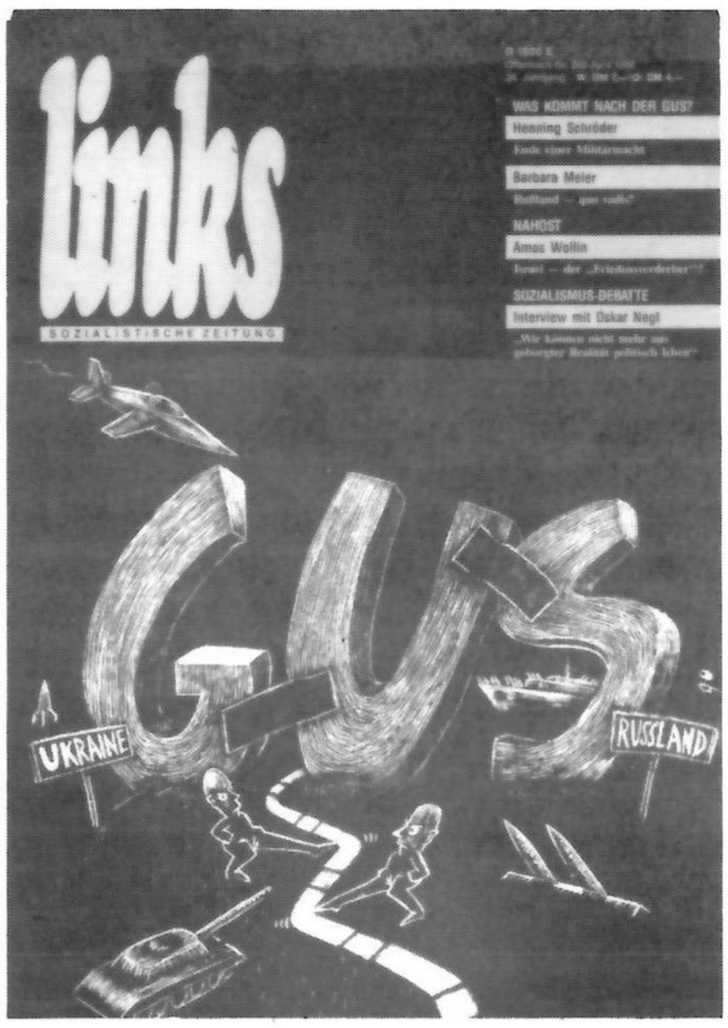
Happy Britannia: als Frau M. Thatcher noch regierte, wußte jeder, daß es Individuen und Staat, aber keine Gesellschaft gab bzw. geben durfte, weil der digital organisierte Chemikerverstand der Chefin nur Zweipoliges duldet: positiv oder negativ, basisch oder sauer und Privateigentum sowieso, frei nach dem Witz über die famose Musikkennerschaft des Kaisers Franz Josef: der vermochte immer schon nach wenigen Takten zu sagen: „Das ist er nicht — der Radetzky-Marsch". Unter Frau M. Thatchers Regime wußten nicht nur Gewerkschaften, woran sie waren, sondern das ganze ideologische Beiwerk stimmte: „häusliche und familiäre Werte" standen in ihren „Reden und Parteimanifesten" selbstverständlich immer ganz oben an (NZZ 12./13.5.91), wenn nicht gerade das „Staatsinteresse" einen Krieg und ein paar Tausend Tote für ein Ödland im Südatlantik bestellt hatte. Und was tut die Chemikerin im Ruhestand? Mit dem Zweihänder haut sie ins konservative Idyll: „Zuhause ist jener Ort, wo man hingeht, wenn man nichts Besseres zu tun hat". Ich hatte schon immer den Verdacht, daß in den Kapellen der Macht nicht nur regiert und gebetet wird.

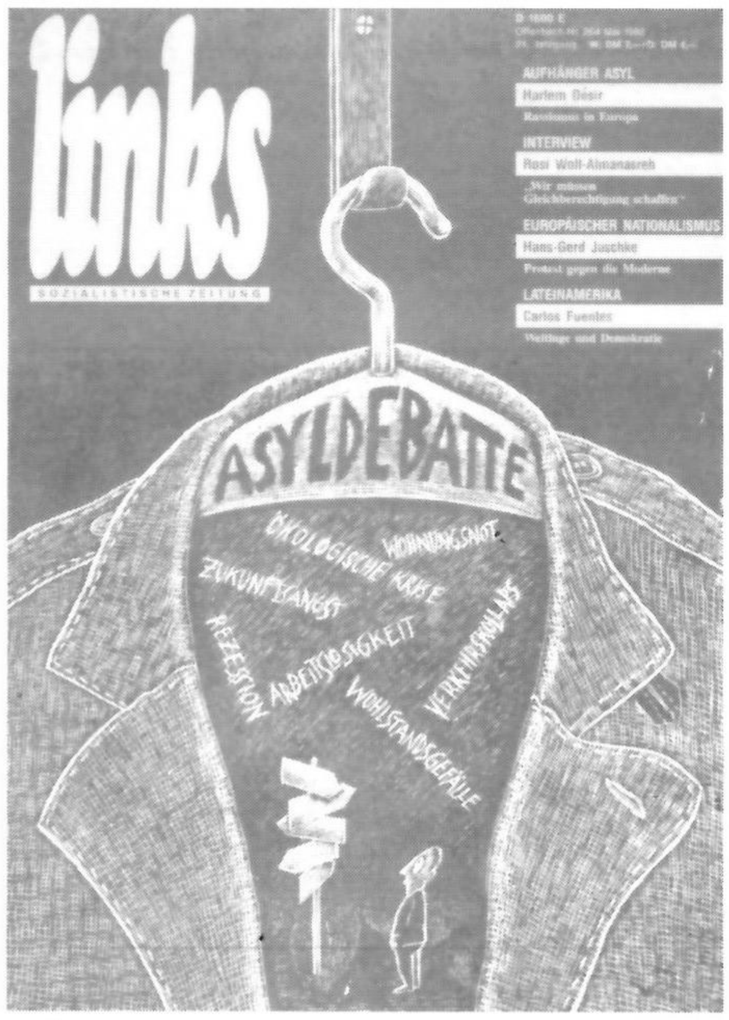
Intellektuelle, Macht und Gesellschaft — ein altes Motiv: „Wenn die russischen Intellektuellen sagen, unser jetziges Deutschland sei nicht mehr das Deutschland Kants, sondern ein Deutschland Krupps, so nehmen wir dies gern hin" (Max Weber 1.8.1916). Eben — Klempner der Macht befinden sich immer in „bester Gesellschaft", solange sie unter ihresgleichen sind — Konzernchefs, Waffenschieber, Staatsanwälte, Offiziere, „verstaatlichte" Intellektuelle. Ex-Kanzler H. Schmidt beschwor jüngst solche Zusammengehörigkeit in einem euphorischen China-Artikel (Die Zeit v. 29.5.92). Er lobt dort nicht zu knapp seinen Ex-Kollegen Deng Xiaoping, weil der jetzt endlich auch so richtig auf Privateigentum und Kapitalismus, vulgo „Markt"wirtschaft, mache. Daß der feine chinesische Verantwortungs-Mitbruder die demokratisch-sozialistische Studentenopposition, eine genuin gesellschaftliche Bewegung, mit Panzern niederwalzen ließ, erwähnt Schmidt verklausuliert und auf genau einer der über 300 Zeilen. Ehre, wem Ehre gebührt. Auch die Internationale der Macht-Klempner, Staatsträger, Gewaltinhaber und Verantwortungsethiker bildet eine „ehrenwerte Gesellschaft" — tröstlich, wenigstens dies ist eine semantisch eindeutige Verwendungsweise des Begriffs.

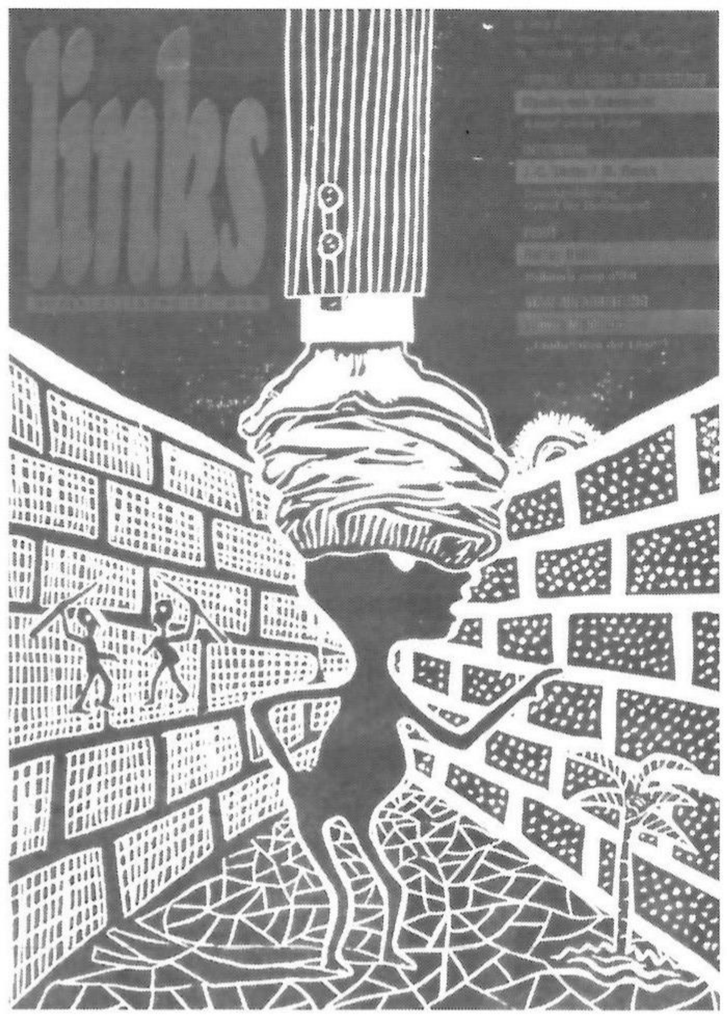
Panik herrscht derweil unter J.Fests dumpfen Nachwuchsleuten im FAZ-Feuilleton. Für Italien diagnostiziert G. Seibt rundweg das Ende („Finis Italiae", 3.6.92) nach dem Anschlag auf Giovanni Falcone, wofür die Mafia verantwortlich sein könnte, aber keineswegs sein muß. Unterlegt wird die Diagnose mit vulgarisierten Versatzstücken aus Thomas Hobbes' politischer Philosophie. Demnach ist in Italien „der Naturzustand zurückgekehrt". Terminologisch fehlt es da offensichtlich an Abstimmung, denn ein anderer Dumpfling (P. Bahners) entdeckte den „Natuzustand" anderswo: „auf manchen Straßen ... Frankfurts" (FAZ 1.6.92). Und auch zur Begründung dieses Brösels müssen halb verdaute Anleihen bei Hobbes herhalten — wenigstens für die Gallerie, denn im Innersten lebt die national imprägnierte Häme gegen Differenz, Liberalität, Emanzipation, gesellschaftliche Autonomie, egalitäre und soziale Utopie allemal vom provinziellen Rekurs auf einen, den man partout nicht vulgarisieren kann, weil er in der Substanz vulgär geprägt ist vom „völkischen Empfinden" (C. Schmitt) und von der „Artgleichheit ... zwischen Führer und Gefolgschaft" (C. Schmitt): „Der Andersdenkende, Andersempfindende und Andersgeartete, ... das Andersdenken als solches" und „die Dialektik der Andersheit" (C. Schmitt) stehen seit je im Visier des (national-)staatsfixierten Fanatismus, der heute noch glaubt, rational gedacht zu haben, wenn er vom „Zwang zur Entscheidung" oder von der „Modernität der Nation" (P. Bahners) daherredet. — Man kann Schmitts juristische Abstraktionen und Trivialitäten getrost vergessen, wenn es um die aus der Angst vor dem Bürgerkrieg gespeiste Umwandlung des „terror of legal punishment" (Hobbes) in ein absolutes (legibus solutus!) Herrschaftsmittel geht, den staatlich inszenierten, instrumentellen Terror gegen Andersdenkende und Andersartige. Hobbes kann fast nichts für die nationalistischen und rassistischen Plattheiten, die Schmitt aus seinen Themen und Motiven herausgewalzt hat. Die Nachwuchs-FAZianer ahnen nicht einmal, was sie mit Hobbes tun, wenn sie ihn mit den faulen Eiern vom Plettenberg verrühren.

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zur Perspektive der GUS-Staaten, zur Sozialismus-Debatte, zur Asylpolitik und zu den Demokratiebewegungen in Afrika.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno 1

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7